

Ostpreußen

Die Struktur der Provinz

Die Bevölkerungsentwicklung

Ostpreußen gehörte zu den Provinzen, die agrarisch bestimmt waren. Der größere Teil der Bevölkerung wohnte auf dem Lande. Im Jahre 1819 hatten im Regierungsbezirk Königsberg 592 170 Personen ihren ständigen Wohnsitz. Von ihnen lebten 166 001 in den Städten und 426 169 auf dem Lande. Für 1871 lauten die Zahlen 291 283 und 7 88 927, und für 1910 378 118 und 516 700. Der Regierungsbezirk Gumbinnen zählte 1819 in seinen Städten 54 046 und in seinen Dörfern 359 327 Bewohner. Für 1871 lauteten die Zahlen 93 208 und 649 701 und für 1910 126 030 und 480 557. Der im Jahre 1905 aus Abgaben der beiden alten Regierungsbezirke gebildete Regierungsbezirk Allenstein hatte 1906 eine Stadtbewölkerung von 134 496 und eine Landbevölkerung von 384 186 Köpfen¹.

Die Struktur der Landwirtschaft

In der allgemeinen Meinung war Ostpreußen das Land der großen Güter. Zwar hat es dort einen erheblichen Großgrundbesitz gegeben, dennoch spielte der mittel- und großbäuerliche Betrieb eine wichtige Rolle, und zahlreiche Bürger, mochten sie nun Beamte, Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte oder Arbeiter sein, bewirtschafteten nach Feierabend ihr Stück Land, vom Schrebergarten bis zum Bauernhof.

Nach den Ergebnissen der Betriebszählung von 1907, in der erstmals zwischen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben unterschieden wurde, gab es in der Provinz 104 625 Haupterwerbsbetriebe mit einer Nutzungsfläche von 2 372 784 ha und 114 620 Nebenerwerbsstellen mit 133 195 ha².

Teilt man diese Betriebe nach Größenklassen auf, so ergaben sich innerhalb

¹ Rogmann, Heinz: Die Bevölkerungsentwicklung im preußischen Osten in den letzten hundert Jahren. Berlin 1937. Hier S. 191—92.

² Hansen, J.: Die Landwirtschaft in Ostpreußen. Entwicklung und Stand der Landwirtschaft der Provinz vor dem Ausbruch des Krieges. Berlin 1916. Hier S. 12—16.

der Provinz starke Unterschiede in der Struktur. Von je 100 Betrieben umfaßten im Jahre 1907

	unter 0,5 ha	unter 2 ha	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	100 ha u. mehr
Regierungsbezirk						
Königsberg	48,7	14,0	10,0	15,1	10,2	2,0
Gumbinnen	31,9	17,1	18,4	20,9	10,5	1,2
Allenstein	21,4	21,7	17,0	25,9	13,8	1,2

Von je 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche entfielen auf Betriebe

	unter 0,5 ha	unter 2 ha	2—5 ha	5—20 ha	20—100 ha	100 ha u. mehr
Regierungsbezirk						
Königsberg	0,9	1,1	2,7	12,8	35,0	47,5
Gumbinnen	0,6	1,8	6,2	20,2	40,3	30,9
Allenstein	0,4	1,6	4,6	21,3	42,5	29,6

Dieser Statistik ist zu entnehmen, daß in Ostpreußen der Betrieb über 20 ha dominierte. Dabei ist zu beachten, daß z. B. in der Magdeburger Börde der Besitzer eines Hofes von 20 ha zweifellos zu den Großbauern gehörte, während unter den geologischen, klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Ostpreußens ein Betrieb von 20 ha als kleinbäuerlich angesprochen werden mußte. Erst was über 150 Hektar hinausging, konnte als Großbetrieb bezeichnet werden³.

In den Jahren von 1895 bis 1907 nahmen die Großbetriebe über 100 ha ab, während die kleinbäuerlichen in der Größenordnung zwischen zwei und 20 ha eine erhebliche Zunahme erfuhren. Es nahmen aber auch die Nebenerwerbsbetriebe ab, was zum erheblichen Teil auf die Verstärkung der Bevölkerung zurückzuführen war, die in den letzten zwanzig Jahren vor dem Ersten Weltkriege einsetzte⁴.

Nicht weniger als 92,6 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren im Besitz der Bauern, die sie bearbeiteten. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die restlichen 7,4 v. H. auch noch die Flächen der Schrebergärten umfaßten, die nicht als Pachtackerland verfügbar waren⁵. In der Provinz Sachsen waren dagegen nur 78,7 v. H. der landwirtschaftlichen Nutzfläche Eigentum der Bearbeiter.

Die Verbundenheit des Ostpreußen mit der ländlichen Lebensweise führte dazu, daß eine Reihe von Gewerbetreibenden ihre Ersparnisse wiederum in Land anlegten. So gingen im Landkreis Fischhausen von 1865 bis 1914 fast alle Kleinbetriebe unter fünf ha Größe in die Hände von Handwerkern über.

³ ebenda, S. 16—17.

⁴ ebenda, S. 21—22.

⁵ ebenda, S. 25. Von den rd. 189 000 ha Pachtland entfielen rd. 68 000 auf die Domänen und rd. 37 500 auf Dienstland von Beamten und Pfarrern, die eine Pacht zu zahlen hatten. Echtes Pachtland war also nur wenig vorhanden.

Die Struktur der Industrie

Der Aufbau einer ostpreußischen Industrie begann erst, als Dampfschiffe einen Teil des Ostseeverkehrs übernahmen. Seit 1831 verkehrten Dampfschiffe zwischen Königsberg, Pillau, Danzig und Stettin, im nächsten Jahre wurde der Linienverkehr zwischen Lübeck, Stettin, Danzig und Königsberg aufgenommen, und 1833 wurde in Königsberg die erste Dampfmaschine aufgestellt.

Eine Industrie im modernen Sinne konnte nur an der Küste entstehen, wo die Werften vom Holz- zum Eisenschiffbau übergehen mußten. Möglich war auch eine Produktion von Maschinen, die von der Landwirtschaft eingesetzt werden konnten. So hat z. B. Ferdinand Schichau in Elbing mit der Herstellung dampfgetriebener Schöpfwerke für Meliorationszwecke begonnen, bis er es wagen konnte, seine Werft zu gründen.

Der Mangel an Bodenschätzen machte die Einführung von Erzen und Kohle nötig, so daß eine Schwerindustrie wie in Oberschlesien und im Ruhrgebiet nicht aufgebaut werden konnte und obendrein die entstehenden kleineren Werke, die auf Zufuhren angewiesen waren, an der Küste oder an Flußläufen gebaut werden mußten, um die Frachtkosten niedrig zu halten. Mit dem Eisenbahnbau wuchs der Bedarf an technischen Betrieben, zu denen noch solche der Bahn traten. Eisenbahnwaggons und Lokomotiven wurden auch in Ostpreußen gebaut.

Erst mit dem Bahnbau wurde der Absatz von Mast- und Schlachtvieh sowie Molkereiprodukten in den Ballungsräumen Mitteldeutschlands und damit der Aufbau einer Industrie zur Veredelung landwirtschaftlicher Produkte möglich. Im Jahre 1907 gab es in Ostpreußen eine Zuckerfabrik, 275 Branntweimbrennereien, drei Stärkefabriken, 1 570 Getreidemöhlen, 64 Brauereien, 265 Sägemöhlen und 469 Ziegeleien⁶. Am 1. Juli 1914 bestanden in der Provinz 76 Molkereien⁷.

In der Industrie waren im Jahre 1895 44 219 Personen tätig, im Handel und Verkehr 19 801. Bis zum Jahre 1907 erfolgte in der Industrie eine Zunahme von 40 215 Arbeitskräften, im Handel und Gewerbe um 43 611. In der Landwirtschaft, der Gärtnerei und dem Forstwesen waren 1882 1 241 606 Personen tätig, im Jahre 1907 dagegen nur noch 1 066 011⁸. Die Erwerbstätigen in den nichtlandwirtschaftlichen Berufen waren also erheblich in der Minderzahl und vereinten nur rund 20 v. H. der Arbeitnehmer auf sich. Hierbei ist aber bereits das Baugewerbe als Industrie gerechnet, und die Gastwirte wurden mit ihrem Personal der Sparte Handel und Verkehr zugewiesen, so daß die Zahl der Arbeitnehmer, die nach der Gepflogenheit moderner Statistiken als in Industrie, Handel und Gewerbe beschäftigt angesehen werden, weit geringer gewesen ist, als die oben genannten Zahlen ausweisen.

⁶ ebenda, S. 381.

⁷ ebenda, S. 376.

⁸ ebenda, S. 10.

Dieses Überwiegen der Land- über die Indüstriarbeiterſchaft wurde für die Entwicklung der Arbeiterbewegung entſcheidend. Solange ſie ihre Mitglieder und Wähler in den Kreiſen der ſtädtiſchen Arbeiterſchaft ſuchte, blieb ihre politiſche Wirksamkeit in Oſtpreußen beſchränkt. Erſt als ſie die Landarbeiterſchaft gewann, konnte ſie größere Erfolge erzielen.

Der oſtpreußiſche Liberalismus bis 1848

Der Provinziallandtag

Die Provinz Preußen, die von 1824 bis 1878 das ſpätere Oſt- und Weſtpreußen umfaßte, galt vor 1848 als die liberalſte der Monarchie. Dies hatte ſeinen Grund darin, daß Königsberg und Danzig die größten Hafen- und Handelsſtädte Preußens waren⁹. Die Kaufmannſchaften hatten Beziehungen nicht nur zu London und Amſterdam, ſondern auch in den Orient¹⁰, nach Mittelamerika und Südafrika¹¹.

Hinzu kam die Tatsache, daß die engliſchen Hilfslieferungen für die preußiſche Armee 1813 an Waffen, Munition, Uniformen und Geld über Königsberg laufen mußten, weil dieſer Hafen als einziger feindfrei war. Aus dieſem Grunde wurden auch die oſtpreußiſchen Staatswälder an das Londoner Bankhaus Rothschild verpfändet, weil natürlich nur Grundbeſitz als Sicherung der Anleihe gegeben werden konnte, der nicht in den Händen des Gegners war.

Enge Handelsverbindungen bringen auch geiſtigen Austausch mit ſich. So konnten die Ideen des britiſchen Liberalismus, ausgehend von der Freihandelslehre, in Oſtpreußen ſchneller Eingang finden als in anderen Provinzen. Diskutiert wurde auch ſehr bald das System der britiſchen Verfaſſung, da die Einteilung in Ober- und Unterhaus die Möglichkeit zu bieten ſchien, die alten Provinzialſtände beim Aufbau einer neuen Verfaſſung einzubeziehen.

Gedankengänge dieſer Art hegte der Oberpräſident v. Schön, der ſich große Verdienſte um die Volksbildung erwarb, indem er über 800 neue Volksschulen einrichtete. Er war auch Wahlkommiſſar zum erſten Provinziallandtag von 1824.

Das Wahlrecht zum Provinziallandtag konnte aber noch nicht befriedigen, da es nicht an die Perſon des Staatsbürgers, ſondern an den Urwähler gebunden war. Dieſer hatte ein geſichertes Einkommen oder einen entſprechenden Grundbeſitz nachzuweiſen, der ihn in eine Steuerklaſſe ſtellte. Nach der Höhe der Steuerleiſtung richtete ſich die Qualität des Wahlrechts. Wer keine Steuern

⁹ Bis 1840 ſtammten 30 Prozent der Gesamteinnahmen des preußiſchen Etats aus Zöllen und Steuern, die in Danzig und Königsberg erhoben wurden.

¹⁰ Die einzige evangeliſche vor 1800 in der Türkei exiſtierende Kirche, die in Smyrna, ſtand unter dem Patronat des Danziger Rates.

¹¹ Zahlreiche Teſtamente von Königsberger Überſeekaufleuten liegen im Niedersächſiſchen Staatlichen Archivlager (Stiftung Preußiſcher Kulturbeſitz, früher Königsberger Staatsarchiv) in Göttingen.

zahlte, durfte auch nicht wählen. Damit war eine Teilung in privilegierte und unterprivilegierte Bevölkerungsschichten vollzogen, welche die Regierung keineswegs wünschte. Sie wollte lediglich den Grundsatz vertreten, daß jeder Steuerzahler das Recht habe, zu wissen und mitzubestimmen, wo sein Geld bliebe. Wer keine Steuern zahlte, hatte nicht über das Geld anderer Leute zu verfügen.

Die Regierung handelte richtig, als sie dem Steuerzahler ein Mitspracherecht einräumte, sie bedachte aber nicht, daß der Staatsbürger, der zu arm war, um besteuert zu werden, zumindest Militärdienst leisten mußte, meist auch noch zu Arbeiten für die Öffentliche Hand herangezogen wurde. Wer Pflichten zu erfüllen hatte, verlangte auch Rechte. Vom ersten Provinziallandtag an ging die Diskussion um die Verbesserung des Wahlrechtes, denn weder die Landwirte noch die Städte waren mit den ihnen eingeräumten Rechten zufrieden. Da es noch keine Parteien gab, konnten sich auch nur lose Vereinigungen bilden.

Einzelpersönlichkeiten gingen voran. Der praktische Arzt Dr. Johann Jacoby (1805—1877) ließ 1841 eine Schrift: „Vier Fragen beantwortet von einem Ostpreußen“ zunächst anonym erscheinen¹², die seinen Ruhm begründete. Unabhängig von ihm arbeitete der evangelische Pfarrer Julius Rupp (1809—1884). Als der Agendenstreit die preußische Kirche erschütterte, gründete er eine freie religiöse Gemeinschaft, die sich in den folgenden Jahrzehnten auch politisch betätigte und demokratischen Ideen folgte¹³.

Neben den adligen und bürgerlichen Liberalen meldeten sich allmählich auch Arbeiter. Die Liberalen traten in ihren Schriften nur für die Rechte des steuerzahlenden Bürgers und Landwirts ein. Die Arbeiterschaft brauchte deshalb auch in der liberalsten Provinz Preußens eigene Führungskräfte.

Die ersten Regungen einer Arbeiterbewegung

Zwischen 1815 und 1848 gab es in Ostpreußen nur sehr wenige Betriebe, die etwa einhundert Arbeiter im heutigen Sinne als Lohnempfänger der Industrie beschäftigten. Dazu gehörten die Hafenverwaltungen von Königsberg und Memel mit ihren Kolonnen von Sackträgern und Schauerleuten. Die Zimmerleute und Schlosser der Werften hielten sich zu den Handwerkerkern, die ungelernen Arbeiter bildeten nur eine kleine Minderheit.

Im Laufe der Jahre wuchs die Zahl der Arbeiter mit dem Bau der Chausseen sprunghaft an, weil man jetzt vermehrte Kräfte in den Sand- und Kiesgruben und Steinbrüchen, aber auch als Gespannführer benötigte.

Deshalb haben bei Unruhen Arbeitskräfte dieser Betriebe eine besondere Rolle gespielt, denn nur sie konnten eine größere Zahl für Demonstrationen

¹² Es ist bezeichnend für die Lage in Ostpreußen, daß die „Hannoversche Zeitung“ zunächst den Oberpräsidenten von Schön für den Verfasser hielt.

¹³ Matull, Wilhelm: Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick. Würzburg 1970. Hier S. 5.

oder andere Aktionen aufbringen. Von den Handwerkern beteiligten sich in den meisten Fällen nur die Schneidergesellen, die hier wie überall besser als die meisten handwerklichen Arbeitnehmer organisiert waren.

Am 28. Juli 1831 kam es zu Unruhen, als die Regierung scharfe Maßnahmen ergriff, um eine Ausbreitung der Cholera zu verhindern. Die Bevölkerung sah, daß die Schutzbestimmungen viel zu spät kamen, denn die Seuche forderte allein in Königsberg 1 323 Opfer, was Demonstrationen veranlaßte. Militär versuchte, die Menge auseinanderzutreiben und machte schließlich von der Schußwaffe Gebrauch. Dreißig Todesopfer waren zu beklagen¹⁴.

Im März 1847 fand im Königsberger Hafen der erste nachweisbare Streik statt, der hauptsächlich von den Sackträgern ausgelöst wurde. Hier kam es zu Zusammenstößen mit Arbeitswilligen, zu deren Schutz Militär eingesetzt wurde. Das Ziel, eine Lohnerhöhung wegen der stark gestiegenen Kartoffel- und Brotpreise, denn 1845 und 1846 waren Mißernten gewesen, wurde nicht erreicht¹⁵. Dieser Streik ist bis zu einem gewissen Grade mit dem Berliner „Kartoffelkrieg“ vom April desselben Jahres zu vergleichen.

Die Revolution von 1848/49

Das Jahr 1848 verlief in Ostpreußen verhältnismäßig ruhig. Es bildeten sich eine Reihe von politischen Clubs, Vorläufer der Parteien, Zeitungen schossen wie Pilze aus der Erde und gingen meist nach kurzer Zeit wieder ein. Zu Barrikadenkämpfen wie in Berlin kam es nicht, dazu waren die Gegensätze nicht scharf genug. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß Ostpreußen den Krieg vor der Tür hatte, denn seit dem Ausbruch der Kämpfe in Schleswig-Holstein, in die Preußen eingriff, blockierten dänische Kriegsschiffe die preußische Küste und kaperten jedes preußische Handelsschiff, das sich auf der Ostsee blicken ließ. Vor Brusterort/Samland fand das erste Seegefecht der jungen preußischen Marine statt¹⁶. Das völlige Erliegen des Seeverkehrs brachte eine starke Arbeitslosigkeit unter den Hafentarbeitern und Fuhrleuten mit sich¹⁷.

Bei einer Demonstration auf dem Sackheim, einem Stadtteil von Königsberg, wurde erstmals eine rote Fahne gezeigt¹⁸.

Die Regierung war sich durchaus darüber im klaren, daß mit der Revolution nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Unzufriedenheit zum Ausbruch gekommen war. In Berlin wurde ein Handelsministerium gebildet, das gleichzeitig die Aufgaben übernahm, die später dem Ministerium für Arbeit, Verkehr und Soziales zufallen sollten. In allen Provinzen entstanden Gewerberäte, welche die Aufgabe hatten, dem Ministerium eingehende Berichte über

¹⁴ ebenda, S. 3.

¹⁵ Königsberger Staatsarchiv, Rep 10 Regierungsbezirk Königsberg. Der Aktenbestand über den Streik der Sackträger wird im Findbuch verzeichnet, ist aber verloren gegangen.

¹⁶ Foss, Marinekunde. Berlin 1908. Hier S. 243.

¹⁷ „Hannoversche Zeitung“, Juni—Juli 1848 passim.

¹⁸ Matull, S. 10.

die Lage der Industrie, des Handwerks, des Kaufmannsstandes, der Landwirtschaft und der Arbeitnehmer zu erstatten. Für alle Provinzen wurden Spezialkommissionen eingesetzt, welche die Lage der unteren Volksschichten untersuchen und Vorschläge für eine Besserung ihrer Existenz machen sollten. In Ostpreußen ging man einen wichtigen Schritt weiter und gründete Zwangskassen in den Städten, bei denen jeder Lohnarbeiter Mitglied werden mußte. Die Kassen zahlten bei Krankheiten und Unfällen am Arbeitsplatz Beihilfen¹⁹. Auf Antrag konnten Handwerkergesellen, die einer Unterstützungskasse ihrer Innung angehörten, von der Mitgliedschaft in der Zwangskasse befreit werden²⁰. Diese Zwangskassen waren selbstverständlich noch mit einer Reihe von Organisationsfehlern behaftet, die ständige Korrekturen notwendig machten, was die Versicherungsnehmer beunruhigen mußte. Sie sind aber dennoch neben den Knappschaften die Vorbilder gewesen, auf denen Bismarck das Werk der Alters- und Invalidenversicherung aufbaute.

Es gelang dem Arbeiterverein auch, im Gewerberat mitzuwirken, was um so leichter möglich wurde, als die Besserung der Lage der Lohnempfänger zu den Aufgaben jenes Gremiums gehörte. Wo konnte man aber bessere Auskünfte einholen als bei den Arbeitnehmern selbst? Der Einfluß der kleinen Gewerbetreibenden, Handwerker und Lohnarbeiter stieg im Königsberger Gewerberat so stark an, daß 1852 der Polizeipräsident diesen ein Kind der Revolution und der Demokratie nannte²¹. Der Gewerberat wurde 1863 aufgelöst, aus ihm ging die Industrie- und Handelskammer hervor.

Der Königsberger Arbeiterverein wurde 1850 vom Polizeipräsidenten aufgelöst, weil Frauen, Schüler und Lehrlinge, die damals an keiner politischen Versammlung teilnehmen durften, zu diesen zugelassen wurden. Der Verein bildete sich sofort neu, nahm andere Statuten an, welche die vorstehend genannten Personenkreise von der Teilnahme an Veranstaltungen und der Mitgliedschaft ausschlossen. Da der Polizeipräsident erkannte, daß es sich nur um eine Neuformierung des alten Vereins handelte, löste er diesen sofort wieder auf. Nunmehr teilten sich die rund 300 Mitglieder in 32 Sektionen auf, die sich in Bierlokalen und in Privatwohnungen weiterhin trafen. Der Polizeipräsident meldete abschließend, daß die Mitglieder des Arbeitervereins, nach dem, was er erfahren habe, die sozialdemokratische Republik einführen wollten²².

Dem Bericht können wir die interessante Tatsache entnehmen, daß die frühen Sozialisten auf das Verbot ihres Vereins genau so reagierten wie die Sozialdemokraten nach Erlaß der Sozialistengesetze. Die Arbeit ging in kleinen

¹⁹ Deutsches Zentralarchiv Merseburg, Rep 120 B V 35 Nr. 14 „Errichtung von Gewerberäten im Regierungsbezirk Königsberg (1849—52).“

²⁰ ebenda, Rep 120 B V 33 Nr. 3 „Die Bestimmungen wegen der Unterstützungsvereine und -kassen der Gesellen und Gehilfen“.

²¹ wie ¹⁹ Blatt 23.

²² ebenda, Rep 77 Tit 662 Nr. 8 „Die Auflösung der bestehenden deutschen Arbeitervereine“, Vol. 1 Bl. 7—10 Bericht des Königsberger Polizeipräsidenten an den preußischen Innenminister vom 15. Mai 1850.

Zirkeln, die z. T. als Stammtische getarnt waren, weiter. Aufgaben gab es genug, zumal der Staat die Unterstützungskassen, die nach ihren Statuten von den Arbeitnehmern selbst verwaltet wurden, nicht auflöste, weil sonst alle Unterstützungsfälle der kommunalen Armenkasse zur Last gefallen wären.

Berichte über den Arbeiterverein

Der „Königsberger Arbeiterverein“ umfaßte nicht nur einen nach Hunderten zählenden Personenkreis, sondern fand auch Interesse bei Intellektuellen und Literaten, die seinem Vorstand angehörten, nahm aber auch Mitglieder aus den sich auflösenden kleinbürgerlichen Schichten auf²³. Die „Verbrüderung“ vom 4. September 1849 gab ein zutreffendes Bild der damaligen noch unklaren soziologischen Schichtung, wenn sie feststellt:

„Wir verstehen unter Arbeiter nicht bloß den Gehilfen, Gesellen oder Fabrikanten, sondern zählen auch die Meister zu denselben, den Stand, welcher den bei weitem größeren Teil der Bevölkerung ausmacht.“

Voller Entrüstung schrieb die „Verbrüderung“ aus Anlaß des Verbotes:

„Es gehört die ganze Spitzfindigkeit einer demoralisierten Bourgeoisie dazu, um zwischen Arbeitervereinen und Arbeiterinnenvereinen unterscheiden zu wollen. Ein kleines Stückchen Assoziationsrecht hat sich der Arbeiter erkämpft, aber auch dieses kleinen Stückchens ist er nicht würdig, wenn er nicht darauf bedacht ist, für seine Lebensgefährtin dasselbe Recht zu erkämpfen.“

Daß dieser „Königsberger Arbeiterverein“ nicht nur allgemeine liberale Vorstellungen in radikaler Akzentuierung und seine proletarischen Sonderinteressen wahrnahm, sondern auch Kenntnis von sozialökonomischen und frühsozialistischen Gedankengängen hatte, hat Frolinde Balsler in ihren Untersuchungen über die „Arbeiterverbrüderung“ festgestellt²⁴: „Der Arbeiterverein zu Königsberg gebrauchte in seinem empörten Bericht über die mit Einsatz von Militär erfolgte Auflösung des Arbeitervereins einige Formulierungen, die auf Kenntnis des Kommunistischen Manifestes hinweisen.“

Zu den Mitgliedern des Vorbereitungskomitees „zur Beschickung eines Arbeiterparlaments in Berlin“ 1848 gehörte Crüger für die Königsberger Arbeiter²⁵. Sein Vertreter Grünhagen hat 1850 auf der Leipziger Generalversammlung Vorschläge zu einer gerechten „Steuer-Ausgleichung“ vorgelegt, da das Eigentum zwar unverletzlich, aber dem Wohle der Allgemeinheit verpflichtet sei.

Auch praktische genossenschaftliche Versuche in Gestalt von „Arbeiterassoziationen“ werden aus Königsberg gemeldet. Seit Herbst 1849 bestand eine Tischlerassoziation, von der es heißt: „Arbeite mit 12 Gesellen, die Lohn erhalten und sich in den Gewinn teilen.“ 1850 wird von einer Schneiderassoziation berichtet; Maurer und Schuhmacher seien mit Vorbereitungen dazu

²³ Hoffheinz, Gustav Theodor: Ein Freundeswort an die Arbeiter unserer Provinz. Königsberg 1848.

²⁴ Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49—1863. Stuttgart 1962. Hier S. 150/151, 156 und 179.

²⁵ Aufruf Stephan Borns zur Beschickung eines Arbeiterparlaments in Berlin vom 27. Juni 1848. Berlin 1848.

beschäftigt. In den Berufssparten der Buchdrucker und Zigarrenmacher gab es bereits organisatorische Zusammenschlüsse. Die Auszahlung von „Wanderunterstützungen“ durch Mitglieder der „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung“ in Königsberg wird ebenfalls gemeldet. Kontakte bestanden ferner mit Arbeitervereinen in Elbing und Danzig. Man traf sich auf Delegiertenkonferenzen und Bundestagungen der Arbeiterverbrüderung.

Es muß dem Arbeiterverein auch gelungen sein, eine gewisse Verbindung zu den Landbezirken herzustellen, denn nach seinem Verbot nahm die für die Landbevölkerung bestimmte demokratische „Dorfzeitung“ für ihn Partei und schrieb²⁶:

„ . . . Es sind in Vereinigungen zu politischen, religiösen und materiellen Zwecken bereits Punkte gewonnen außerhalb des scheinconstitutionellen Staatsgetriebes, um welche das Volk sich sammelt, so fest, daß auch noch ärgere Verstümmelungen der Preß- und Vereinsfreiheit die Demokratie in ihrer inneren und äußeren Entwicklung nicht mehr hindern würden.“

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung von 1852 bis 1878

Der Aufbau der Organisation

Die einsetzende Reaktionszeit brachte eine Verschärfung des Vereinsgesetzes und seit 1854 auch des Pressegesetzes. Es gab auch wieder eine Zensur, die zwar nur gegen Redakteure einschreiten durfte, die Artikel in ihre Blätter aufgenommen hatten, die eine Majestätsbeleidigung darstellten, aber dieser Begriff wurde von den Gerichten weit ausgelegt.

In diesen Jahren erfolgte die Hinwendung Johann Jacobys zur Arbeiterbewegung. Nachdem der Weg des liberalen Bürgertums nach dem Ende des Stuttgarter Rumpfparlaments von 1849 in einen nationalliberalen Konformismus geführt hatte, lagen Jacobys Sympathien zunehmend bei der Arbeiterbewegung²⁷.

Karl Marx anerkannte dies in einem Brief an seinen Freund Kugelmann mit den Worten: „Welcher old radical in Europa wäre wohl schon mit solcher Entschiedenheit für die Sache der Arbeiter eingetreten!“ Franz Mehring traf die Feststellung: „Je mehr sich Jacoby in der bürgerlichen Opposition isolierte, um so mehr näherte er sich der proletarischen Revolution.“

Wenn man in den Jugenderinnerungen August Bebels über seine 1876 in Königsberg erfolgte Begegnung mit Johann Jacoby nachliest, wird man den „ungemein sympathischen Eindruck“ verstehen, den der halb so alte August

²⁶ wie ²² Der Polizeipräsident fügte seinem Bericht einen Auszug aus diesem Artikel bei (Blatt 11).

²⁷ Jacoby, Johann: Das Ziel der Arbeiterbewegung. Berlin o. J.

Derselbe: Gesammelte Schriften. Hamburg 1889.

Falkson, Ferdinand: Die liberale Bewegung in Königsberg. Breslau 1888.

Lebe, Reinhard: Der streitbare Demokrat aus Königsberg. Hamburg 1967.

o. V.: Die Begräbnisfeier Johann Jacobys in Königsberg. Berlin 1877.

Bebel von der profilierten Persönlichkeit Jacobys gewinnen mußte. In der nach 1854 verschärft einsetzenden politischen Reaktionszeit kam es zu nachhaltiger Beschäftigung mit theoretischen Problemen, zu einer Verschärfung des politischen Gegensatzes zum Liberalismus und einer allmählichen Bewußtwerdung der nunmehr vorrangig politisch akzentuierten Arbeiterbewegung. Lassalle hat früh einen „Generalbevollmächtigten für die Provinz Ostpreußen“ in der Person des Rechtsanwalts Martiny aus Kaukehmen gehabt, doch blieb dieser — wie Franz Mehring feststellt — „ein General ohne Truppen“.

Selbst ein Jacoby resignierte eine gewisse Zeit und zog sich auf seine Arztpraxis zurück. So kam denn Franz Mehring zu dem Urteil²⁸: „Bis zum Jahre 1878 bestand die Königsberger Sozialdemokratie wesentlich aus einem Häuflein radikaler, von Johann Jacoby beeinflusster Ideologen, deren weitaus größten Teil das Sozialistengesetz zerstäubte.“ Das gilt auch für die erste Parteiorganisation, die es in Königsberg bereits nach 1871 gegeben hat und deren Vorsitzende Emil Arnoldt und Max Herbig waren; 1874 wurde sie verboten, 1878 wurde ihr gleich für zwölf Jahre der Garaus bereitet.

Die Politiker Godau und Schultze

Die ersten bedeutenden Persönlichkeiten der ostpreußischen Arbeiterbewegung waren der Schlossermeister August Godau (1853—1887) und der Zigarrenmacher und spätere Gastwirt Carl Friedrich Wilhelm Schultze (1858—1897). Während Godau kurz vor dem ersehnten Ziel seines Lebens, er hatte bei den Reichstagswahlen 1887 in Königsberg 7 987 und in Elbing 1 434 Stimmen erhalten, mit nur 34 Jahren an der Lungenschwindsucht verstarb, zog Schultze 1890 mit 13 010 Stimmen und nach einem Sieg in der Stichwahl in den deutschen Reichstag ein.

Beider Verdienst war es, eine fundierte sozialdemokratische Organisation geschaffen zu haben. In den erhalten gebliebenen Akten des Königsberger Staatsarchivs mit regelmäßigen Berichten der Polizeipräsidenten und Landräte „über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung“, in den „Acta des Königlichen Polizei-Präsidii zu Berlin betreffend die politischen Zustände der Provinz Ostpreußen 1878—1900“, in der in Zürich, zuletzt in London erschienenen Zeitung „Sozialdemokrat“ sowie in dem bereits erwähnten „Correspondenzblatt“ befinden sich häufige und ausführliche Notizen über die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in Ostpreußen mit einer Fülle Details und unter Angabe von Namen und Fakten. Aus ihnen ist abzulesen, wieviel an Einsatz und Opfern erforderlich war, um durch das Beispiel des persönlichen Vorbildes Anhänger zu überzeugen.

Als Godau und Schultze ihre Augen geschlossen hatten, bestand die ostpreußische Arbeiterbewegung nicht mehr aus ein paar radikalen Intellektu-

²⁸ Mehring, Franz: Johann Jacoby und der wissenschaftliche Sozialismus. Leipzig 1911.

ellen oder einem Häuflein entschlossener Proletarier, sie war in die Breite gewachsen und übte Anziehungskraft auch über die Reihen der Arbeiterschaft hinaus aus. Das sollte sich an Männern erweisen, die nun Führungsaufgaben übernahmen und z. T. in der Reichspolitik eine bedeutende Rolle spielen sollten.

Der Beginn der gewerkschaftlichen Tätigkeit

In den sechziger Jahren begannen sich in Ostpreußen die Arbeitnehmer zu organisieren, wobei sie sich zunächst in stärkerem Maße den Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereinen anschlossen. Die Mitgliederstärke der Organisationen hat den Vorsitzenden, Dr. Max Hirsch, zu einem erheblichen Teil bewogen, die Tagung des Zentralverbandes 1872 nach Danzig zu legen.

Allmählich begannen auch die Freien Gewerkschaften an Boden zu gewinnen. Es entstanden noch streng nach Berufen getrennte Ortsverbände in Königsberg, Memel, Tilsit, Ragnit, Insterburg, Gumbinnen, Osterode und Elbing Für Königsberg ist die Existenz folgender Zahlstellen noch vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes belegt: „Bildhauer, Böttcher, Buchdrucker, Drechsler, Glaser, Hutmacher, Kupferschmiede, Metallarbeiter, Schuhmacher, Steinsetzer, Tischler, Töpfer und Zimmerer.“ Während diese bereits Zusammenschlüsse auf provinzieller Ebene kannten, waren die Maler, Maurer und Schneider nur örtlich organisiert²⁹.

Diese ersten gewerkschaftlichen Organisationsformen mußten unter Mühen und Opfern aufgebaut werden, wurden behördlich oft schikaniert, ihre Funktionäre polizeilich behelligt. Noch sind zünftlerische und ähnliche Vorstellungen anzutreffen, an denen eigensinnig festgehalten wird. In einem Bericht über Königsberg heißt es, „daß die gewerkschaftliche Bewegung noch nicht weiter gediehen und die politische Organisation des festen Haltes entbehrt, wie auch, daß der Streit über die Organisationsform mit solcher Heftigkeit geführt wird³⁰“. Später heißt es ärgerlich, daß „dieser Kampf mit einer Leidenschaft geführt wird, die einer besseren Sache würdig wäre“.

Der gebürtige Westpreuße Legien übernahm persönlich nach dem Fall des Sozialistengesetzes die gewerkschaftliche Agitation in seiner Heimat. Wenn man das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ durchsieht, findet man regelmäßig Berichte Legiens über seine Agitationstouren in Ost- und Westpreußen. Immer wieder tauchen die schon genannten Städte auf, Vertrauensleute werden benannt, deren Aufgabe es ist, in Kleinstädten Arbeitskollegen gewerkschaftlich zu organisieren. Ausdrücklich tragen solche Berichte die Überschrift „Zur Agitation in Ost- und Westpreußen“, und von der Schwierigkeit und Härte solcher Tätigkeit gibt ein Brief

²⁹ Balsler, S. 604 ff.

³⁰ Legien, Carl: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Hamburg 1890.

Carl Legiens vom Januar 1894 Aufschluß: „Ich bin jetzt ziemlich abgehetzt. War in Ostpreußen auf Agitation.“ Die Hauptleistung Legiens bestand darin, im Laufe der Zeit die lokalen Gruppen zu einer festgefügtten zentralen Organisation zusammengefaßt und damit die Grundlage für ihre Stärke und Kampfkraft gelegt zu haben³¹.

Aufschwung seit 1890

Der Aufbau der sozialdemokratischen Partei

Das Ende des Sozialistengesetzes bot auch für die ostpreußische Arbeiterbewegung die Chance zu einem raschen Aufstieg. In einem 1906 verfaßten Beitrag hat Otto Braun rückblickend folgendes Fazit gezogen:

„Bis zum Jahre 1890 waren von den 17 ostpreußischen Wahlkreisen, von Königsberg-Stadt abgesehen, nur in fünf Kreisen sozialdemokratische Stimmen gezählt worden, hauptsächlich in den Städten. Auch im Jahre 1890 waren noch drei Kreise ohne sozialdemokratische Stimmen, und die niedrigen Stimmenzahlen in den übrigen Kreisen waren nur in den kleinen Städten erzielt worden. Das änderte sich bei der Wahl 1893 auch nur wenig.“

Bei dieser Reichstagswahl hatte die SPD mit 23 741 Wählerstimmen ein Plus von 5 704 erzielt, aber erst von 1898 ab sollte sich das erheblich ändern.

Mit Befriedigung stellt Otto Braun, dessen Aktivitäten auf dem Lande dazu entscheidend beigetragen hatten, fest³²:

„Die Wahl im Jahre 1898 brachte der Sozialdemokratie ca. 45 000 gegen 22 000 Stimmen im Jahr 1893. Und was das Erfreuliche an diesem Resultat war, von den 23 000 Stimmen Zunahme entfielen mindestens ca. 17—18 000 auf das flache Land.“

Diese praktische Berührung mit Agrarproblemen sollte Otto Braun noch sehr nützlich werden, als er nach 1918 preußischer Landwirtschaftsminister wurde.

Ein besonderes Phänomen zeigte sich in jenen Jahren in Ostpreußen: drei Großgrundbesitzer stellten sich in die Reihen der SPD. Es waren dies Max Herbig, dem Maraunenhof vor den Toren Königsberg gehörte, Adolf Hofer, der die Güter Skaigirren und Pleinlauken besaß, 1913 als einer der zehn Mandatsträger der SPD zusammen mit Otto Braun in das Preußische Abgeordnetenhaus einzog und mit ihm zusammen nach 1918 kurze Zeit für die USPD preußischer Landwirtschaftsminister war, ehe er von 1923 bis 1931 das Landratsamt des Kreises Fischhausen übernahm. Der originellste Kopf war aber Ernst Ebbard, der seit seinem Studium in Jena überzeugter Sozialist war und auf seinem in der Nähe der Stadt Bialla gelegenen 2 300 Morgen großen Gut interessante Versuche mit einer Gewinnbeteiligung seiner Landarbeiter machte.

³¹ Leipart, Theodor: Carl Legien. Berlin 1929.

Blumenbach, Werner: Kämpfer für die Freiheit. Hannover 1959. Hier S. 100 ff.

³² Braun, Otto: Die Sozialdemokratie in Ostpreußen. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1898.

Köpfe der Arbeiterbewegung

Aus der Generation der nach 1860 Geborenen fanden sich eine Reihe von Männern zu einem lebenslangen Freundschaftsbund zusammen, die nicht nur in der ostpreussischen Arbeiterbewegung eine prägende Rolle gespielt haben, sondern z. T. auch in der Reichspolitik eine gute Figur machten. Es waren dies: Hugo Haase³³ (1863—1919, geboren in Allenstein, Jurastudium an der Königsberger Albertina, Rechtsanwalt, seit 1897 MdR, 1911 Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, 1917 Vorsitzender der USPD, 1919 dem Revolverattentat eines Geistesgestörten zum Opfer gefallen),

Alfred Gottschalk (1863—1942, geboren in Königsberg, dort auch Medizinstudium, praktischer Arzt, jahrzehntelang Vorsitzender der Königsberger SPD und ihrer Stadtverordnetenfraktion),

Conrad Schmidt (1863—1932, geboren in Königsberg, Bruder von Käthe Kollwitz, nach Universitätsstudium Redakteur in Zürich und Berlin),

Otto Braun³⁴ (1872—1955, geboren in Königsberg, dort nach Buchdruckerlehre Redakteur, dann Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse, seit 1911 Mitglied des Parteivorstandes in Berlin, von 1913 bis 1933 ununterbrochen parlamentarische Tätigkeit als MdR und MdL, 1918—1933 Minister, seit 1920 Preussischer Ministerpräsident),

Ludwig Quessel³⁵ (1872—1931, geboren in Königsberg, Uhrmacherlehre, Universitätsstudium in der Schweiz, Redakteur und MdR),

Artur Crispin (1875—1946, geboren in Königsberg, Maler, Redakteur, zeitweise Minister, MdR bis 1933),

Ferdinand Mertins (1864—1943, geboren in Schmalleningken, Kreis Tilsit-Ragnit, Schuhmacher, Expedient, Redakteur, Vorsitzender der Königsberger freien Gewerkschaften, Stadtverordneter, MdL).

Ihnen gesellten sich zeitweise hinzu: Gustav Noske (1868—1946, von 1897 bis 1902 Redakteur in Königsberg, dort 1899 erster sozialdemokratischer Stadtverordneter, nach 1918 Volksbeauftragter, Reichswehrminister und 1920—1933 Oberpräsident von Hannover),

Gustav Bauer (1870—1944, geboren in Darkehmen, Anwaltsbürogehilfe, Vorsitzender des „Verbandes der Büroangestellten“, seit 1903 Arbeitersekretär in Berlin, seit 1908 stellvertretender Vorsitzender der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“, seit 1912 MdR, seit Oktober 1918 Staatssekretär, 1919 Reichsarbeitsminister, 1920 Reichskanzler, 1921/22 Vizekanzler),

Otto Hörsing (1874—1937, geboren in Groß Schillingen, Kreis Niederung, Schmied, Metallarbeiter, vor 1914 Gewerkschafts- und Parteisekretär in Oppeln,

³³ Haase, Ernst: Hugo Haase. Sein Leben und Wirken. Berlin 1929.

³⁴ Braun, Otto: Von Weimar zu Hitler. New York 1940.

³⁵ Braun, Otto: Dem Jugendfreund zum Gedächtnis; Kaliski: Der sozialistische Politiker Ludwig Quessel; Passchl, Otto Friedrich: Ludwig Quessel. Eine Porträtskizze. In: Sozialistische Monatshefte, 73. Bd., 1931. Märzheft.

bis 1920 Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien, danach Oberpräsident in Magdeburg, Gründer und Leiter des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“).

Zu diesen Männern trat eine stattliche Schar von Mitarbeitern, darunter aus dem gewerkschaftlichen Bereich: Friedrich Seemann (1875—1960, nach 1920 Landrat in Gerdauen, nach 1945 Landrat in Braunlage, Harz), Kriese, Köhler, Finsel, Werner, Schikorr, Kablau, Götz u. a.

Im kulturellen Bereich haben Schöndörffer, Weitschat, Wendland und Feustel aktive Mithilfe geleistet.

Das Wertvolle an diesem Kreis war, daß er von hohem Ethos erfüllt war, ein imponierendes Bildungsstreben an den Tag legte und die ihm übertragenen Aufgaben mit Erfolg wahrzunehmen verstand. Wenn man in den Erinnerungen von Braun und Quessel nachliest, was für diese der „Leseclub Kant“ als Anstoß für ihr Leben bedeutet hat, mit wieviel Intensität sich Männer wie Gottschalk und Haase der Weiterbildung ihrer jüngeren Gesinnungsgenossen annahmen, wird klar, von wieviel Aufstiegswillen und Pflichtbewußtsein die Arbeiterbewegung jener Zeitperiode erfüllt war.

Die Anfänge der Arbeiterpresse

Als erster Versuch, eine Arbeiterzeitung in Ostpreußen zu gründen, kann die von dem Referendar Kokosky herausgegebene Monatsschrift „Demokratische Blätter“ angesehen werden. Der gebürtige Danziger Samuel Kokosky (1838 bis 1899) kam nach Königsberg, um Jura zu studieren, machte auch das erste Examen, wandte sich aber dann der Journalistik zu. Im Jahre 1871 brachte er die „Demokratischen Blätter“ mit dem Untertitel „Zeitschrift für politische und soziale Fragen“ in einem Umfange von 32 Seiten heraus.

Kokosky, dessen Vorbild Jacoby war und der sich gleich ihm 1872 der SPD angeschlossen hatte, vertrat in seinem Organ soziale, ja sozialistische Gedanken. So heißt es z. B. in der Nr. 1:

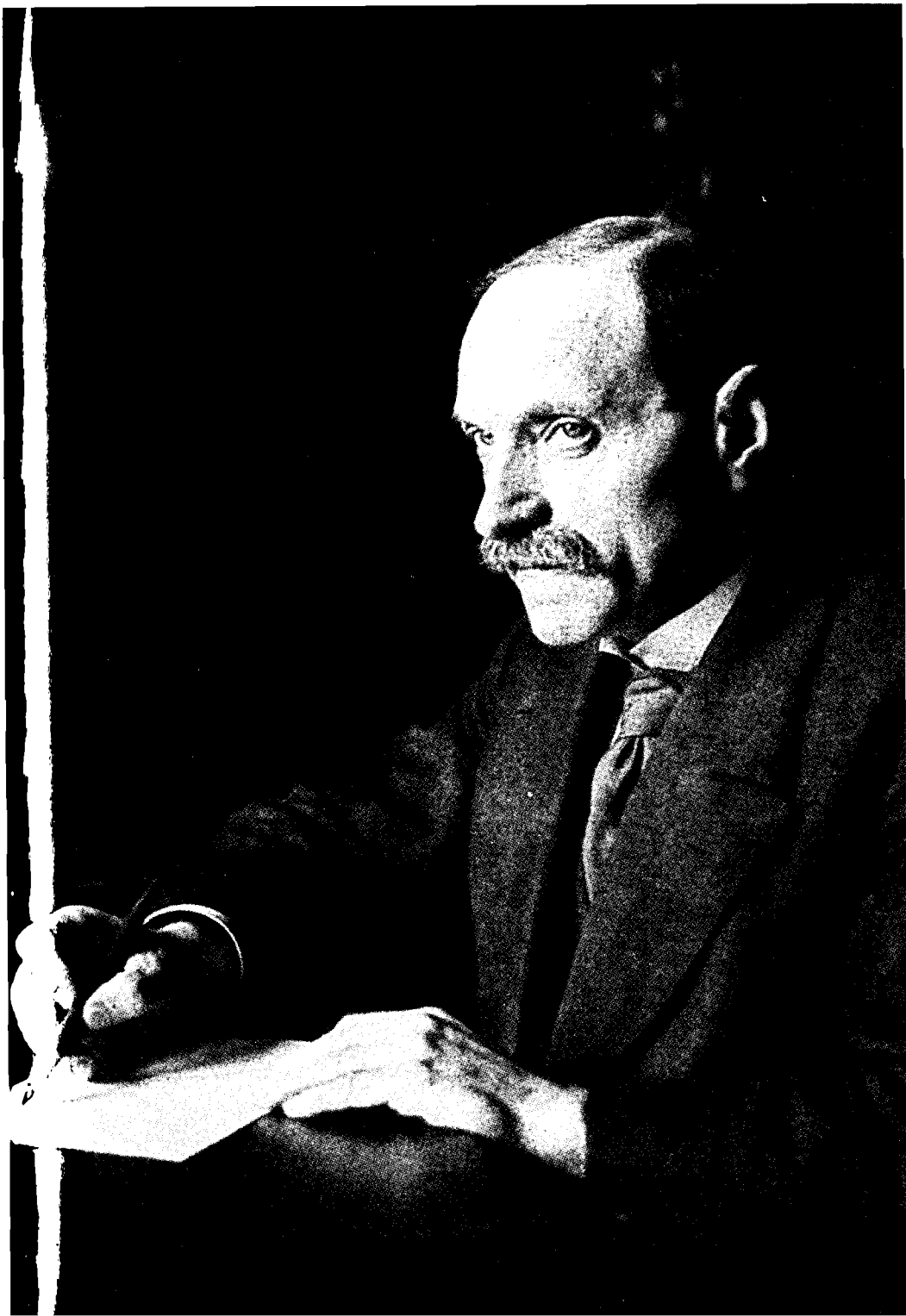
„Nur auf demokratischer Grundlage kann der Staat sich zum Heile des gesamten Volkes entwickeln, nur auf demokratischer Grundlage kann eine Lösung der sozialen Fragen, der friedliche Kampf und Ausgleich zwischen entgegenstehenden Interessen erfolgen.“

Kokosky hatte kein Glück mit seiner Zeitschrift, 1873 ist er als Redakteur zum „Braunschweiger Volksfreund“ weitergezogen und hat dann in Berlin einen Ruf als Zeitungsmann errungen.

Der nächste Versuch für eine den Arbeiterinteressen dienende Zeitung kam aus Breslau. In einem Bericht aus dem Jahre 1877 heißt es³⁶:

„Bis nach Königsberg erstreckten sich damals die Geschäftsverbindungen. Im Sommer schon war Kräcker dorthin gegangen, um die ersten Verhandlungen für

³⁶ Müller, Theodor: 45 Führer aus den Anfängen . . . usw. Breslau 1925. Hier S. 36.



die Gründung der „Königsberger Freien Presse“ zu treffen, die am 1. Oktober 1877 im Verlage unserer Volksbuchhandlung erschien. Carl Just siedelte als Redakteur nach Königsberg über, wo seines Wirkens nicht lange war, da ihn im nächsten Jahr der Tod ereilte, nachdem die Staatsanwaltschaft ihn trotz schwerer Erkrankung wegen einer noch von Breslau her zu verbüßenden Strafe hatte verhaften lassen.“

1878 fand dieses Organ durch das Sozialistengesetz ein schnelles Ende.

Ebenso kurzlebig war das im Mai 1884 erschienene „Königsberger Volksblatt, Unabhängiges demokratisches Organ“. Es war von dem Redakteur und späteren MdR Bruno Schönlank als Wochenblatt in einer Auflage von 650 Stück herausgebracht, in München gedruckt, in Königsberg ausgegeben worden, wurde aber bereits am 24. Juni 1884 mit der Nr. 6 verboten.

Von 1892 bis 1893 hat es als Wochenorgan eine „Arbeiter-Wahlzeitung für Königsberg und die Provinz“ gegeben; ihr Redakteur war Karl Lorenz.

Eine regelmäßig erscheinende und ernstzunehmende Presse gab es jedoch erst seit dem 1. Mai 1892 in Gestalt der „Volkstribüne“. Sie erschien zunächst einmal in der Woche, seit dem 1. Mai 1897 dreimal wöchentlich. Ihre Redakteure waren Otto Braun, der die Geschäfte des Verlegers, Druckers, Redakteurs und Expedienten in einer Person vereinte, bis er 1897 Hilfe in Gustav Noske erhielt. Dieser hat in seinen Erinnerungen „Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie“ die mitunter primitiven, ja abenteuerlichen Umstände dieser Zeitungsgestaltung anschaulich geschildert³⁷. Einzel Exemplare der „Volkstribüne“ befinden sich unter den Akten des Polizeipräsidiums.

Außer diesem „Organ des werktätigen Volkes“, das fünf Pfennige kostete, sind in der Druckerei auch Flugblätter und Broschüren hergestellt worden. Unter den behördlich inkriminierten Belegen finden sich: „An die Arbeiter und Arbeiterinnen Königsbergs“, ferner im Umfang von 16 Seiten „Was bietet die Sozialdemokratie dem Landarbeiter?“ oder „Was hat der Landmann von der Sozialdemokratie zu erwarten?“ Die wachsende Bedeutung der Agitation auf dem Lande führte 1898 zur Herausgabe des „Landboten, Sozialdemokratisches Organ für Ost- und Westpreußen“. Herausgeber und erster Redakteur war Otto Braun. Das Blatt erschien anfänglich monatlich, seit September 1900 vierzehntägig, später wöchentlich. Bis 1914 hatte es 3 800 Auflage. Der letzte Redakteur des Blattes, Verfasser dieser Zeilen, modernisierte es unter dem Titel „Rund um die Woche“. Im Februar 1933 wurde auch dieses Blatt verboten³⁸.

Hauptorgan der ostpreussischen Sozialdemokratie, zugleich „Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften“ wurde die „Königsberger Volkszeitung“, die seit 1901 als Tagespresse herauskam und am 25. Februar 1933 im 41. Jahrgang dem Verbot zum Opfer fiel. Ihre Redakteure waren Otto Braun und Gustav

³⁷ Noske, Gustav: Aus dem Aufstieg und Untergang einer Demokratie. Offenbach 1947. Hier S. 14 ff.

³⁸ Matull, Wilhelm: Arbeiterpresse in Ost- und Westpreußen. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XX. Bd., Würzburg 1970.

Noske, seit 1903 Ludwig Quessel, seit 1904 Artur Crispian, seit 1905 Julius Borchart, sodann Marchionini, Marckwald und Mittwoch, die im Ersten Weltkrieg wegen Differenzen in der Kriegskreditefrage ausschieden.

Aufstieg der Arbeiterbewegung bis 1914

1890 hatte die SPD in Königsberg mit 12 370 Stimmen = 49,3 % erreicht und das Reichstagsmandat gewonnen. Dieses Ergebnis konnte bis 1912 noch auf 19 701 Stimmen = 51,7 % gesteigert werden; Hugo Haase zog in den Reichstag ein und wurde dort Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion.

Längst war die Partei auch in Ostpreußen zu einem beachtlichen Faktor geworden. Seit 1890 wurden unter wachsender Beteiligung in Königsberg Mai-feiern abgehalten. Aus Polizeiberichten ist zu ersehen, daß sie anfänglich im Juditter Wald, abends in kleineren Lokalen, dann in der „Villa Bergpark“ und schließlich im ständigen Traditionslokal „Ludwigshof“ vor dem Königstor stattgefunden haben.

Vom Jahre 1894 wird berichtet, daß am 1. Mai „am Vormittage etwa 200 Personen nach dem jüdischen Friedhof, dem der freien Gemeinde und dem Altstädtischen Begräbnisplatze gingen, um Kränze auf die Gräber von Jacoby, Rupp und Godau niederzulegen“.

Führende Persönlichkeiten der SPD vor dem Ersten Weltkrieg waren Haase, Gottschalk, Mertins, als Parteisekretäre Donalies, Reske, Linde und Marie Hartung. Beachtliches leisteten auch Krüger und Weck, die Otto Braun nach 1918 nach Berlin berufen hat.

In der Provinz machten sich einen Namen Theodor Wolff (1875—1920), der in Tilsit und im Memelgebiet sehr rühlig war und 1919 Mitglied der Nationalversammlung wurde. Ihn unterstützten dort Zimmeck, Krell, Hartung, Jakubait und Bolck. Der Letztgenannte wurde später Regierungspräsident in Königsberg, Krell Bürgermeister in Tilsit, dann in Cranz. Im Kreis Niederung war Kuck aus Kaukehmen tätig. Im Ermland wirkten Ziegler in Braunsberg (von 1953 bis zu seinem Tod 1957 MdB) und Witt in Wormditt. Beachtlich war auch die Zahl der Funktionäre in Insterburg, Gumbinnen, Allenstein sowie im südlichen Ostpreußen. Hierfür seien Herder und Schweingruber in Lyck, Arndt in Johannisburg genannt.

Die Freien Gewerkschaften

Die Freien Gewerkschaften vermehrten ihre Mitgliederzahl erheblich; ein polizeilicher Überwachungsbericht nennt für 1894 die Mitgliederzahl von 2 030, im Jahre 1914 waren es aber über 15 000. Bereits vor der Jahrhundertwende wurde in Königsberg ein Arbeitersekretariat eingerichtet, dessen Leiter bis 1914 nacheinander Krüger, Andersch, Weck, Mertins und Laaß waren.

Zur stärksten Gewerkschaft waren die Metallarbeiter aufgestiegen, als deren namhafteste Vorsitzende Friedrich Seemann und Paul Köhler bekannt wurden. Die Transportarbeiter wurden durch Eugen Werner, Fritz Schikorr und Otto

Kablau repräsentiert. Die Verkehrsarbeiter hatten in Karl Tietz einen tüchtigen Vorsitzenden, die Fabrikarbeiter in Emil Buchholz, die Maurer in Franz Werner, Hugo Köhler, Otto Graßmann, Albert Peter und die Zimmerer in Albert Gragen, August Dischereit und Albert Rogall.

Von 1912 an wirkten unter den Bauarbeitern August Winnig (1878—1956, nach 1918 Staatskommissar und Oberpräsident) und Josef Lübbring (nach 1918 Polizeipräsident in Königsberg und Dortmund und MdR). Eine wichtige Gewerkschaft waren die Buchdrucker, deren Gauvorsteher Quessel — ein Bruder von Ludwig Quessel —, dann Ginius, Köhler, Behrend und Reißner waren. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann man auch, die Angestellten zu organisieren; hierbei taten sich Puzicha, Weitschat und Wendland hervor³⁹.

Sichtbarer Ausdruck des allgemeinen Aufstiegs war die Einweihung des neuen Gewerkschaftshauses in Königsberg auf dem Vorderroßgarten 61/62 im Mai 1914. Die Organisationen der ostpreußischen Arbeiterschaft waren inzwischen so stattlich angewachsen, daß die Mittel für ein großräumiges eigenes Gebäude aufgebracht werden konnten.

Das vom Architekten Waldemar Kuckuck errichtete dreigeschossige Haus befand sich in günstiger Verkehrslage, übrigens ganz in der Nähe des Generalkommandos. Nach der Straßenfront zu waren das Volkshausrestaurant und die Volksbuchhandlung untergebracht. Im Hauptgebäude residierten Partei und Gewerkschaften mit ihren Bezirks- und örtlichen Geschäftsstellen. Ein Zwischentrakt auf der Hofseite barg den großen Versammlungsaal mit Empore, von dem ein kleinerer Sitzungsraum abgetrennt werden konnte. Außerdem gab es noch eine „Schwemme“ für kleinere Zusammenkünfte. Auf der zum Schloßteich hin gelegenen Rückseite befand sich ein Gebäude mit den Verlags- und Druckereiräumen der „Königsberger Volkszeitung“. Ihm gegenüber waren später Garagen errichtet worden, in deren Obergeschoß die Büroräume des „Einheitsverbandes der Eisenbahner“ untergebracht waren.

Dann schritt man in den etwas tiefer gelegenen Kaffeegarten nebst Musikpavillon, in dem es sich in sommerlichen Tagen herrlich verweilen ließ. Der Blick glitt über den Schloßteich und weiter zu den begrünten Gärten der Logen. Wer von den Teilnehmern der festlichen Einweihung von 1914, der von Stolz über das nun Erreichte erfüllt war und fortschrittsgläubig mit dem baldigen Sieg der Arbeiterklasse rechnete, hat es sich vorstellen können, daß kaum ein Vierteljahr später die Kriegsfurie die Besucher vertreiben und aus dem Gewerkschaftshaus ein Lazarett machen würde?

Über das Tun der Freien Gewerkschaften unterrichteten Publikationen wie „Jahresbericht der Gewerkschaftskommission Königsberg“ aus den Jahren 1899/1900, 1901/02 und 1906, 1908—1913, ferner der „Geschäftsbericht des Arbeitersekretariats und Gewerkschaftskartells zu Königsberg“ von 1907 und 1914 sowie Rechenschaftslegungen der einzelnen Gewerkschaften wie z. B. „Jahresbericht

³⁹ Birnbaum, Immanuel: Königsberger Politiker vor 50 Jahren. In: Festschrift 10 Jahre Patenschaft Duisburg — Königsberg. Duisburg 1963.

der Verwaltungsstelle Königsberg des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ 1905, 1906, 1920, des Deutschen Transportarbeiterverbandes von 1907, des Gaues Ostpreußen im Verband der deutschen Buchdrucker 1903—1905, 1909/1910, 1915—1930, der „Geschäftsbericht des Zweigvereins Königsberg im Zentralverband der Maurer Deutschlands“ von 1910, „Geschäfts- und Kassenbericht des Zweigvereins Königsberg im Deutschen Bauarbeiterverband“ von 1911.

Für die christlich orientierte Arbeiterschaft gab es folgende Organe: „Altpreußischer Arbeiterbote“ des „Verbandes evangelischer Arbeiter- und Volksvereine in Ost- und Westpreußen“ von 1899 bis 1902, in seiner Fortsetzung von 1902 bis 15. September 1933 „Ostpreußischer Arbeiterbote“. Auf katholischer Seite existierte die „Katholische Arbeiterzeitung für die Diözese Ermland“ im „Diözesanverband katholischer Arbeitervereine“ im Ermland (Braunsberg 1924).

Die Konsumgenossenschaft

Ausdruck der Stärke der ostpreußischen Arbeiterbewegung war z. B. die Konsumgenossenschaft mit ihrer 1914 errichteten Zentrale in Rosenau und zahlreichen Verkaufsstellen in der Provinzialhauptstadt sowie in größeren Städten Ostpreußens. Zu ihren Initiatoren gehörten Albert Borowski (1876 bis 1945, 1920 Staatskommissar, Stadtrat und Staatsrat, beim Russeneinmarsch ums Leben gekommen) und Vater und Sohn Hartung.

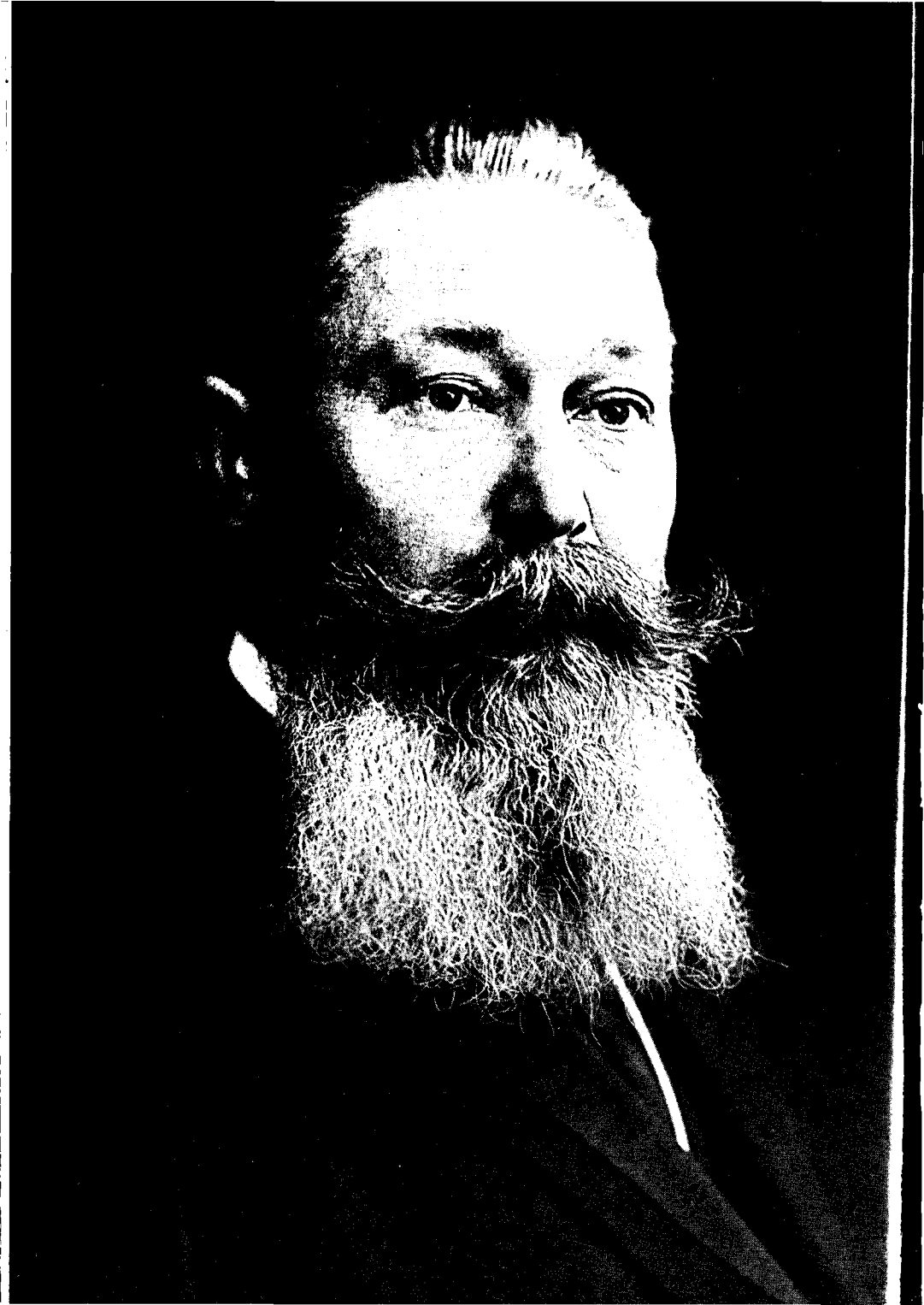
Die Arbeitersport- und -kulturbewegung

Die Arbeitersportbewegung begann mit der Gründung der „Freien Turnerschaft im Jahre 1906. Sie gewann schnell an Bedeutung, weil zahlreiche Arbeiter die älteren Turnvereine verließen, um sich den Freien Turnern anzuschließen. Zu den bekanntesten Sportfunktionären zählten Willert, Wermke, Oßwald, Radau, Peterdorf, Küssner und Klein.

Auch die Arbeiterkulturbewegung nahm einen schnellen Aufschwung. Bereits 1913 konnte der Männerchor der Buchdrucker, die „Typographia“, unter ihrem Dirigenten Erwin Feustel das 50jährige Stiftungsfest feiern; ihre Vorsitzenden waren bis 1913 Richard Bahl, bis 1933 Gustav Dawill. Ferner existierte ein Arbeitergesangverein „Vorwärts“, aus dem nach 1918 der „Königsberger Volkschor“ wurde. Auch die Metallarbeiter hatten unter Nieswand und Aßmann einen stattlichen Gesangverein. In der Provinz bestanden Arbeitergesangvereine in Insterburg, Tilsit und Palmnicken, deren Provinzialvorsitzender Paul Andjelow war.

Die Kriegsjahre 1914—1918

Die Juli- und Augusttage von 1914 ließen in Ostpreußen die Gedanken oft zu Hugo Haase eilen. Er war seiner entschiedenen Friedenshaltung wegen hoch geschätzt, die er auch auf internationalen Sozialistentagungen bekräftigt hatte. Was würde jetzt von der Internationale geschehen? Als Hugo Haase am



4. August 1914 die Erklärung im Reichstag abgab: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, wurde deutlich, daß das bisher unterbewertete Phänomen Vaterland und Nation auch für die deutsche Sozialdemokratie zu einer Wegmarke geworden war. Die Einberufungen zum Kriegsdienst ließen die Organisationen erlahmen, und in Ostpreußen machte das Eindringen der Russen alles andere zunächst unwichtig.

Das sollte nicht so bleiben. Bald wurde bekannt, daß Hugo Haase seine Reichstagerklärung, der Fraktionsdisziplin sich beugend und entgegen persönlicher Auffassung, abgegeben hatte. Diese Tragik im Leben Hugo Haases charakterisiert Ernest Hamburger:

„Haase ist nie darüber hinweggekommen, daß er sich zur Verlesung der Erklärung bestimmen ließ und sich dadurch der Mißdeutung im Inland und Ausland ausgesetzt hat . . . Die Ablehnung wäre eine Rebellion historischen Ausmaßes gewesen. Zu einer solchen Revolte aber vermochte sich Haase nicht durchzuringen. Er war sich der unabsehbaren Folgen einer Sonderaktion für die Existenz der Gesamtpartei bewußt und schreckte davor unter der Bürde seiner Verantwortung zurück.“

Schon 1915 kam es in der Reichstagsfraktion, aber auch in den Organisationen im Lande zu immer erregter werdenden Debatten. Das war namentlich in Ostpreußen und vor allem in Königsberg der Fall, wo Hugo Haase verständlicherweise einen stattlichen Anhängerkreis hatte. Bald sollten darüber Freundschaften erkalten und aus gegensätzlichen Auffassungen Feindschaften werden⁴⁰.

Wie aus den Protokollen der Sitzungen von Parteivorstand und Reichstagsfraktion hervorgeht, verharteten bei dem 1914 gefaßten Beschluß die in Ostpreußen wohlbekanntesten Gustav Bauer, Otto Braun, Carl Legien, Gustav Noske und Ludwig Quessel, während auf der anderen Seite Artur Crispian und Hugo Haase standen. In der Provinz blieben der Mehrheitssozialdemokratie treu: Borowski, Drey, Fürst, Jessner, Kablau, Kriese, Krüger, Kunze, Legatis, Lübbring, Michelis, Seemann, Schikorr, Schöndörffer, Stamer, Stern, Werner und Will, während zu den Oppositionellen Gottschalk, Hofer, Mertins, die Parteisekretäre Linde, Donalies und Hartung, sodann Heydemann, Weck, Puzicha und Mittwoch, Polenz und die gesamte Redaktion der „Königsberger Volkszeitung“ zählte, die deswegen 1916 ausschied.

In den erhalten gebliebenen Akten des Oberpräsidiums aus diesen Kriegsjahren finden sich u. a. Listen der Druckschriftenverbote. Sie betrafen bereits im Februar 1915 Resolutionen und Flugschriften der Internationale, oppositioneller deutscher Gruppen und schließlich Reden von Reichstagsabgeordneten. U. a. findet sich am 2. August 1915 die Notiz: „Der Bund ‚Neues Vaterland‘ erfordert nach seiner ganzen Tätigkeit eine sorgfältige Überwachung“ oder das

⁴⁰ Matull, Wilhelm: Hugo Haase und Otto Braun. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XIV. Bd., Würzburg 1966.

Verbot einer „Anleitung zur Verteilung von Flugblättern als Einwickelpapier zur Werbung bei Urlaubern.“

In den Jahren 1916 und 1917 wird die Verbotsliste immer umfangreicher, zeigt aber auch, wieviele Flugschriften der USPD, des „Spartacus“ (Dezember 1916), der Gruppe „Die Internationale“ (Rosa Luxemburg und Franz Mehring), der von Julian Borchard herausgegebenen „Lichtstrahlen, Bildungsorgan für denkende Arbeiter“, oder „Die weißen Blätter“ ihren Weg nach Ostpreußen fanden.

Im Zusammenhang mit der sich verschlechternden Kriegs- und Ernährungslage tauchen auch erste Verurteilungen wegen Lebensmittelkrawallen und Plünderungen auf. Am 7. Februar 1918 weiß die „Königsberger Volkszeitung“ von einer fast elfstündigen Kriegsgerichtsverhandlung über Vorkommnisse zu berichten,

„die mit der ‚unabhängigen‘ und noch ‚linksradikaleren‘ Beeinflussung der hiesigen Jugendbewegung in Verbindung stehen. Der von Berlin gekommene ehemalige Student Scheier erhielt wegen versuchten Landesverrats zwei Jahre Festungshaft. Wegen des gleichen Vergehens wurden der frühere Gymnasiast Hoffmann zu einem Jahr und die Lehrerin Freundlich zu sechs Monaten Festung verurteilt. Der Tischler Krämbring erhielt wegen Übertretung von Verordnungen des hiesigen Generalkommandos vier Monate Gefängnis.“

Interessant ist auch die Notiz der „Königsberger Hartungschen Zeitung“ vom 20. Juni 1918, wonach die Gewerkschaftssekretäre Seemann und Kriese vor das Kriegsgericht zitiert waren, weil sie in Wehlau eine nicht angemeldete Versammlung abgehalten hatten; Seemann erhielt zehn Mark Geldstrafe, Kriese wurde freigesprochen. Bald darauf mußte sich Seemann erneut verantworten, weil er sich abfällig über drakonische Urteile außerordentlicher Kriegsgerichte bei Lebensmittelplünderungen und Felddiebstählen geäußert hatte.

Revolution und Nachkriegsjahre

Die Arbeiter- und Soldatenräte

Die Revolutionstage in Königsberg wie auch in Ostpreußen am 9. November 1918 und in den folgenden Tagen sind in dem Buch „Ostpreußens Arbeiterbewegung“⁴¹ so detailliert geschildert worden, daß dies hier nicht wiederholt zu werden braucht. Festgestellt sei nur, daß wie andernorts auch hier Militärs und Behörden resignierten und die vollziehende Gewalt den Arbeiter- und Soldatenräten zufiel. Sie setzten sich für die Provinz Ostpreußen zumeist aus verständigen Soldaten und erfahrenen Gewerkschaftsvertretern zusammen, die die katastrophale Ernährungslage, die Notwendigkeit rascher Arbeitsbeschaffung und die kritische Grenzsituation zutreffend einzuschätzen wußten.

Anders sah es in Königsberg aus. Hier waren unter den Soldatenräten infolge der Gunst der Stunde Elemente hochgeschwemmt worden, welche der

⁴¹ Marull, S. 73 ff.

schwierigen Sachlage nicht gewachsen waren. Aber auch unter den Arbeiter-
räten wurden die Anhänger der USPD bald von Spartakisten mit undurch-
sichtigen Plänen überrundet. Vor allem aber machten sich sogenannte Matrosen-
wehren, unter denen sich z. T. kriminelle Elemente befanden, derart mit ihrer
als unerträglich empfundenen Mißwirtschaft bemerkbar, daß gegen sie ein-
geschritten werden mußte.

Bereits am 1. Januar hatte in der Königsberger Börse der neue Minister
„für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“, Otto Braun, gesprochen und auf
die Notwendigkeit hingewiesen, daß nun aus unübersichtlichen Nachkriegs-
verhältnissen in solide Friedenszustände übergeleitet werden müsse. Arbeits-
möglichkeiten seien in Hülle und Fülle vorhanden, wofür Braun bezüglich der
Landwirtschaft u. a. Siedlungen, Meliorationen, bessere Gestaltung der Forst-
wirtschaft nannte. Speziell den Land- und Waldarbeitern versprach er gün-
stigere Löhne, geeignete Wohnungen und Mitwirkung in Arbeitsausschüssen.

In der Diskussion hatten sich die Gewerkschaftssekretäre Götz und Lübbring
gegen die Ausschreitungen der Matrosen gewandt. Ein Soldat erklärte:

„Wir brauchen hier in Königsberg keine Matrosen, wir haben hier genug
andere Soldaten, die besser für Ruhe und Ordnung sorgen können. Auch auf
unsere Arbeiterschaft können wir uns besser verlassen als auf alles andere.“

Nachdem es am 13. Januar 1919 blutige Zwischenfälle gegeben hatte, am
1. März 1919 nochmals unhaltbare Zustände offenbar geworden waren, rückten
im Morgengrauen des 3. d. M. Regierungstruppen ein und machten dem Ma-
trosenspek rasch ein Ende. Über diese Ereignisse, die 26 Menschenleben ge-
kostet haben, finden sich in den „Akten des Reichskommissars für den Osten
betreffend Vorgänge in Königsberg“ genaue Angaben.

Es gab noch ein paar Tage unruhiger Nachwehen, dann war die Revolutions-
phase in Ostpreußen beendet. Reichskommissar August Winnig und Reichs-
wehrminister Noske haben sich in dieser Zeit in Ostpreußen bemüht, zu Einsicht
und Vernunft aufzurufen. Noske sprach auch im Königsberger Junkerhofsaal
vor Magistrat und Stadtverordneten — in jenem Saal, in dem er 1899 als erster
sozialdemokratischer Stadtverordneter gewirkt hatte — und sah viele Kampf-
gefährten wieder, denen er anstelle illusionärer politischer Vorstellungen harte
Realitäten gegenüberstellen mußte.

Wechsel im Oberpräsidium

Oberpräsident Ostpreußens war auch während der Revolutionstage Adolf
Tortilowicz von Batocki-Friebe (1868—1944) geblieben. Er hatte sich in den
schwierigen Zeitläuften von 1914 bis 1916 als befähigter Verwaltungsbeamter
bewährt, 1916/17 eine schwierige Aufgabe als Präsident des Kriegsernährungs-
amtes gemeistert und nun auch die noch kritischere Zeit vom Januar 1918 ab,
ungeachtet seiner konservativen Grundhaltung, mit Geschick bewältigt.

Als im Juni 1919 im Zusammenhang mit dem Versailler Friedensvertrag
auch in Ostpreußen Strömungen auftauchten, gesondert vom Deutschen Reich

vorzugehen und eventuell dabei auch kriegerische Auseinandersetzungen in Kauf zu nehmen, fand der Oberpräsident damit nicht nur den Widerstand der Regierung, eine Absage durch Hindenburg, sondern auch scharfe Ablehnung durch demokratische Kräfte. Die „Königsberger Hartungsche Zeitung“ wählte die Überschriften „Kein eigener ostdeutscher Staat — Kein Sonderkrieg — Ostpreußen reichstreu“⁴².

Batockis Nachfolger wurde August Winnig (1878—1956). Winnig war am 22. Januar 1919 zum Generalbevollmächtigten des Deutschen Reiches für die baltischen Lande und zum Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen ernannt worden⁴³. In Blankenburg/Harz geboren, hatte er in seinem Beruf als Bauarbeiter einen ungewöhnlich zähen Bildungswillen an den Tag gelegt, war Sekretär seiner Gewerkschaft, dann auch MdR geworden und hatte überdies überraschende schriftstellerische Talente mit seinem Buch „Frührot“ an den Tag gelegt. Was er bisher geleistet hatte, fand Anerkennung; jetzt sollte er sich als Oberpräsident von Ostpreußen bewähren. Nach anfänglichen Erfolgen scheiterte er beim Kapp-Putsch am 23. März 1920.

Er hatte den Kontakt mit den Kreisen, denen er entstammte, verloren, auch bei der Übernahme seines Amtes befremdlich geäußert⁴⁴: „Ich war froh, ein Amt zu haben, das mir gestattete, mich dem politischen Betrieb fernzuhalten.“ Als Winnig beim Kapp-Putsch als einziger Oberpräsident nicht hinter die Reichsregierung trat, wurde er amtsentlassen, auch das Band zu seiner Partei zerriß. Sein weiterer Lebensweg hat ihn in religiöse Bereiche und zu schwärmerischen Vorstellungen von einem „Arbeitertum“ geführt.

An die Spitze der Provinz Ostpreußen trat nun als Oberpräsident von 1920 bis 1932 der Demokrat Ernst Siehr (1869—1945), der von 1912 bis 1921 MdR gewesen war. Gerne hätte Gustav Noske diese Position eingenommen, notiert er doch in seinen Lebenserinnerungen⁴⁵:

„Da ich Ostpreußen aus meiner Königsberger Redakteurzeit in guter Erinnerung hatte, wäre ich ganz gerne dorthin gegangen. Für Ostpreußen wollten die bürgerlichen Parteien jedoch einen Mann aus ihren Reihen als Oberpräsidenten sehen.“

Ernst Siehr ist seinem Auftrag mit Sachkunde und Würde gerecht geworden, während Gustav Noske in ähnlicher Weise der Provinz Hannover bis 1933 vorgestanden hat.

Reichspräsident und Reichsregierung ernannten am 31. März 1920 Albert Borowski zum Reichskommissar in Ostpreußen und bevollmächtigten ihn, „die infolge der Staatsstreichbewegung geschaffene Lage zu prüfen und auf die Durchführung geordneter verfassungsmäßiger Verhältnisse zurückzuführen“.

⁴² Nr. 294 vom 26. Juni 1919.

⁴³ Klett, Rudolf: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20. Heidelberg 1956.

⁴⁴ Winnig, August: Der weite Weg. Hamburg 1932.

⁴⁵ Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach/Main 1947. S. 179 ff.

Dieses Amt hat Borowski bis zum 28. Mai 1920 innegehabt. Da im Zusammenhang mit einem allzu vorschnellen Bekenntnis zu Kapp zahlreiche höhere Beamte abgelöst wurden, konnte die SPD eine Reihe wichtiger Verwaltungsstellen besetzen. Es waren dies: das Regierungspräsidium Königsberg mit Bolck, die Landratsämter Angerburg mit Streicher (später Ellinghaus und Rudnitzki), Gerdauen mit Seemann (später Schmidt und Lufft), Fischhausen mit Hofer und vorübergehend Insterburg mit Grimpe und Niederung mit Kahl. Vizepräsident im Oberpräsidium Königsberg wurde Herbst (später Steinhoff), dieselbe Position in Gumbinnen nahm Ellinghaus ein. Polizeipräsident von Königsberg wurde nach kurzer Interimszeit von Fritz Kriese Josef Lübbring (später Brand und Titze).

Die Volksabstimmung in Ostpreußen

Auf Grund der Versailler Friedensvertragsbestimmungen mußten am 11. Juni 1920 Volksabstimmungen im Regierungsbezirk Allenstein sowie in dem Kreis Oletzko und dem Abstimmungsbezirk Marienwerder für die rechts der Weichsel gelegenen Kreise Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg durchgeführt werden. In den Akten des Oberpräsidiums finden sich zahlreiche Unterlagen über Vorbereitung und Durchführung dieses Abstimmungskampfes, der mit einem überwältigendem Bekenntnis zugunsten Deutschlands endete. Neben Männern wie Freiherr von Gayl, Schriftsteller Worgitzki und Syndikus Hoffmann haben auch Sozialdemokraten wie Albert Borowski, Albrecht von Holtum und von Danzig aus Julius Gehl an hervorragender Stelle gewirkt. Berichte jener Tage aus Marienburg, Marienwerder, Stuhm und anderen Abstimmungs-orten zollen auch dem MdR Hermann Schulz, Provinzialvorsitzender der ostpreußischen SPD, Anerkennung.

Im Allensteiner Abstimmungsbezirk waren 363 209 = 97,8 % Stimmen für Deutschland und nur 7 980 = 2,1 % für Polen abgegeben worden. Im Bezirk Marienwerder wurden 96 894 = 92,28 % deutsche und 7 947 = 7,57 % polnische Stimmen gezählt. Nur im Kreis Stuhm war mit 4 904 = 19,07 % ein nennenswerter Prozentsatz für Polen herausgekommen. Auch in dieser Schicksalsfrage hatte die ostpreußische Arbeiterschaft wiederum ihren Mann gestanden.

Aufbau der demokratischen Ordnung

Sozialdemokratische Mitarbeit in der Verwaltung

Nachdem die turbulenten Ereignisse zwischen 1918 und 1920 einigermaßen abgeklungen schienen, wurde mit allen Kräften versucht, mit der in Ostpreußen sehr veränderten Grenzsituation durch wirtschaftliche Impulse fertig zu werden. Dazu zählte auch die Schaffung der „Deutschen Ostmesse“ und ihre Eröffnung durch den Reichspräsidenten Ebert im Jahre 1920. Leider trafen die wirtschaftlich schwierigen Zeitverhältnisse sowie die schweren Kriegsfolgelasten Ostpreußen besonders hart, weil die Inflation und die ihr folgende große Arbeits-

losigkeit in der vom Kern des Reiches abgeschnürten Provinz die wirtschaftliche Basis erschütterte.

Bis zur Mitte des Jahres 1924 mit ständigen politischen Schwierigkeiten und Wirtschaftsnöten war alles Tun kaum mehr als ein „von der Hand in den Mund leben“. Dennoch schien sich die zähe Arbeit allmählich zu lohnen; wenn anfänglich noch langsam, so ging es doch wieder aufwärts. Sowohl in der Parlamentspraxis von Reichstag, Landtag, Provinziallandtag als auch in den Selbstverwaltungskörperschaften der Kreise, Städte und Gemeinden wurde positive Mitarbeit offenbar.

Nachdem die ersten Erfahrungen mit der Praxis eines demokratisch-parlamentarischen Systems gewonnen worden waren, mußten sowohl die Normalisierung der außenpolitischen Beziehungen zu den neuen Nachbarn im Osten als auch die Sonderlage Ostpreußens infolge Abtrennung vom Reich und dem schwerwiegenden Verlust des früheren Hinterlandes bedacht und geregelt werden. Das hat damals MdR Lufft, talentierter Benjamin des Reichstags, durch Stellungnahmen zum deutsch-polnischen Liquidationsabkommen, zu deutsch-litauischen Verträgen und zum deutsch-estnischen Handelsvertrag getan.

Hierbei kam es darauf an, der Situation Ostpreußens in Nüchternheit Rechnung zu tragen. Später haben dann Wirtschaftsnöte und Existenzsorgen der Industrie eine vordringlichere Rolle gespielt. Hierbei haben die MdR Hermann Schulz, Carl Jäcker und Arthur Mertins sich hervorgetan. Zur Situation der Landarbeiterschaft wie der Kleinbauern, bald auch zur Osthilfe und in der Auseinandersetzung mit der erstarkenden Reaktion gab es manches kritische Wort zu sagen.

Im Preußischen Landtag waren es die beiden Frauen Annemarie Oestreicher (1944 im KZ Ravensbrück 70jährig umgekommen) und Toni Wohlgemuth, die sich mit Kultur-, Agrar- und Landarbeiterfragen intensiv beschäftigten. Franz Rudnitzki (später Landrat in Angerburg) mußte sich, als im Juni 1928 ein „Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Mitteln für die Sanierung und Fortführung der Schichauwerke“ in Elbing und Königsberg wegen einer früh eingetretenen Wirtschaftsstagnation beraten wurde, energisch für diese Betriebe einsetzen. Die starke Verkleinerung der Kriegsmarine machte diesen Werften, die vor dem Ersten Weltkriege hauptsächlich von Bauaufträgen der deutschen und auch ausländischer Flotten gelebt hatten, schwer zu schaffen. Etwa 10 000 Arbeitsplätze waren dauernd gefährdet, von weiteren Tausenden in den Zubringerbetrieben nicht zu reden, die rund 25 000 Arbeiter beschäftigten.

Landtagsabgeordneter Willi Weidemann († 1972) schlug gegenüber den extremistischen Kräften eine scharfe Klinge. Noch vor Ende einer sinnvollen parlamentarischen Tätigkeit ist MdL Paul Schulz tätig geworden.

Nachdem der Provinzialvorsitzende der ostpreußischen Sozialdemokratie MdR Hermann Schulz (1872—1929), der als alter Elbinger Schichauer besonders tatkräftig die Interessen seiner früheren Arbeitskollegen wahrgenommen hatte, durch einen plötzlichen Tod abberufen worden war, war Friedrich

Larssen (1889—1971) an seine Stelle getreten, der besonders mit Landarbeiter- und Siedlungsproblemen vertraut war.

Im ostpreußischen Provinziallandtag haben Mandatsträger wie die Landräte Hofer, Seemann und Streicher oder Gewerkschaftler wie Kriese, Kinat und Schnell, aber auch Politiker wie Donalies, Hartung und Wyrigatsch, Lehrer wie Knuth, Doligkeit, Schmischke oder Beamte wie Marquardt, Herder und Uszkurat hervorragende Sacharbeit geleistet. Das trifft auch für viele Kommunalparlamente zu, namentlich in Königsberg mit Oberbürgermeister Lohmeyer und Bürgermeister Goerdeler arbeitete die städtische Selbstverwaltung dank der positiven Mitarbeit eines Fraktionsvorsitzenden wie Gottschalk ausgezeichnet.

Die Wahlergebnisse von 1919 bis 1925

Für die Sozialdemokratie wurde nach der Revolution nach hoffnungsvollen Anfängen die Lage sehr ernst. Zur Nationalversammlung gaben am 19. Januar 1919 419 201 Ostpreußen ihr die Stimme. Diese Erfolge konnte die Partei in den folgenden Wahlen nicht wiederholen. In der Wahl zum Reichstag, die wegen der Volksabstimmungen in den Regierungsbezirken Allenstein und Westpreußen am 20. Februar 1921 nachgeholt werden mußte, wurde die Zahl der SPD-Stimmen fast halbiert und bei den Wahlen am 4. Mai 1924 nochmals herabgedrückt. Dagegen konnten die Unabhängigen Sozialisten ihren Stimmenanteil von 45 872 bei der Wahl zur Nationalversammlung auf 53 118 bei der Reichstagswahl steigern, er sank dann aber nach der Spaltung der Partei zur Bedeutungslosigkeit herab. Viele der ihr zugeflossenen Stimmen wanderten zur Kommunistischen Partei ab, die 1921 68 450, 1924 aber bereits 119 188 Stimmen erhielt.

Den katastrophalsten Verlust hatte dabei die Deutsche Demokratische Partei hinnehmen müssen: in fünf Jahren hatte sie 135 000 Wähler verloren. Dieser Substanzverlust sollte bis 1933 anhalten. Ein großer Teil der liberal-demokratischen Wähler hatte sich für die Deutsche Volkspartei entschieden, noch mehr waren zu den Deutschnationalen abgewandert. Deren Gewinn lag knapp unter 300 000 Stimmen und bestätigte damit für Ostpreußen die Vorrangstellung der konservativen Kräfte, die erst vom Nationalsozialismus angetastet werden sollte.

Die SPD hatte anstatt sieben Reichstagsmandaten nur noch zwei, die Kommunisten konnten, obwohl ihnen in Ostpreußen namhafte Führungskräfte versagt blieben, bei den Maiwahlen 1924 fast 120 000 Stimmen erreichen; sie blieben damit nur noch mit 37 000 Stimmen hinter der SPD zurück.

Mochten diese Wahlen vom Frühjahr 1924 noch unter dem Eindruck der eben zu Ende gegangenen Inflation und eines schwierigen Neuanfangs stehen, so brachte die rasch folgende Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 ein günstiges Ergebnis: die SPD gewann 50 000 Stimmen und stieg auf 208 415 an, während die Kommunisten mit 80 663 nahezu 40 000 Stimmen verloren.

Ostpreußische Wahlergebnisse 1919—1924

	SPD	DDP	Z	DVP	DNVP	Nationalsoz. Freiheitsbew.	USPD	KPD
19. Januar 1919 (National- versammlung)	419 201	171 108	93 523	72 194	108 032	—	45 872	—
20. Febr. 1921 Nachwahl wegen Volksabstimmung	228 872	53 860	91 439	144 254	296 229	—	53 118	68 450
4. Mai 1924	156 124	36 302	85 201	85 118	398 441	87 438	6 208	119 188

Auch die Wahlergebnisse für den ostpreußischen Provinziallandtag zeigen solche Veränderungen an.

Wahlen zum ostpreußischen Provinziallandtag (Ergebnisse in Abgeordnetensitzen)

	1921	1925	1929
DNVP:	26	33	27
DVP:	14	7	8
Z:	8	6	7
DDP:	6	3	3
SPD:	20	22	23
KPD:	6	6	8
NSDAP:	—	—	4
Sonstige:	7	10	7

Der Todeskampf der Weimarer Republik

Im Schatten der Wirtschaftskrise

Waren schon die 1928 bemerkbaren Gefährdungen der Werftindustrie ein verdächtiges Anzeichen gewesen, so sollten sich vom Herbst 1929 an die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Handel und in der Landwirtschaft in Auswirkung der von Amerika ausgehenden Weltwirtschaftskrise auch in Ostpreußen stärker bemerkbar machen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg an, Zusammenbrüche von Firmen und Betrieben mehrten sich, Unsicherheit und Krisenstimmung nahmen zu. Das führte im gewerkschaftlichen wie im politischen Bereich zu härteren Auseinandersetzungen, die Fronten versteiften sich, die Neigung zu extremen Haltungen nahm zu.

Der Bezirksausschuß Königsberg des DGB mußte 1929 „die traurige Lage der ausgesteuerten Erwerbslosen, namentlich in kapitalschwachen Gemeinden“, bemängeln und eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf sämtliche Berufe fordern. Staatliche Maßnahmen zur Förderung der Bautätigkeit und sonstigen Arbeitsbeschaffung wurden gefordert (Jahrbuch des ADGB 1929). Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands meldete ein erschreckendes

Ansteigen der Erwerbslosenzahlen, die bis Jahresbeginn 1933 auf 5 355 428, davon in Ostpreußen 102 730, hinaufgeschwollen waren (Zentralblatt 33. Jg. Nr. 1/1933 vom 1. Januar 1933).

Die Krise der ostpreußischen Landwirtschaft

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die ohnehin schwache ostpreußische Industrie waren erheblich, aber bei allen Versuchen, durch den Einsatz von Finanzmitteln des Reiches und Preußens zu helfen, kam doch immer stärker die Ansicht auf, daß eine völlige Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft, einschließlich der Landwirtschaft notwendig sei.

Ostpreußen war immer noch eine überwiegend agrarische Provinz. In den 37 Landkreisen der Provinz wiesen nur sieben mehr als die Hälfte der Erwerbspersonen in nichtlandwirtschaftlichen Berufen tätig nach, in allen anderen überwogen die ländlichen Berufe. Es gab sogar keinen einzigen Stadtkreis, zu dem keine Bauernhöfe gehörten⁴⁶.

Es war also ein entscheidendes Problem für Ostpreußen, wie sich die Landwirtschaft entwickeln konnte. Sie wurde von der Grenzziehung besonders hart betroffen. Ihre alten Absatzmärkte, Berlin und die großen Industriegebiete Mittel- und Westdeutschlands, wurden schwer erreichbar, weil Schnellgüterzüge mit lebendem Vieh, Milch, Käse und Eiern den polnischen Korridor passieren mußten, dessen Bahnverwaltung die Frachtkosten in polnischer Währung verlangte und keine verbilligten Tarife gewährte.

Die Landwirtschaft mußte sich also weitgehend auf Seetransporte umstellen, was übrigens dazu führte, daß Hamburg in steigendem Maße Kartoffeln und Brotgetreide aus Ostpreußen abnahm, aber eine befriedigende Lösung war damit nicht verbunden. Die Veredelung der landwirtschaftlichen Produkte mußte in der Provinz stattfinden, um den Frachtkostenanteil auf ein Maß zu senken, das erträglich war.

Gleichzeitig mußte die Landarbeit rationalisiert werden, wobei Maschinen die Arbeit des Menschen übernahmen. Wie in allen Provinzen wurden Dreschmaschinen eingesetzt, die nach der Ernte die Körnerfrüchte ausdroschen, was früher die wichtigste Winterarbeit gewesen war. Damit war dem Tagelöhner seine Existenzgrundlage entzogen, denn er wurde wohl noch zur Zeit der Arbeitsspitzen im Sommer benötigt, war nun aber im Winter arbeitslos, wenn er nicht bei der Forstverwaltung als Holzfäller Beschäftigung finden konnte. Die lange Arbeitslosigkeit zehrte den sommerlichen Verdienst bald auf⁴⁷. Es war unvermeidbar, daß diese Schicht der Landbevölkerung als erste zur Abwanderung entschlossen war, die ins Reichsinnere ging, weil Ostpreußens Industrie nicht in der Lage war, die benötigten neuen Arbeitsplätze zu schaffen. In

⁴⁶ v. Batocki, Tortilowicz/Schack, Gerhard: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit. Jena 1929. Hier S. 30—31.

⁴⁷ ebenda, S. 120.

den Jahren der wirtschaftlichen Krisen wanderten von 1925 bis 1933 aus den Regierungsbezirken Königsberg 14 790, Gumbinnen 30 247, Allenstein 42 486 und Marienwerder (Westpreußen) 7 269 Personen ab⁴⁸. Diese Zahlen geben dabei noch kein echtes Bild der Wanderbewegung, weil in ihnen nicht zum Ausdruck kommt, daß aus dem Korridorgebiet und dem Memelland Tausende von Deutschen nach Ostpreußen kamen, deren Zahl die Höhe der Abwanderung niedriger erscheinen läßt, als sie in Wirklichkeit war.

Ein weiteres Problem war das der Bezahlung der Arbeitskräfte. Das Klima Ostpreußens bringt es mit sich, daß landwirtschaftliche Arbeiten nicht verschoben werden können, weshalb man auch von „Stundenböden“ spricht. Die bei weitem überwiegende Zahl der ostpreußischen Landwirte hielt es für nötig, eine hinreichende Zahl von Arbeitskräften im Dienst zu haben, die dann sofort verfügbar waren, wenn die richtige Stunde der Bestellung, Pflege des Wuchses oder die Zeit der Ernte da war. Es war die Erfahrung von Generationen, daß jene gewünschte klimatische Vorbedingung so überraschend schnell eintrat, daß es völlig unmöglich war, rechtzeitig betriebsfremde Saisonarbeiter zu dingen. Das war in Westfalen und der Magdeburger Börde möglich, nicht aber in Ostpreußen.

Die Kosten dieser Arbeitskräfte belasteten den Hof erheblich, zumal diese in der anderen Zeit, wenn keine Arbeitsspitzen zu leisten waren, mit irgendwelchen Nebenaufgaben beschäftigt werden mußten, die keinerlei Gewinn abwarfen. Dadurch konnte der ostpreußische Landwirt nur mit dem mittel- und westdeutschen konkurrieren, wenn er den Teil der Betriebskosten, die auf den Lohnanteil entfielen, möglichst niedrig hielt. Die Naturalentlohnung, das Deputat, stand deshalb hier weit mehr im Vordergrund als in anderen Teilen Deutschlands.

Der Bauer hat nur zweimal im Jahr größere Geldsummen verfügbar, nämlich nach der Getreide- und nach der Hackfruchternte, laufende Erträge des Kuhstalles müssen die zwischenzeitlich zu leistenden Ausgaben decken. Der Ertrag der Viehmast ist mit vielen Unsicherheitsfaktoren belastet und wird, da er schwer vorauszubestimmen ist, als Sondereinnahme behandelt, auf die man sich nicht verlassen kann.

Es ist daher für den Betriebsinhaber sehr viel leichter, Naturalien statt Bargeld zu zahlen. Dieses System hatte für beide Seiten Vor- und Nachteile. Die Vorteile lagen für den Bauern darin, daß er kein Bargeld brauchte, um den Grundlohn auszuzahlen, also die geringen laufenden Betriebsmittel in der Hand behielt. Er hatte aber auch Nachteile. Einmal mußte er einen Teil seiner Ernterträge für die Deputate abzweigen, auf seine Kosten lagern und aufbewahren, bis sie zur Auszahlung kamen. Er hatte ferner für die Landarbeiter Wohnungen

⁴⁸ Rogmann, S. 232.



und Ställe für ihr Vieh zu bauen und zu unterhalten, ihnen Gartenland zuzuteilen, Weideland für die Kühe oder das Futter für die Stallfütterung, u. U. auch noch Ackerland, das kam aber auf die Art des vereinbarten Deputats an. Selbstverständlich war auch die Feuerung für den Winter zu stellen, und auch die Kassenbeiträge, soweit sie der Arbeitnehmer zu tragen hatte, waren zu zahlen. Umgerechnet auf den Kapitalwert, zehrte das Deputat erheblich am Reinertrag des Hofes. Es war aber leichter laufend aufzubringen.

Für den Arbeitnehmer sah es noch verworrener aus. Das Deputat ging über den Nahrungsmittelbedarf einer Familie weit hinaus. Wo außer Gartenland kein Acker zum Selbstanbau gegeben wurde, kamen Kartoffeln und Getreide hinzu, damit der Landarbeiter Vieh halten konnte. Was er aus dem Deputat herauswirtschaftete, war seine Angelegenheit. Hatte der Mann und namentlich seine Frau Freude an der Eigenwirtschaft, die allerdings Mehrarbeit erforderte, konnte aus dem Deputat ein gutes Einkommen herausgewirtschaftet werden, das sich mit den Erträgen einer Nebenerwerbsstelle mindestens gleichstellen ließ⁴⁹.

In der Inflationszeit stand sich ein Landarbeiter, weil er in Sachwerten bezahlt wurde, wesentlich besser als ein auf sein Gehalt angewiesener höherer Beamter. Auch in der Zeit der großen Wirtschaftskrise hielt gerade die Deputatentlohnung viele Arbeiter auf dem Lande fest, denn die Beschäftigung in der Industrie bedeutete für einen Instmann oder einen mit festem Vertrag beschäftigten Landarbeiter keinen Anreiz. Der Bauer brauchte seine Hilfe, die Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft waren alle unsicher, und ein Arbeitsloser in der Stadt stand sich weit schlechter als ein Landarbeiter. Zudem war die Zeit vorbei, in der jeder Bauernknecht Fabrikarbeit leisten konnte. Ungelernte Kräfte waren zuerst von der Arbeitslosigkeit bedroht. Es war deshalb außerordentlich schwierig, die Einkommensverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land zu vergleichen, zumal die Hauptkosten eines großstädtischen Arbeiterhaushaltes auf dem Lande fortfielen, wie Wohnungsmiete, Kosten der Lebensmittel und u. U. Bus- oder Straßenbahnfahrten zur Arbeitsstelle⁵⁰. Dennoch war die Landflucht derer, die keine Lust zur Eigenwirtschaft hatten, nicht aufzuhalten. Ungeachtet der Tatsache, daß der Wert des Deputates in den Notzeiten und während der Lebensmittelknappheit des Weltkrieges durchaus erkannt worden war, drängte die Mehrzahl der in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter auf Barentlohnung. Für die Gewerkschaften entstand dadurch eine schwierige Aufgabe, die bis 1933 nicht gelöst werden konnte. Wie sollte man das Deputat bewerten? Legte man Erzeugerpreise zugrunde, war der Geldwert niedrig, verglich man dagegen mit den Preisen, die der Industriearbeiter für eine gleichgroße Wohnung oder eine ebensolche Kartoffelmenge zu zahlen hatte, sah die Rechnung wesentlich anders aus. Die Tarifpartner haben sich in diesen Fragen bis 1933 nicht einigen können, was um so mehr zu bedauern ist,

⁴⁹ Batocki/Schack, S. 124—125.

⁵⁰ ebenda S. 124.

als die Nationalsozialisten später die Landarbeiterlöhne mit diktatorischen Mitteln auf dem Stand von 1932 festhielten.

Einige Erfolge konnten die Gewerkschaften verbuchen. Die meisten Landwirte folgten ihren Anregungen, durch die Gewährung von Prämien und Vergütung von Überstunden, wie sie in der Industrie längst üblich waren, den Arbeitern die Möglichkeit zu Nebeneinnahmen im Betriebe zu geben⁵¹.

Damit war nach dem Kriege eine Umschichtung in der Landarbeiterschaft verbunden. Es verschwand nicht nur in großem Ausmaß der auf Saisonarbeit angewiesene Tagelöhner, sondern auch die Zahl der Knechte und Mägde nahm ab. Gab es 1907 noch 49 154 Knechte, so sank die Zahl bis 1925 auf 38 581. Bei den Mägden lauteten die Vergleichsziffern 40 227 und 34 008. Die nichtständigen männlichen Arbeitskräfte sanken im gleichen Zeitraum von 58 654 auf 38 765 und die weiblichen von 61 592 auf 40 503. Dagegen stieg die Zahl der Instleute und Deputanten von 67 044 auf 108 178⁵². Diese letztere Zahl ist ein Beweis dafür, daß in Notjahren, wie sie der Weltkrieg und die Inflation mit sich brachten, Arbeitsplätze mit Bezahlung in Sachwerten des Deputats sich großer Beliebtheit erfreuten.

Gleiche Gründe mögen mitgesprochen haben bei der Vermehrung des kleinbäuerlichen Besitzes, bei dem die Stellen mit einem Grundbesitz unter zwei Hektar von 116 896 auf 130 143, die Zahl der großen Gärten mit einer Fläche von fünf bis fünfzig Ar von 72 043 auf 94 741 stiegen, die kleinen Höfe von zwei bis fünf Hektar völlig konstant blieben, die von fünf bis zehn Hektar sich von 25 260 auf 28 446 und die von zehn bis zwanzig Hektar von 18 695 auf 20 704 vermehrten⁵³. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die über diese Größenordnung hinausging, nahmen dagegen ab. Auch hier hat sicher eine wertbeständige Kapitalanlage in Form der Schaffung einer eigenen Ernährungsbasis eine Rolle gespielt. Erwähnenswert ist ferner, daß in den Kriegs- und Inflationsjahren eine Rückwanderung von Industriearbeitern in ländliche Berufe einsetzte. Diese Arbeitskräfte, die wertvolle Hilfe beim Wiederaufbau der zerstörten Dörfer leisteten, wanderten, als sich die Zeiten normalisierten, in die Städte zurück⁵⁴.

Die starke Zunahme der Kleinstbetriebe ließ den Gedanken aufkommen, die Siedlung verstärkt zu fördern. Sozialdemokratische Abgeordnete und Gewerkschaftsfunktionäre aller Richtungen setzten sich eifrig für diese Idee ein. Man hoffte, hierdurch eine Sicherung des Landarbeiters zu erreichen, der im eigenen Heim wohnte, zu dem außer dem Stallgebäude einige Morgen Land gehörten, auf denen er den Nahrungsmittelbedarf seiner Familie ziehen konnte und die ihm die Viehhaltung ermöglichten.

In der Praxis zeigten sich aber Schwierigkeiten, die man bei der Stadtrand-siedlung im gesamten Reichsgebiet nicht beachtet hatte. Haus, Stall und Boden-

⁵¹ ebenda.

⁵² ebenda, S. 99.

⁵³ ebenda, S. 98.

⁵⁴ ebenda, S. 114.

fläche genügten allein nicht. Auch eine so kleine landwirtschaftliche Stelle braucht Betriebskapital, um Vieh, Saatgut, Futter, Kunstdünger und Geräte zu kaufen.

Eine solche Siedlerstelle kostete unter ostpreußischen Verhältnissen etwa 12 000 Mark. Der Eigenheimer sollte davon 10 % als Eigenkapital aufbringen und erhielt den Rest zinslos als Darlehen, das in dreißig Jahren getilgt werden sollte. Vorbedingung war allerdings, daß der Siedler seine Arbeitsstelle behielt. Wurde er erwerbslos, war nicht nur die Zahlung seiner Verpflichtungen in Frage gestellt, sondern auch sein Eigenheim in Gefahr, versteigert zu werden.

Dies hat viel dazu beigetragen, daß nur wenige Landarbeiter solche Siedlerstellen übernahmen. Die Masse der Siedler waren Handwerker, Beamte der ländlichen Postanstalten, Eisenbahner oder Arbeiter und Beamte der Straßenverwaltung⁵⁵. Diese waren in der Lage, die Raten abzutragen.

Ein weiterer Punkt, den die Theoretiker nicht beachtet hatten, war die Tatsache, daß man Flächen von zwei Morgen (5 000 qm) nicht mehr mit dem Spaten bearbeiten kann. Der Siedler mußte also von einem Landwirt ein Pferdegespann für die Feldarbeit mieten, was wiederum eine Belastung bedeutete. Der Instmann konnte ein Gespann seines Arbeitgebers jederzeit umsonst bekommen, der Siedler mußte warten, bis ein Landwirt seine vordringlichen Feldarbeiten erledigt hatte. Dann konnte es bei Stundenböden schon zu spät sein. Das System der Instleute war nicht auf Siedler zu übertragen. Damit entfiel aber auch das Endziel der Kleinsiedlungsbewegung, die Landarbeiter als Siedler auf eigenem Grund und Boden sesshaft zu machen und damit die Landflucht zu hemmen. Selbstverständlich hätte ein solcher Arbeitersiedler die Möglichkeit gehabt, vom Deputat zum reinen Barlohn überzugehen, aber alle Pläne dieser Art scheiterten an dem Unvermögen der Theoretiker, den Umfang der Feldarbeit richtig zu veranschlagen.

Bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik setzte sich die Erkenntnis durch, daß die Millionen des Reichs- und preußischen Etats, die in die Landarbeitersiedlung gesteckt worden waren, an falscher Stelle verausgabt wurden, was erheblich zur Verschärfung der politischen Spannungen beitrug.

Einem ähnlichen Fehlschlag sollten die 1929—1932 erbauten Arbeitslosen-Siedlungen ausgesetzt sein, die von der „Werte schaffenden Arbeitslosenfürsorge“ erstellt wurden. Es war daran gedacht, den Erwerbslosen ein bescheidenes Haus mit Stallgebäude zu geben, zu dem höchstens 5 000 qm Ackerland gehörten, das sie in Eigenarbeit zu Gemüseland umwandeln sollten, dessen Erträge ihre Existenzgrundlage in Verbindung mit einer Kleintierzucht erbringen mußte. Auch die Kosten der Anlage der Siedlerstelle waren von den Einnahmen abzutragen. Dieser Plan mußte scheitern, weil in Ostpreußen gar kein Absatzmarkt für größere Gemüsemengen bestand. Der Bedarf der Städte konnte von den dortigen Gärtnern vollkommen gedeckt werden. Die Kleintierhaltung bedeutete wohl eine wertvolle Hilfe für die Hausfrau, aber konnte

⁵⁵ ebenda, S. 128 und 130.

nur dann eine Existenzgrundlage bieten, wenn man sie zu einer Hühnerfarm ausbauen konnte, und dazu fehlte den Erwerbslosen das Kapital.

Auch bei der Erwerbslosensiedlung hatte man nicht in Betracht gezogen, daß der Gemüsebau erhebliche Investitionen verlangt, allein schon an überlasteten Beeten und Gewächshäusern, die unumgänglich nötig sind, wenn der Gärtner konkurrenzfähig bleiben will⁵⁶. Auch die Kleintierzucht in größerem Umfange, wie etwa die von Hühnern oder Angorakaninchen, erfordert Betriebskapital. Die fast 4 000 Erwerbslosensiedlerstellen, die in Ostpreußen errichtet wurden, endeten durchweg mit dem Zusammenbruch der Existenzen. Auch dieser Fehler war von Millionenverlusten begleitet und wurde der Regierung zur Last gelegt.

Gerade auf dem Sektor der ländlichen Siedlung, der Mittel aus den Einnahmen der Hauszinssteuer verwandte, sind schwerwiegende Fehler gemacht worden, weil man sich nicht darüber im klaren war, daß auch der kleinste landwirtschaftliche Betrieb nicht ohne Betriebsmittel wirtschaften kann.

Was lag näher als der Vorwurf der Landwirte, die im Kleinsiedlungsprojekt falsch investierten Millionen hätten besser zu verbilligten Krediten für die ostpreußischen Bauern verwandt werden sollen. Diese Anklage ist nicht unberechtigt, dennoch muß entgegengehalten werden, daß auch den Praktikern eine Fehleinschätzung der Lage unterlaufen war. Forstreuter schrieb darüber⁵⁷:

„Durch höhere Frachtbelastung mußte Ostpreußen in Konkurrenz mit anderen deutschen Gebieten 10—12 % teurer einkaufen und entsprechend billiger liefern. Hierunter litt besonders die Landwirtschaft, das Rückgrat der gesamten ostpreußischen Wirtschaft. Sie hatte, unter Fehleinschätzung der veränderten Absatz- und Produktionsbedingungen, nach der Inflation große Kredite zu ganz unerhörten Zinssätzen (20—40 %) aufgenommen. Nach 1926, als das Realkreditgeschäft anließ, mußte man in Ostpreußen, das man für gefährdet hielt, 14 % zahlen; 2 % mehr als im übrigen Reiche. Die Verschuldung war bis 1. Januar 1928 auf 884 Millionen angestiegen. Am stärksten belastet, bis zu 68,7 % des Einheitwertes, waren die Betriebe zwischen 100 und 200 Hektar; die Großbetriebe über 200 Hektar mit 58,7, die Kleinbetriebe unter 100 Hektar mit 53,1 %. Nicht wenig hatte zu dieser Entwicklung auch die Steuerbelastung beigetragen: die Reichs- und Staatssteuern machten in Ostpreußen 395 % des Vorkriegssatzes aus, die Kommunalsteuern 227 %. Kein Wunder, daß es in den Jahren 1928 und 1929 zu zahlreichen Zwangsversteigerungen kam.“

Das Reich und Preußen versuchten, mit der Ostpreußenhilfe der Wirtschaft der Provinz aufzuhelfen. Danach wurden weitere Mittel des Reichsetats für die Osthilfe eingesetzt, von denen ein Teil ebenfalls Ostpreußen zugute kam. Diese Gelder waren zunächst als Hilfe für die Landwirtschaft gedacht, welche für Rationalisierungsmaßnahmen dringend verbilligte Kredite brauchte und in der viele Betriebe einer Umschuldung bedurften, bei der die zu hohen Zinsen aufgenommenen Summen durch billiges Geld ersetzt wurden.

⁵⁶ Hierzu „Der Lehrmeister in Haus, Garten und Kleintierhof“, Jg. 1932, Dezemberhefte.

⁵⁷ Forstreuter, Kurt: Ostpreußen, in: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 13 ff.



Alle diese Hilfsmaßnahmen krankten daran, daß die Summen, die das Reich aufbringen konnte, bei weitem nicht genügten, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Die Finanzlage des Reiches verbot die Abzweigung noch größerer Mittel. Hinzu traten Fehlschläge wie die des Kleinsiedlungsprogramms, für viele landwirtschaftliche Betriebe kam die Umschuldung zu spät.

Die Reichsregierung erkannte die Situation Ostpreußens und ließ um die Jahreswende 1931/32 Pläne erarbeiten, welche alle Zweige des Wirtschaftslebens Ostpreußens in die Osthilfe einbeziehen sollten. Es wurde ein Zeitraum von fünf Jahren für die Durchführung der neuen Aktion vorgesehen, was ermöglichte, die benötigten Mittel auf dem Anleihewege zu beschaffen und ihre Tilgung auf mehrere Etatjahre zu verteilen. Die verbesserte Osthilfe sollte im Sommer 1932 anlaufen. Aber der Zusammenbruch der Weimarer Republik ließ eine Durchführung des Programms nicht mehr zu.

Selbsthilfe-Organisationen der Landarbeiter-Gewerkschaften

Rückblickend kann man feststellen, daß die Gewerkschaften den Wert, den das Deputat bei richtiger Ausnutzung haben konnte, frühzeitig erkannten. Der Deutsche Landarbeiter-Verband (DLV) hatte in Ostpreußen bereits 1919 eine „Wirtschaftshilfe“ für seine Mitglieder eingerichtet, die zunächst die Aufgabe hatte, seine Mitglieder mit billigen Kleidungsstücken zu versorgen, nach den Kriegsjahren mit ihren Bezugscheinsystemen eine unbedingte Notwendigkeit. Sehr bald ging man dazu über, auch andere Bedarfsgegenstände zu führen und namentlich den Bezug verbilligten Kunstdüngers zu ermöglichen.

Der christliche „Zentral-Verband der Landarbeiter“ verfolgte andere Methoden des Arbeitskampfes wie die Freien Gewerkschaften. Namentlich betrachtete er den Streik in der Landwirtschaft nur als äußerstes Mittel und versuchte, Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, soweit wie möglich, gütlich zu regeln.

Eine Erhöhung des Deputats war bei Lohnverhandlungen meist leichter herauszuholen als eine Steigerung des Barlohnes. Der Verband bemühte sich, alle Möglichkeiten auszunutzen, die das Deputat und die Eigenwirtschaft des ländlichen Arbeitnehmers boten. Er gründete im Jahre 1920 ebenfalls eine „Wirtschaftshilfe“, die als GmbH organisiert wurde und wie eine Raiffeisenkasse des Landarbeiters wirkte. Sie hatte die Aufgabe, die Mitglieder mit billigem Saatgut und Kunstdünger zu versorgen, übernahm aber sofort auch andere Geschäfte. Um in der Beschaffung ihrer Geldmittel nicht von den Großbanken abhängig zu sein, wurde eine eigene Sparkasse für Mitglieder eingerichtet, die natürlich auch Darlehen gab. Ferner wurde das für Landarbeiter mit Eigenwirtschaft ebenfalls wichtige Geschäft der Viehversicherung aufgenommen, was um so leichter war, als diese Gewerkschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1912 ihren Mitgliedern eine Feuerversicherung anbot.

Das Warenangebot weitete sich schnell auf alle Dinge des täglichen Bedarfs und Geräte für Haushalt, Garten und Landwirtschaft aus. In Königsberg und an acht anderen Orten bestanden bereits 1922 Geschäfte der Wirtschaftshilfe, die in der Praxis einem ländlichen Konsum glichen.

Zum bedeutendsten Zweig sollte sich aber die 1922 gegründete Kartoffelabteilung auswirken. In jenem Jahr wollte man den großstädtischen Arbeitern billige Einkellerungskartoffeln beschaffen. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften erkannte aber nach dem Erfolg der Aktion, daß sich ihm hier neue Möglichkeiten öffneten, wenn er die Kartoffelbeschaffung zu einer von ihm getragenen „Versorgungsstelle zur Beschaffung von Landeserzeugnissen GmbH“ ausbaute⁵⁸.

Diese Stelle kaufte den Landarbeitern und Deputanten die Überschüsse ihrer Eigenwirtschaften ab und konnte sie, da alle Groß- und Einzelhandelsspannen fortfielen, verbilligt an ihre städtischen Mitglieder abgeben. Dieses Verfahren befriedigte alle Seiten, da die Landarbeiter auf eine Abnahme ihrer Überschüsse rechnen konnten, was zur Zeit der Wirtschaftskrise von hohem Wert war, während andererseits die Städte bei dem Lohn- und Gehaltsabbau auf billige Einkaufsquellen angewiesen waren. Die Selbsthilfe der christlichen Gewerkschaften war ein vorbildliches Unternehmen. Eine besondere Erleichterung bestand für den Geschäftsverkehr auf allen Gebieten darin, daß alle Mitglieder des Landarbeiter-Verbandes sich dieser Organisation bedienen konnten, ohne wie bei den Raiffeisenkassen Genossenschaftsanteile einzahlen zu müssen, was sie finanziell auch nicht gekonnt hätten.

Die Selbsthilfe ist ein Beweis dafür, wie erheblich der Bedarf der Eigenwirtschaften der Landarbeiter und Deputanten und deren Erzeugung sich wirtschaftlich auswirken konnten, wenn eine geeignete Organisation für die Warenbeschaffung und den Absatz vorhanden war.

Der Kampf gegen die Radikalisierung des politischen Lebens

Der Nationalsozialismus war bis 1928 in Nordostdeutschland bedeutungslos geblieben. Es ist einer der tragischen Zufälle, daß Hitler den ehemaligen Eisenbahnangestellten Erich Koch zum Gauleiter von Ostpreußen ernannte, als die Weltwirtschaftskrise dicht bevorstand. Koch war ein Agitator und Organisator und hatte sein Netz aufgebaut, als sich nach dem „Schwarzen Freitag“ der New Yorker Börse die Finanzkrise auf Deutschland auswirkte und der Zusammenbruch zahlreicher Banken die stark verschuldete ostpreußische Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft zog. Die verzweifelten Massen erlagen, je höher die Zahl der Erwerbslosen stieg, um so leichter den demagogischen Versprechungen der Nationalsozialisten. Der Wettstreit um die Gunst des Wählers verlor seinen Inhalt. Die Bemühung, den politischen Gegner geistig zu überzeugen,

⁵⁸ Alle Angaben nach Wiehe, Johannes: Die landwirtschaftliche Provinzialarbeitsgemeinschaft der Provinz Ostpreußen und ihre Tarifverhandlungen. Staatswiss. Diss. München 1922. (Manuskript.) Hier S. 40 und 50—51.

wurde durch den Versammlungsterror ersetzt. Die Saalschlacht löste die Diskussion ab.

Versuche des Königsberger Polizeipräsidenten, das Auftreten des Berliner Gauleiters Goebbels im Sommer 1931 zu verbieten, verschärfte die Lage und gaben obendrein Koch die Gelegenheit, im Reichstag, dem er seit 1930 angehörte, Fensterreden gegen den „demokratischen Terror“ in Ostpreußen zu halten.

Zur Abwehr dieser Radikalisierung des politischen Lebens trat nunmehr auch in Ostpreußen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold stärker in Erscheinung. Der Gewerkschaftssekretär Max Sommerfeld erinnert sich aus dieser Zeit seiner Mitarbeit⁵⁹:

„Von relativ schwachen Teilen des liberalen Bürgertums und katholischen Arbeitervereinen abgesehen, stellten Sozialdemokraten und freie Gewerkschaftler die hauptsächlichsten Kontingente der republikanischen Schutzformation. In Ostpreußen waren es namentlich Fabrik- und Landarbeiter, die als ehemalige Soldaten, z. T. im Rang von Unteroffizieren und Feldwebeln, über militärische Erfahrung verfügten.“

Gauführer des ostpreußischen Reichsbanners wurde Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Wilhelm Meißner, Gausekretär der aus der katholischen Arbeiterbewegung kommende Adolf Kaless. Als Auseinandersetzungen immer erregter wurden, bildete man im September 1930 die „Schufo“ (= Schutzformation), die zumeist von erfahrenen Polizeibeamten geführt wurde; in Königsberg war dies Polizeiwachtmeister Karl Lange (1933 in die UdSSR geflüchtet und dort verschollen), in Elbing Polizeiwachtmeister Otto Wenzlaff (im März 1933 von Nationalsozialisten ermordet).

Im Dezember 1931 wurde als Zusammenschluß von Gewerkschaften, Reichsbanner und Arbeitersport die „Eiserne Front“ gebildet, deren Vorsitzender der Königsberger Gewerkschaftsvorsitzende Franz Scharkowski wurde. Diese Abwehrorganisationen legten ihre Bewährungsprobe nicht nur beim Schutz von Einrichtungen der Arbeiterschaft und bei der Sicherung von Veranstaltungen ab, sondern traten z. B. bei einer Großkundgebung im Herbst 1931 im Königsberger „Haus der Technik“ in Erscheinung, als dort die NSDAP eine Kundgebung mit Reichskanzler Brüning zu sprengen versuchte.

Zu den Toten des Reichsbanners in dieser Zeit zählen Alfred Link und Franz Unterspann-Königsberg, der SPD-Sekretär Erich Zielinski-Elbing und der Reichsbannerführer Kurt Kotzahn-Lötzen. Andere treue Schützer der Weimarer Republik haben ihren Einsatz nach 1933 mit Verhaftungen und KZ-Aufenthalten bezahlen müssen.

Die Wahlen des Jahres 1932

Im Jahre 1932 mußte der Wähler fünfmal zur Urne gehen. Am 13. März und am 10. April wurde in zwei Wahlgängen der neue Reichspräsident ermittelt. Die Deutschnationalen stellten den Stahlhelmführer Duesterberg auf, der im ersten Wahlgang in Ostpreußen 133 879 Stimmen = 11,5 % erhielt. Die

⁵⁹ Matull, S. 114.

Sozialdemokraten hatten sich entschlossen, Hindenburg trotz seines hohen Alters zu unterstützen. Der in Ostpreußen überaus populäre Marschall bekam 509 883 Stimmen = 43,8 %. Hitler brachte es auf 402 300 = 34,5 % und der Kommunist Thälmann auf 116 451 Stimmen = 10 %.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß viele sich für einen der anderen Kandidaten entschieden, weil ihnen der 85jährige Hindenburg zu alt war, mußte es dennoch nachdenklich stimmen, wenn die Führer der Radikalen des rechten wie des linken Lagers zusammen eine höhere Stimmenzahl auf sich vereinen konnten wie Hindenburg.

Im zweiten Wahlgang verzichtete Duesterberg, und jetzt war es deutlich zu sehen, daß nur ein kleiner Teil der Deutschnationalen Hindenburg wählte, während der größere Teil ihrer Anhänger sich für Hitler entschied. Ebenso dürfte ein Teil der Kommunisten Hitler gewählt haben, denn in den Vorstellungen zur Wirtschaftspolitik war zwischen den Kommunisten und den Nationalsozialisten weit weniger Unterschied als zwischen den ersteren und den Sozialdemokraten. Hindenburg erhielt 546 624 Stimmen = 48,6 %, Hitler 493 203 = 43,6 % und Thälmann 84 951 = 7,6 %. Die überwältigende Mehrheit für Hindenburg, die von vielen erwartet worden war, konnte selbst in Ostpreußen nicht erzielt werden. Hitler bekam nur 50 000 Stimmen weniger als der einstige „Retter Ostpreußens“.

Auch die am 24. April 1932 durchgeführten Wahlen zum 4. preußischen Landtag endeten deprimierend. Die NSDAP verbuchte 515 383 Stimmen = 45,6 % und erreichte mit zehn Mandaten ebensoviel wie alle übrigen Parteien zusammen. Die SPD erzielte 251 098 Stimmen = 22,2 %. Ihre fünf Mandatsträger waren Otto Braun, Ferdinand Mertins, Toni Wohlgemuth, Willi Weidemann und Paul Schulz. Die Deutschnationalen hatten es mit 107 554 Stimmen = 9,5 % nur noch auf zwei Mandate gebracht. Dicht auf den Fersen war ihnen die KPD mit 103 278 Stimmen = 9,2 % und zwei Mandaten. Unverrückbar fest stand der Zentrumsturm mit 85 131 Stimmen = 7,5 % und einem Mandat. Alle sonstigen vertretenen Parteien hatten es insgesamt auf 6 % gebracht und waren mandatslos geblieben.

Eine aufschlußreiche Gegenüberstellung der Wahlergebnisse vom 24. April 1932 und der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 spiegelt für die Provinzialhauptstadt Königsberg Stärke oder Bedeutungslosigkeit der politischen Gruppen wider.

	24 April 1932	31 Juli 1932
NSDAP	= 78 257	75 697
SPD	= 35 243	37 900
KPD	= 29 709	33 880
DNVP	= 10 231	10 567
DVP	= 6 481	3 032
Z.	= 4 989	4 715
Deutsche Staatspartei	= 3 660	1 767
Christsoz. Volksd.	= 3 434	2 433
Wirtschafts-Partei	= 804	264

Außerdem hatten sonstige Gruppen am 24. April = 976 und am 31. Juli 1932 = 771 Stimmen erhalten. Bei diesen Landtagswahlen wurde offensichtlich, wie schnell den Anhängern der Weimarer Republik der tragfähige Boden entzogen worden war. Die Extreme von rechts und links machten fortan durch Mißtrauensvoten eine handlungsfähige Preußenregierung unmöglich.

Die wenigen erhaltengebliebenen Einzelexemplare kommunistischer Zeitungen aus Ostpreußen zeugen von der Wandlungsfähigkeit kommunistischer Taktik in jener Zeitperiode. Während die Anhänger der Demokratie, insbesondere die Sozialdemokraten, schon verzweiflungsvoll gegen den Nationalismus ankämpften, hatten die Kommunisten nur eine politische Weisheit: den Hauptstoß gegen die „Sozialfaschisten“, wie sie die SPD titulierten.

Wenn man das „Echo des Ostens“ aus diesen Jahren in die Hand nimmt oder auch die „Dorf-Zeitung“ vom Jahre 1932, findet man heftigste Attacken gegen Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften. Die Zeitungsköpfe tragen Untertitel wie „Publikationsorgan des Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter“ oder „Publikationsorgane der Freien Gewerkschaften (Opposition)“.

Obwohl der Versuch, eigene Gewerkschaften zu bilden, die ziemlich bedeutungslose RGO zustande brachte, führte er doch zur Schwächung und Verwirrung der Gewerkschaftsbewegung in einer für sie ohnehin angespannten Situation. Die „Dorf-Zeitung“ Nr. 11/1932 bringt die Schlagzeile: „Gegen die Volkszeitung oder eine andere bürgerliche faschistische Zeitung!“

Wiederholt war der ADGB gezwungen, sich gegen kommunistische Unterwanderungsversuche in den freien Gewerkschaften zur Wehr zu setzen. Der Ortsausschuß Stallupönen mußte 1929 aufgelöst werden, weil sein Vorsitzender Enskat „auf Kosten des Ortsausschusses zu einem kommunistischen Gewerkschaftskongreß delegiert“ worden war und die Mitglieder den Mißbrauch der Gewerkschaftsgelder für solche politischen Zwecke nicht einsehen wollten⁶⁰. Es bleibt aber festzustellen, daß die Kommunisten auch in Ostpreußen hohe Stimmenzahlen gewinnen konnten, obwohl ihren dortigen leitenden Funktionären Format und Popularität völlig abgingen. Die verzweifelte wirtschaftliche Lage trieb ihnen Wähler zu, die sie bei normalen Verhältnissen nie hätten auf ihre Seite ziehen können.

Mitten in diesen erregenden, oft genug die Nerven der Verantwortlichen bis zum letzten aufpeitschenden Monaten geschah in Ostpreußen eine die Lage grell beleuchtende Handlung: in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August 1932 versuchten Kreise der SA in Königsberg, in den nachfolgenden Tagen auch in anderen Teilen der Provinz, durch Gewaltaktionen Hitler zu revolutionären Maßnahmen zu drängen. Die Chancen der NSDAP schienen in diesen Wochen sich zu vermindern, was sich infolge der Strasser-Krise auch mit Stimmen- und Mandatseinbußen bei den Wahlen 1932 zeigen sollte. Nun meinten gewissenlose Kräfte, das Gesetz des Handelns durch aufsehenerregende Taten wieder an sich bringen zu können.

⁶⁰ Jahrbuch des ADGB Berlin 1929.

Es begann in Königsberg, wie der Polizeibericht meldete, „mit Anschlägen auf Personen, Brandstiftungen an Tankstellen, einem Bombenanschlag auf das Otto-Braun-Haus, Einbruchversuchen in die Waffenhandlung Anhuth sowie Alarmierungen der Feuerwehr“. Hierbei wurden der Stadtverordnete Sauf ermordet, der Konsumlagerhalter Zirpiens und der Chefredakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Wyrigatsch schwer verletzt, ferner der der Volkspartei angehörende Regierungspräsident von Bahrfeld verwundet. Die blutige Spur setzte sich in den nächsten Tage fort: am 3. August wurde Gemeindevorsteher Gallowski in Norgau (Samland) durch einen Kopfschuß verletzt, in Tilsit verfehlten Revolverschüsse den Reichsbannerführer Raschkowski: Am Abend des 6. August wurde in Lötzen der Reichsbannerführer Kurt Kotzahn ermordet. Wie in Berichten der „Königsberger Volkszeitung“ nachzulesen ist, kam man bald auf die Spur der Täter aus SA-Kreisen, die sich zunächst auf einem Gut bei Wehlau verborgen gehalten hatten und dann nach Italien geflohen waren. Nach 1933 kehrten sie zurück; ihre Untaten sind bis heute nicht verfolgt worden.

Die Gewerkschaften von 1919 bis 1933

Leitende Persönlichkeiten

Mit dem zahlen- und bedeutungsmäßigen Wachstum der Arbeiterschaft in Ostpreußen — zu der städtischen und industriellen Arbeitnehmerschaft war nun eine gewerkschaftlich breit organisierte Landarbeiterschaft getreten — nahm während der Weimarer Republik auch die Zahl der hauptamtlichen Sekretäre erheblich zu. Die größte Rolle spielte die freie Gewerkschaftsbewegung, deren einzelne Sparten im ADGB zusammengeschlossen waren. Ihre namhaftesten Gruppen waren der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit Demmer, Meißner, Neuendorf und Schumann, der Verkehrsbund mit Kablau, Schikorr, Strehlau und Tietz, der Metallarbeiterverband mit Köhler und Liebert, der Fabrikarbeiterverband mit Drews, Meitz und Pustlack. Alle Zweige des Baugewerbes waren ihrer Bedeutung gemäß durch Sekretäre repräsentiert, z. B. Gehrmann, Kinat, Kraschewski, Peter, Kriese, Radtke, Dischereit und Finsel.

Von den übrigen Gewerkschaften seien noch die Buchdrucker mit Krause und Reisner, die Eisenbahner mit Jordan, Klaws und Lorenz sowie die Landarbeiter mit den MdR Carl Jäcker und Friedrich Larssen erwähnt. In den Ausgangsjahren der Weimarer Republik waren bedeutende Gewerkschaftsführer Quallo für Ostpreußen und Scharkowski für Königsberg (zehn Jahre im KZ, 1945 beim Russeneinmarsch umgebracht).

Während der Weimarer Republik konnte auch in der Provinz Ostpreußen die Zahl der hauptamtlich besetzten Sekretariate erheblich ausgebaut werden. Dem „Handbuch des Vereins Arbeiterpresse“ (1927) ist zu entnehmen, daß in den Amtssitzen der Regierungen, aber auch in größeren und Mittelstädten Einrichtungen der Arbeiterbewegung florierten.



Abb. 38: Franz Scharkowski



Abb. 39: Adolf Hofer



Abb. 40: Paul Gerhard Birnbaum

In Allenstein war bedeutendster Kopf der 1883 geborene Ewald Schnell, der bereits seit 1919 Sekretär des Deutschen Landarbeiterverbandes gewesen war, dann die Funktionen eines SPD-Vorsitzenden übernahm und jahrelang dem ostpreussischen Provinziallandtag angehört hat. Ihm zur Seite stand als Sekretär des Baugewerksbundes der gleichaltrige Hermann Unterspann. In Angerburg haben nacheinander Stankewitz und Szybalski gewirkt, letzterer als Vertreter der Landarbeiter und Mitglied im Kreistag und Provinziallandtag.

Für Gumbinnen stehen die Namen Marquardt, Scheffler, Dedat, Gottwald, Paape, Hinz und Kurz. Der politische Kopf war der Kreisamtssekretär Kurt Greiser, die Bildungsarbeit leitete Dr. Heinrich, für die Bauhütte zeichneten Szemkus und Thies verantwortlich. Über lange Jahre bis 1933 war in Heiligenbeil Repräsentant der Arbeiterbewegung der 1891 geborene Julius Opalka, seit 1919 Landarbeitersekretär und ebenso lange auch Kreisvorsitzender der SPD und für sie im Magistrat der Stadt und im Kreistag tätig. Insterburg bietet eine Fülle von Namen an, von denen nur Bundzus, Gehrman, Stafast, Becklen, Weidemann, Scharf, Baude, Krohm, Krüger, Pallokat und die Frauen Anna Pallat, Minna Stenke und Hedwig Stamm erwähnt seien. In Labiau wirkte als Vorsitzender von ADGB und SPD Wilhelm Thiart, der auch dem Stadt- und Kreisparlament angehörte.

In Lötzen stand viele Jahre hindurch an hervorragender Stelle Fritz Rieck in der Doppelfunktion des Gewerkschafts- und Parteisekretärs. Aus Lyck blieben die Namen von Herder, Schlisio, Szymanski und Urban im Bewußtsein der

Bevölkerung, da sie nicht nur politische und gewerkschaftliche Funktionen ausübten, sondern auch dem Stadtparlament oder dem Kreistag, im Falle Herder sogar lange Zeit dem Provinziallandtag angehörten. Für Mohrungen ist Otto Seifert, für Ortelsburg August Quallo zu nennen, der zu größeren Aufgaben nach Königsberg berufen wurde, für Osterode wären neben Bonkowski und Brochowski sowie Gonska noch Albert Schikorr, für Pr. Eylau Störmer und Pilger zu nennen und in Tilsit waren Ludwig, Dobinsky, Radau, Siechel, Schwidder, Götze, Aschmutat, Blank, Budart, Lengwenat und Trinowitz in verschiedenen Funktionen der Arbeiterbewegung rühlig.

Für die christlichen Gewerkschaften sind der katholische Arbeitersekretär Otto Link zu nennen, der in Heilsberg tätig war und bei der Reichstagswahl 1933 für das Zentrum an der in Ostpreußen aussichtslosen fünften Stelle kandidierte, sowie der evangelische Arbeitersekretär Rödder, der nach 1918 für die SPD kandidierte, dann aber zum Völkisch-Nationalen Block ging.

Neben den Funktionären der Freien Gewerkschaften und den Vertretern der christlichen Arbeitnehmerschaft gewannen die Leiter der Angestelltengewerkschaft ständig an Bedeutung, da sich durch das Fortschreiten der Technik die Zahl der Werkmeister, technischen Angestellten, aber auch die des kaufmännischen und des Büropersonals bedeutend erhöhte.

Zu nennen wären die Gewerkschaftssekretäre Lange vom Zentralverband der Angestellten (ZdA), Radtke für die Werkmeister und Queisser für den Bund technischer Angestellter und Beamter (Butab). Letzterer hat nach 1945 als einer der Vorsitzenden der DAG eine Rolle gespielt.

Auch gewerkschaftliche Selbsthilfe- und Gemeinschaftseinrichtungen wie Bau-, Maler- und Tischlerhütten sowie der soziale Wohnungsbau der „Osba“ verdienen Erwähnung. Die Angestelltenverbände waren im AFA-Kartell, die Beamten im ADB zusammengeschlossen.

Die Mitgliederbewegung der Freien Gewerkschaften

Der „Deutsche Landarbeiter-Verband“ konnte seine Position festigen. Er arbeitete erst seit 1919 in Ostpreußen, bekam einen starken Zulauf, der aber bald wieder abwanderte, da viele nur die Vorteile einer solchen Organisation suchten, ohne an ihren Aufgaben und Lasten teilnehmen zu wollen. Die Provinz Ostpreußen bildete den 13., 22. und 33. Gau dieser Gewerkschaft. Jedes Mitglied bekam kostenlos die Verbandszeitung „Der Landarbeiter“ mit ihren Sonderbeilagen über Arbeitsrecht und landwirtschaftliche Probleme. Seit 1920 wurde das für den Bezirk Ostpreußen gegründete „Mitteilungsblatt des DLV“ ebenfalls kostenlos an die Mitglieder abgegeben⁶¹.

Der „Zentralverband der Landarbeiter“ war stark. Von den rd. 120 000 Mitgliedern, die er im gesamten Reichsgebiet im Jahre 1920 zählte, wohnten ein Drittel in Ostpreußen, das somit die stärkste Bastion dieser Gewerkschaft war.

⁶¹ Wiehe, S. 37—38.

Die Provinz war in dreizehn Kreise (= Unterbezirke) eingeteilt, von denen jeder mit einem hauptamtlich tätigen Sekretär besetzt war⁶². In der Inflation trat auch bei dieser Gewerkschaft ein starker Mitgliederschwund ein, dem aber nach 1925 ein erneuter Aufstieg folgte.

Im Jahre 1921 bestanden in Ostpreußen (einschließlich der Landarbeiter) 20 Ortsausschüsse mit 269 Gewerkschaften und 81 150 Mitgliedern⁶³. Mit dem Fortschreiten der Inflation zwang die Not viele, die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften aufzukündigen. Dieser Rückschlag konnte erst nach der Stabilisierung der Währung überwunden werden. Die Entwicklung verdeutlicht eine Tabelle, welche die im Jahrbuch des ADGB von 1923 bis 1930 angegebenen Mitgliederzahlen zusammenfaßt⁶³:

Mitgliederstärke der Freien Gewerkschaften in Ostpreußen

1923 =	40 Ortsausschüsse,	118 668 Mitglieder,	davon 13 558 weibl.,	1 685 jugendl.
1924 =	19 Ortsausschüsse,	61 907 Mitglieder,	davon 5 188 weibl.,	275 jugendl.
1925 =	26 Ortsausschüsse,	62 078 Mitglieder,	davon 4 881 weibl.,	643 jugendl.
1926 =	34 Ortsausschüsse,	64 251 Mitglieder,	davon 4 043 weibl.,	1 814 jugendl.
1927 =	36 Ortsausschüsse,	68 845 Mitglieder,	davon 3 420 weibl.,	2 555 jugendl.
1928 =	44 Ortsausschüsse,	90 096 Mitglieder,	davon 7 008 weibl.,	3 665 jugendl.
1929 =	48 Ortsausschüsse,	95 970 Mitglieder,	davon 7 118 weibl.,	4 016 jugendl.
1930 =	52 Ortsausschüsse,	94 285 Mitglieder,	davon 7 132 weibl.,	4 625 jugendl.

Die christlichen Gewerkschaften

Entsprechend der konfessionellen Aufgliederung Ostpreußens, wobei sich die katholische Bevölkerung im Wesentlichen auf das Ermland (Braunsberg, Frauenburg, Wormditt, Heilsberg) und auf die Landschaft um Allenstein und Rößel, nur zu einem geringfügigen Prozentsatz auf Königsberg konzentrierte, hatten die christlichen Gewerkschaften auch hier ihre Stützpunkte. Ihre Mitgliederzahl wird für 1928 in Ostpreußen mit 30 631 angegeben⁶⁴. Im gleichen Jahr wird von einer Fahnenweihe des christlichen Gewerkschaftskartells in Rößel berichtet, wozu namhafte Persönlichkeiten wie Erzpriester Dr. Matern als Präses der Arbeitervereine, Gaikowski als Vorsitzender des Danziger Kartells und Papke als Vorsitzender des Allensteiner Kartells erschienen waren.

Schwerpunkte der christlichen Gewerkschaftsarbeit waren Braunsberg, Allenstein, Rößel und Heilsberg, aber auch in Königsberg domizilierten ihre Provinzgeschäftsstellen. Der dortige Sekretär Krumeich ist im Dritten Reich hingerichtet worden. Zahlreich waren auch katholische Arbeitervereine vorhanden. Der Diözesanverband der katholischen Arbeitervereine brachte die „Katholische

⁶² Wiehe, S. 43 und 46.

⁶³ „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“, 32. Jg. Berlin 1922, Artikel „Die Ortsausschüsse des ADGB im Jahre 1921“.

⁶³ Jahrbuch der ADGB Berlin 1923—1930.

⁶⁴ Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. 28. Jg. Nr. 17 und 18 vom 1. u. 15. September 1928.

Arbeiterzeitung für die Diözese Ermland“ und in Braunsberg den „Arbeiterfreund“ heraus.

Gewerkschaftskongresse in Ostpreußen

Auch in Ostpreußen fanden nach dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Tagungen und Konferenzen statt, so z. B. am 26. Oktober 1924 eine Bezirkskonferenz des ADGB, ebenfalls solche am 22. August 1926 und am 15. September 1928. Der 31. Deutsche Krankenkassentag wurde am 24. Juni 1927 in Königsberg abgehalten, eine Gauleiterkonferenz des ADGB am 14. Januar 1928, ein ostpreußischer Jugendtag der Freien Gewerkschaften wurde am 28. Juni 1929 in Allenstein durchgeführt, am 4. September des gleichen Jahres fand in Königsberg die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik statt.

Kultur-, Jugend- und Sportkartelle

Kulturarbeit

Die Jahre von 1923 bis 1929 brachten auch in Ostpreußen den Aufschwung der Kulturarbeit der Arbeiterbewegung.

Einen bedeutenden Ausbau erfuhr die „Königsberger Theatergemeinde“, deren Kopf Hans Wendland war. Sie vermittelte den Arbeitern nicht nur preisgünstigen Zutritt zu Schauspiel- und Opernaufführungen, sie nahm Einfluß auf die Gestaltung der Spielpläne im Sinne einer Begegnung mit modernen Problemen und sozialer Thematik, sie gab auch in vorbereitenden Einführungen Einblick in die Welt von Literatur und Kunst. Zahlreiche Dichter und Schriftsteller haben aus solchem Anlaß in Ostpreußen geweiht, bedeutende Bühnenkräfte, Künstler der verschiedensten Bereiche den Zugang zur Kunst auch für Arbeiter erleichtert.

Ein Höhepunkt in jedem Jahr war eine besondere Kulturwoche, bei der die Arbeitersänger, z. T. im Zusammenwirken mit den im „Deutschen Musikerverband“ zusammengeschlossenen Orchesterkräften, außer Tendenzchören Orchesterwerke von musikalischem Rang zur Aufführung brachten. Namen wie Tiessen und Scherchen bürgten für das Niveau, aber auch Erwin Feustel war bewährter Dirigent.

Es gab außerdem ein besonderes „Arbeitersport- und Kulturkartell“, dessen Bemühungen ebenfalls beachtlich waren und in Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaft, in Feierstunden und Volksfesten im „Königsberger Tiergarten“ sichtbar wurden. Aus diesen Jahren hat sich eine Anzahl von Zeitungsexemplaren des Wochenblattes „Arbeitersport und Kultur“ erhalten, die über die vielseitigen Tätigkeiten Auskunft geben.

Alle Organisationen der ostpreußischen Arbeiterbewegung führten eigene Bildungsseminare durch, bei denen Referenten wie Luitpold Stern-Wien, Schulrat Glöckel-Wien, Berliner Fachkräfte wie Gurland und Graf, aber auch Einheimische mitwirkten. Arbeiterdichter wie Brüger, Lersch und Barthel haben

wiederholt in ostpreußischen Städten aus ihren Werken gelesen. Einrichtungen wie die „Büchergilde Gutenberg“ oder „Der Bücherkreis“ und die Gedichtbände des „Arbeiterjugendverlages“ waren bei ostpreußischen Arbeitern bekannt.

Die Jugendverbände

Auch die Jugendgruppen waren in vielen ostpreußischen Städten zahlenmäßig beachtlich vertreten, sie fanden einen organisatorischen Niederschlag ihrer Bemühungen um Jugendkultur nicht nur in der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, bei den Jungsozialisten, unter den Studenten im „Fortschrittlichen Hochschulblock“ und in der „Sozialistischen Studentengruppe“, sondern auch in Jugendgruppen der Gewerkschaften, der Arbeitersportvereine, der „Naturfreunde“, der freireligiösen Jugend usw. Arbeiterjugendtage mit festlichen Aufführungen im „Neuen Schauspielhaus“ in Königsberg oder im Elbinger Stadttheater blieben noch lange in Erinnerung.

Wanderfahrten in die ostpreußische Landschaft, Wochenendtouren ins Naturfreundeheim Sarkau, aber auch Teilnahme an Veranstaltungen „im Reich“ oder in Warschau, Riga, Danzig und Wien weiteten den Blick der Jugendlichen und knüpften Fäden zu gleichartigen Organisationen anderer Länder. Königsberger Naturfreunde nahmen auch an deutsch-englischen und deutsch-polnischen Jugendtreffen teil.

Der „Kommunistische Jugendverband“ hat den sozialdemokratischen Jugendorganisationen keinen nennenswerten Abbruch zufügen können. Er fand in Ostpreußen seine Mitglieder in anderen Kreisen.

Die Arbeitersport-Bewegung

Der Arbeitersport nahm nach 1923 einen schnellen Aufschwung. Im Jahre 1928 wurden in Ostpreußen über 4 000 Mitglieder der Arbeiter-Turn- und Sportvereine gezählt.

Als das Fußball- und das Handballspiel laufend neue Freunde gewannen, wurden auch in Ostpreußen Wettkämpfe zwischen den Vereinen der Arbeiterbewegung ausgetragen. Letzter Landesmeister im Arbeiterfußball wurde der Verein Königsberg-Ponarth für die Spielzeit 1931/32⁶⁵.

Eine bedeutende Rolle spielte der Wassersport in Ostpreußen. Die Arbeitersportvereine pflegten das Schwimmen und den Wasserball, aber auch Rudern, Segeln und das Wasserwandern der Ruderer und Faltbootfahrer.

Nicht unerwähnt bleiben darf das Wirken des Arbeiter-Wasser-Rettungsdienstes. Dieser umfaßte vorzügliche Schwimmer, die sich an den sommerlichen Ausflugszielen an Seen und Flüssen in den Dienst des Rettungsschwimmens stellten. Von den 788 Fällen, in denen im Jahre 1931 Arbeiter-Schwimmer Ertrinkenden das Leben retteten, kamen 150 auf Ostpreußen⁶⁶.

⁶⁵ „Volksblatt“, Göttingen, 14. April 1932, Sportsseite.

⁶⁶ ebenda, 9. Februar 1932, Sportsseite.

Die Arbeiterpresse von 1919 bis 1933

Die „Königsberger Volkszeitung“ erlebte infolge der Abspaltung der USPD schnelle Wechsel in der Redaktion. Die Redakteure Bartel und Hirschfeld mußten kurz nacheinander die Redaktionssessel räumen. Die politische Redaktion übernahm Dr. Oestreicher, der schon Ende 1920 einem inneren Leiden erlag. Ihm folgte Wyrgatsch, der bislang das Lokale bearbeitet hatte und nun von 1920 bis 1933 Chefredakteur wurde. Neuer Lokalredakteur wurde Hans Mittwoch, der aber nach kurzer Zeit einem Verkehrsunfall zum Opfer fiel, worauf Gustav Dawill seine Aufgabe übernahm. Provinzialangelegenheiten bearbeitete von 1921 bis 1928 Werner Luft, dem dann Wilhelm Matull folgte. Das Ressort Politik übernahm Wilhelm Endrulat⁶⁷. Vor dem Kriege hatte die Zeitung etwa 7 000 Exemplare Auflage gehabt. Von 1923 bis 1933 stieg die Zahl auf 15 000. Auch die Wochenzeitung „Der Landbote“ fand stärkere Beachtung.

Zwei täglich erscheinende und bis zum Verbot 1933 existierende Presseorgane waren in Insterburg die „Volkswacht“ mit einer Auflage von 6 000 und in Gumbinnen der „Volksfreund“ mit fast 5 000 Auflage. Beide Blätter hatten einen selbständigen Lokalteil, übernahmen die übrigen Seiten gematert von der „Königsberger Volkszeitung“, in deren Verlag sie auch gedruckt wurden. Ihre Redakteure waren Schmutz und Hinz.

In Tilsit erschien von 1919 bis 1920 „Die Volksstimme“ im Verlag Otto Fülleborn, und in Rastenburg gab der Gauleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes und MdR, Carl Jäcker, das „Freie Wort“ heraus.

Die USPD gab kurz nach ihrer Trennung von den Sozialdemokraten in Königsberg seit Juni 1917 „Die Volksstimme“ heraus, die aber bald der Kriegszensur zum Opfer fiel. Ihre Nachfolgerin wurde die „Freiheit, Organ der USPD Ostpreußen“, die vom 1. Februar 1919 bis zum 30. September 1922 bestand.

Die kommunistische Presse wurde durch die Tageszeitung „Die rote Fahne des Ostens, KPD-Bezirk Ostpreußen und Danzig“, als Kopfblatt von „Die rote Fahne“, Berlin, von 1919 bis September 1922 repräsentiert. An die Stelle dieses dem Verbot zum Opfer gefallen Blattes trat das „Echo des Ostens“, das von 1922 bis 1933 existiert hat und in Königsberg gedruckt wurde. Von 1931 bis 1933 gab es eine „Dorfzeitung, Organ der Landarbeiter, Forstarbeiter, Melker, Kleinbauern, Pächter und Siedler der Provinz Ostpreußen im Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter“. Daneben bestanden für die verschiedenen Berufssparten besondere Organe, z. B. 1923/24 „Organisator der Revolution“ und „Roter Organisator“ als „Funktionärsmitteilungsblatt der KPD, Bezirk Ostpreußen“, ferner „Der Eisenbahner in Ostpreußen, RGO-Bezirksorgan“, Königsberg, 1931, aber auch so interessante Titel wie „Der rote Schulsender, Kommunistische Schülerzeitung“, „Die Kaserne, Revolutionäre Sol-

⁶⁷ Matull, S. 106—107. Vergl. auch: ders. und Sommerfeld, Max: Arbeiterpresse in Ost- und Westpreußen. In: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg/Pr. XX. Bd., Würzburg 1970.



Abb. 41: Redaktion der „Königsberger Volkszeitung“ 1925
(vgl. „Erläuterungen zu den Abbildungen“ im Anhang dieses Buches)

datenzeitung des I. Wehrkreises“, 1931. Auf Grund wiederholter Verbote der kommunistischen Presseorgane sind kurzlebige Zeitungen erschienen, von denen z. B. 1924 „Der rote Hammer, Zeitung für die Königsberger Metallbetriebe“ oder „Neue Zeitung“, Königsberg, 1921, festgestellt werden konnten.

Die christlichen Gewerkschaften gaben 1922/23 die „Ostpreußische Nachrichten des Zentralverbandes der Landarbeiter für Ostpreußen“, ab 1924 die „Ostdeutsche Rundschau, Wochenblatt für das schaffende Landvolk“ für Ostpreußen, einschließlich des Regierungsbezirks Westpreußen, heraus.

Das Ende der ostpreußischen Arbeiterbewegung

Die ersten Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Arbeiterbewegung

Am 25. Februar 1933 war die „Königsberger Volkszeitung“ und mit ihr zugleich die gesamte Arbeiterpresse Ostpreußens verboten worden. Das 1930 bezogene moderne Verlagshaus der „Ostpreußendruck GmbH“ in der II. Fließstraße 4/6 — Otto-Braun-Haus genannt — wurde in der Wahlnacht nach dem

Königlicher FREIWEIT-ger Volkszeitung

Preis 10 Pfennig

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Ostpreußen / Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nazi-Mordbrenner am Werk:

Bomben-Attentat auf das Otto-Braun-Haus

Die-Donn. 23. Februar 1930
11. Jahrgang / Nr. 47

Echo des Ostens

Redaktion: 10 W. ...
Verlag: ...
Druck: ...

Organ der SPD. für Ostpreußen
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften
Herausgeber: ...

Verlag: ...
Druck: ...

Alle Kräfte für den Sieg der roten Betriebsräte!

Schlagt die kleinen Severings und Grzesinski!

Säubert die Betriebe von allen sozialfaschistischen Betriebsräten und Gewerkschafts-Funktionären! — Ersetzt sie durch ehrliche, revolutionäre Arbeiter!

... ..

Stückpreis 10 Pf.

Postpreis 40 Pf.

Preie Presse

Erhalten täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,20 RM., durch die Abholstellen bezogen wöchentlich 30 Pfennig.

Lagezeitung

Einzelverkaufspreis: 1 um 10 Pf., Einzelhefte (10 um 1 W., monatlich 10 Pf., halbjährlich 50 Pf., jährliche 100 Pf., größere Bestände nach vorheriger Anzeig.

Für die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Roten Reiches

Nummer 34

Freitag, den 10. Februar 1930

6. Jahrgang

Abg. Paul Levi

Nichts für den Panzerkreuzer B

Eindeutige Stellungnahme der Sozialdemokratie

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi ist in der Nacht vom Samstag zum Sonntag gegen 4 Uhr morgens gestorben. Sein

Die Frage, ob in den Etat für 1930 Mittel für ein größeres oder kleineres Raub für den Panzerkreuzer B eingeplant wird oder nicht, spielt in der Öffentlichkeit immer noch die gewöhnliche Rolle. Die beiden demgegenüber schon einmal darauf hin gewiesen, daß die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung noch unseren Erbteilungen in den südlichen Stellen hinsichtlich der fri

5. März 1933 von SA besetzt und fortan Domizil ihrer Gruppe. In diesem Hause sind mehrere Königsberger Mitbürger ermordet oder schwer mißhandelt worden, u. a. der Reichstagsabgeordnete Walter Schütz. Nach der bis zum 1. Mai anhaltenden Täuschung der Gewerkschaften wurde in der darauffolgenden Nacht auch das Gewerkschaftshaus auf dem Vorderen Roßgarten 61/62 besetzt und diente fortan der „Deutschen Arbeitsfront“ als Amtssitz.

Die infolge der veränderten Bedingungen nicht mehr als unbehindert zu bezeichnenden Wahlen vom 5. März 1933 brachten in Ostpreußen der NSDAP 681 573 Stimmen = 55,7 % und 13 Mandate. Die Deutschnationalen und der „Stahlhelm“, die als „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ firmierten, erhielten 132 969 Stimmen = 10,9 % und zwei Mandate. Das Zentrum hatte sich mit 78 349 Stimmen = 6,4 % und einem Mandat behauptet. Die SPD war auf 163 072 Stimmen = 13,3 % und drei Mandate zurückgefallen, die KPD hatte 104 695 Stimmen = 8,6 % und zwei Mandate bekommen. Alle übrigen Parteien hatten zusammengenommen nur etwas über 5 % erhalten. Bezeichnend für den völligen Untergang der bürgerlichen Mitte war, daß die einstmals stattliche Deutsche Volkspartei mit 8 695 Stimmen nur 0,7 % und die nach 1918 stark vertretene Deutsche Demokratische Partei, die jetzt — unterstützt vom „Jungdeutschen Orden“ — als Deutsche Staatspartei auftrat, nur noch 5 261 Stimmen = 0,4 % erhielten. Die Provinz Ostpreußen war mit 55,7 % aller abgegebenen Stimmen vom Nationalsozialismus erobert worden; er trat die Macht an und war verantwortlich für das zukünftige Schicksal dieser Provinz. Tausende und Abertausende, die am Vorabend der Wahl vom 5. März 1933 Hitler bei seiner Fahrt durch Königsberg wie einem Halbgott zugejubelt hatten, ahnten in dieser Stunde nicht, welche Katastrophe mit dem Totalverlust ihrer Heimat er über sie bringen würde.

Verfolgung und Verbot

In dieser Zeit wurden eine große Zahl von Anhängern der Demokratie in sogenannte „Schutzhaft“ genommen, teils im Polizeipräsidium, teils in dem als Zugangslager für KZ's eingerichteten Fort Quednau. Die Verhaftungswelle erfaßte namhafte Führungskräfte, aber auch auf Grund von Privatrathe festgenommene kleine Funktionäre, machte vor jüdischen Mitbürgern, christlichen Gewerkschaftlern, ja vor Deutschnationalen nicht halt. Rechtlosigkeit war an der Tagesordnung. Später wurden in Ostpreußen sogenannte „Arbeitslager“ für politische Gegner, auch für jüdische Mitbürger eingerichtet.

Bei zunehmenden antisemitischen Aktionen und Boykottmaßnahmen scheute man sich nicht, hochangesehene Persönlichkeiten an der Berufsausübung zu hindern und bis zum Selbstmord zu treiben. Ein Beispiel dafür ist der verdiente, jahrzehntelang als Stadtschulrat Königsbergs tätig gewesene Professor Stettiner. Der nicht genehmen bürgerlichen Presse, wie z. B. der jahrhundert-

alten „Königsberger Hartungschen Zeitung“, bereitete man den Garaus, die übrigen Organe mußten sich konformistisch gleichschalten.

Natürlich fand solche Machtpolitik ihren Niederschlag auch in der Verwaltung. Zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurden Anhänger demokratischer Parteien entfernt und ebenfalls jeder, der seine „arische Großmutter“ nicht nachweisen konnte oder einer Loge angehörte, entlassen. Selbst die von der Papenregierung eingesetzten Beamten deutschnationaler Parteizugehörigkeit mußten z. T. weichen.

Gauleiter Koch wurde nun auch Oberpräsident. Wenn man in den erhaltengebliebenen, freilich dürftigen Akten des „Gauarchivs der NSDAP“ Nachschau hält, erschrickt man, wenn man erfährt, welche übel beleumdete Personen wichtige Staatsämter erhielten, welche Schmutzflut von Denunziationen sich ergoß. Damals erfuhr man nur dürftig von dunklen Vorgängen um den Gauleiter Koch und seine „Erich-Koch-Stiftung“, z. B. beim Erwerb des Gauhausems am Paradeplatz oder des Schlosses Holstein als Residenz für den neuen Satrapen. Der zähe Kampf des Königsberger Stadtrates Wolff, eines „alten Kämpfers“, gegen unsaubere Methoden in der kommunalen Personalpolitik ist ein weiteres Beispiel dafür⁶⁸. Wie Oberbürgermeister Lohmeyer-Königsberg, wie in der Provinz ein von Hippel und andere konservative Adlige infam zur Strecke gebracht wurden, ist längst noch nicht hinreichend erhellt.

Arbeiterbewegung im Widerstand

Trotz aller Behinderungen durch Gebäudebesetzungen, Verhaftungen und Terror setzten Kräfte der Arbeiterbewegung ihre Tätigkeit fort, solange das überhaupt noch möglich war⁶⁹. Insbesondere die SPD konnte einen Teil ihrer Mitgliedschaft, darunter vor allem jüngere Aktivisten, für Information und Zusammenhalt einsetzen. Da Mitgliedskartei und Geldmittel dem Zugriff der NSDAP rechtzeitig entzogen worden waren, konnte ein neues Bezirksbüro eingerichtet und mit Karteikarten und Beitragsmarken versorgt werden.

Im Abzugsverfahren hergestellte Mitteilungen, Sammlungen für die Angehörigen Verhafteter, unauffällige Besuche durch Funktionäre, die ihre früheren Ämter verloren und sich nun Übergangstätigkeiten zugewandt hatten, boten Gelegenheit zur Aufrechterhaltung von Kontakten. Vorstandsbesprechungen wurden in Hinterstuben abgelegener Lokale oder in Privatwohnungen, später in Glacisanlagen oder Waldungen, dann auf der Kurischen Nehrung bei Sarkau oder auf Wochenendausflügen zwischen Groß Kuhren und Brüsterort abgehalten. Es gelang auch, auf Fahrten in die Provinz standfest gebliebene Mitglieder zu betreuen. Dafür konnten bis 1936 mit Hilfe der noch existierenden Orga-

⁶⁸ Wolff, Paul: Ohne Maske. Hamburg 1948.

⁶⁹ Matull, Wilhelm und Sommerfeld, Max: Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XVII. Bd., Würzburg 1967.

nisationen in der Freien Stadt Danzig Flugblätter und auf Seidenpapier gedruckte Zeitungen nach Ostpreußen eingeführt werden.

Mit dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 und der an diesem Tage durchgeführten Massenverhaftung ihrer bekannten Funktionäre wurde der Kreis derer, die Widerstand leisten wollten, naturgemäß kleiner. Besonders gefährdete Personen mußten sich zur Emigration entschließen. Dabei waren skandinavische Länder und osteuropäische Staaten ein bevorzugtes Ziel. Mancher, von dem man damals bewegten Abschied nahm, ist nicht mehr wiedergekommen; Chefredakteur Wyrgatsch verstarb 1933 in Dänemark, Rechtsanwalt Eisenstädt 1934 in Paris, der Journalist Gerhard Birnbaum wurde 1942 in Lemberg ermordet. Tragisch war das Schicksal einer Gruppe, die in die UdSSR ging: vom Polizeiwachtmeister Lange und vom Lehrer Kühndorf hat man nie wieder etwas gehört. Andere Freunde überlebten und halten heute in Schweden, Israel und den USA Verbindung mit ihren ostpreußischen Gesinnungsgenossen.

Im Zweiten Weltkrieg

Diese letzten Versuche, Widerstand zu leisten, fanden mit dem Kriegsausbruch 1939 ihr Ende. Unter den Opfern der Schlachten befanden sich viele bewährte Mitsstreiter der ostpreußischen Arbeiterbewegung. Andere schlossen in dieser Zeit ihre Augen für immer; zu ihnen zählten u. a. der Landtagsabgeordnete Ferdinand Mertins, die Parteisekretäre Max Wardin und Wilhelm Reske und der Dirigent Erwin Feustel. Zu den Verlusten des Krieges traten brutale Verfolgungen; ihnen fielen zum Opfer 1941 der Maler Emil Stump und kurz vor der Verschleppung nach Theresienstadt der Arzt Alfred Gottschalk. Im KZ Auschwitz starb Stadträtin Martha Harpf, im KZ Ravensbrück die Landtagsabgeordnete Annemarie Oestreicher, in Theresienstadt Justizrat Lichtenstein. Im September 1943 wurden auf Grund einer Denunziation zwei bekannte Königsberger Sozialdemokraten, Gustav Bludau und Paul Kraschewski, verhaftet und am 13. März 1944 hingerichtet. Unter den verschleppten und umgebrachten jüdischen Mitbürgern befanden sich auch Freunde der Arbeiterbewegung.

Ein erschütterndes Dokument für Mut und Charakterfestigkeit in so trüben Tagen bot die Tochter des Königsberger Gewerkschaftsvorsitzenden Franz Scharkowski, der selbst über zehn Jahre im KZ Stutthof gelitten hatte und dann im Januar 1945 beim Russeneinmarsch umgebracht worden ist. Seine Tochter berichtete mir:

„Ich war Krankenschwester in der Höfftmannschen Klinik in Königsberg. Als ich Nachtdienst hatte, klingelte um Mitternacht die Nachtglocke. Ich ging zum Portal; eine Frau bat, ihren Mann sprechen zu können. Als sie ihren Mantelkragen hochschlug, wußte ich, was los war: der berüchtigte Judenstern war darunter. Ich ließ die Frau von da an jede Nacht zu ihrem Mann. In einer Nacht wurden ihre beiden Kinder von der SS abgeholt, und auch sie wartete schon auf ihren Abtransport, Ihr Mann war der Rechtsanwalt Dr. Kohn . . . Eines Nachts kam ein Kommando der SS und holte den Rechtsanwalt aus der Klinik. Er hatte

eine Schienbeinfraktur und konnte nur unter Schmerzen laufen. Ich stützte ihn. Ein SS-Mann schrie mich an: ‚Sie wollen eine deutsche Schwester sein?‘ Er riß mich zur Seite, ich aber ging wieder zum Kranken und sagte: ‚Ich bin Krankenschwester und pflege, gleich welcher Hautfarbe oder Rasse!‘ Er schrie mich an: ‚Wissen Sie nicht, das ist ein Jude!‘ Auf Grund dieser Auseinandersetzung mußte ich die Klinik verlassen.“

Zusammenbruch und Vertreibung

Als die Russen am 9. April 1945 Königsberg eroberten, befand sich in der Stadt eine Anzahl Mitstreiter der Arbeiterbewegung. Sie sind z. T. in den Jahren bis 1948 elend verhungert wie Zehntausende anderer Mitbürger. Nachdem Ende Januar 1945 der Königsberger Gewerkschaftsvorsitzende Franz Scharkowski ums Leben gekommen war, wurde im April 1945 in Rudau der Königsberger Stadtrat Albert Borowski umgebracht. Zu denen, die während der Russenherrschaft verstorben sind, gehören u. a. Volksbühnengeschäftsführer Wendland, Angestelltensekretär Paul Lange, Prokurist Weitschat, die kommunistische Stadträtin Half, von den Mitarbeitern der „Königsberger Volkszeitung“ Metteur Hartung und Maschinensetzer Blank, Jugendleiter Conrad und von aktiven Funktionären Fritz Hundertmark, Elise Oltersdorf und Frau Haetzel. Von den wenigen, die überlebt haben, hat der Metteur Fritz Bartsch von einem Versuch der Besatzer berichtet, im November 1947 eine Zeitung in deutscher Sprache mit dem traditionsreichen Namen „Die neue Zeit“ in einer Auflage von 5 000 Exemplaren herauszubringen.

Die Geschichte der ostpreußischen Arbeiterbewegung ist gewaltsam beendet worden. Sie zeigt, daß Ostpreußen nicht etwa in zeitlicher Phasenverschiebung verspätet oder provinziell seinen Beitrag geleistet hat, vielmehr, daß die ostpreußische Arbeiterbewegung kein Anhängsel der Gesamtbewegung war, sondern früh und bedeutend in Erscheinung getreten ist. Zahlreiche ihrer Persönlichkeiten haben in der neueren Geschichte Deutschlands und der gesamten Arbeiterbewegung einen namhaften, ja sogar überragenden Platz eingenommen.

Auch nach dem Heimatverlust haben die Überlebenden am Neuaufbau eines demokratischen Deutschlands im staatlichen, parlamentarischen, kommunalen oder gewerkschaftlichen Bereich mitgewirkt.

Mancher wird auch an seinen heutigen Wirkungsstätten empfinden, was Otto Braün 1938 in der Schweizer Emigration so ausgedrückt hat:

„So sehr mich die Schönheiten der Natur, die mich in meinem Exil umgeben, über manche Bitternis hinwegbringen, habe ich doch Sehnsucht nach meiner herben preußischen Heimat, bin stolz, ein Preuße und ein Deutscher zu sein.“

Literaturverzeichnis

- B a t o c k i, von, Tortilowicz und S c h a c k, Gerhard: Bevölkerung und Wirtschaft in Ostpreußen. Untersuchungen über die Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsentwicklung und Erwerbsgelegenheit. Jena 1929.
- B i r n b a u m, Immanuel: Königsberger Politiker vor 50 Jahren. In: Festschrift 10 Jahre Patenschaft Duisburg-Königsberg. Duisburg 1963.
- B r a u n, Otto: Die Sozialdemokratie in Ostpreußen. In: Sozialistische Monatshefte. Berlin 1898.
- B r a u n, Otto: Dem Jugendfreund zum Gedächtnis; Kaliski, Julius: Der sozialistische Politiker Ludwig Quessel Passchl, Otto Friedrich: Ludwig Quessel. Eine Porträtskizze. In: Sozialistische Monatshefte, 73. Band. Jahrgang vom 16. 3. 1931.
- B r a u n, Otto: Von Weimar zu Hitler. New York 1940.
- D a w i l l, Gustav: Ein Königsberger Gewerkschaftler erinnert sich. In: Ostdeutscher Heimatbote Nr. 9/10. Bielefeld 1962.
- E i s n e r, Kurt: Der Geheimbund des Zaren. Berlin 1904.
- E r g e r, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Düsseldorf 1967.
- F a l k s o n, Ferdinand. Die liberale Bewegung in Königsberg. Breslau 1888.
- F o r s t r e u t e r, Kurt: Zur Geschichte der Presse in Königsberg. Hamburg 1967.
- H a a s e, Hugo: Reichstagsreden. Berlin 1919.
- H a a s e, Ernst: Hugo Haase, Sein Leben und Wirken. Berlin 1929.
- H a n s e n, J.: Die Landwirtschaft in Ostpreußen. Entwicklung und Stand der Landwirtschaft der Provinz vor dem Ausbruch des Krieges. (Berichte des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg i. Pr., Bd. XVI.) Berlin 1916.
- H e s s e, A.: Der Grundbesitz in Ostpreußen. (In: Grundlagen des Wirtschaftslebens von Ostpreußen. Denkschriften zum Wiederaufbau der Provinz. Erster Teil.) Jena 1916.
- H o f f h e i n z, Gustav Theodor: Ein Freundeswort an die Arbeiter unserer Provinz. Königsberg 1848.
- J a c o b y, Johann: Heinrich Simon. Berlin 1865.
- J a c o b y, Johann: Das Ziel der Arbeiterbewegung. Berlin o. J.
- J a c o b y, Johann: Gesammelte Schriften. Hamburg 1889.
- K l e t t, Rudolf: Ostpreußen unter dem Reichskommissariat 1919/20. Heidelberg 1956.
- K u t t n e r, Erich: Otto Braun. 1932.
- L e b e, Reinhard: Der streitbare Demokrat aus Königsberg. Hamburg 1967.
- L e i p a r t, Theodor: Carl Legien. Berlin 1929.
- M a t u l l, Wilhelm: Ein gewisser Herr Kapp und sein Putsch vor 40 Jahren. In: Ostdeutscher Heimatbote Nr. 10, 8. Jahrgang. Bielefeld 1960.
- M a t u l l, Wilhelm: Staatsmänner und Politiker im Königsberg des 19. und 20. Jahrhundert. In: Festschrift 10 Jahre Patenschaft Duisburg-Königsberg. Duisburg 1962.

- Matull, Wilhelm: Königsbergs politischer Beitrag. In: Das Ostpreußenblatt, Jahrgang 13, Folge 37, Hamburg 1962.
- " : Von Jacoby bis Schumacher. In: Ost- und Mitteldeutscher Heimatbote, XI/5. Bielefeld 1963.
- " : Anfänge der Arbeiterbewegung in Ostpreußen. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XIV. Würzburg 1964.
- " : Hugo Haase und Otto Braun. In: Jahrbuch der Albertus-Universität. XIV. Würzburg 1966.
- " und Sommerfeld, Max: Der Anteil der ostpreußischen Arbeiterbewegung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XVII. Würzburg 1967.
- " : Arbeiterpresse in Ost- und Westpreußen. In: Jahrbuch der Albertus-Universität, XX. Würzburg 1970.
- " : Ostpreußens Arbeiterbewegung. Geschichte und Leistung im Überblick. Würzburg 1970.
- Mehring, Franz: Johann Jacoby und der wissenschaftliche Sozialismus. Leipzig 1911.
- Molert, Oskar: 24 ostpreußische Arbeiter und Arbeiterfamilien. Jena 1908.
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach/Main 1947.
- Wiehe, Johannes: Die landwirtschaftliche Provinzialarbeitsgemeinschaft der Provinz Ostpreußen und ihre Tarifverhandlungen. Staatswissenschaftl. Dissertation München 1923. (Manuskript des Verfassers.)
- Winzig, August: Frührot. Stuttgart und Berlin 1924.
- Winzig, August: Der weite Weg. Hamburg 1932.
- o. V.: Die Begräbnisfeier Johann Jacobys in Königsberg. Berlin 1877.
- " : Die Einäscherung des Genossen Haase und die Trauerfeierlichkeit im Reichstag. In: „Freiheit“ Nr. 549 vom 12. 11. 1919.

Die Arbeiterbewegung des Memellandes

Die Anfänge der Arbeiterbewegung

Die wirtschaftliche und politische Gliederung des Gebietes vor 1914

Im nordöstlichsten Zipfel des Deutschen Reiches lag zwischen dem schön geschwungenen, das Kurische Haff begrenzenden Nehrungsbogen, der Hafenstadt Memel an der Einmündung der Dange und den Weiten des russischen Reiches eine Grundmoränenlandschaft, die durch die windungsreichen Flußarme von Memel, Ruß und Skirwieth durchschnitten wurde. Sie lebte mit ihren Menschen und deren vielfach eigenartigem Gepräge in den Schilderungen der Dichter Simon Dach, Ernst Wichert, Hermann Sudermann, Erich Karschies u. a. im Bewußtsein vieler Menschen auch „im Reich“. Landwirtschaft, Holzhandel, Fischerei, seit der Wende zu unserem Jahrhundert ergänzt durch Zellstoffindustrien und Schifffahrt, verkehrsmäßig erschlossen durch Kanal- und Chausseebauten, ließen zu zahlreichen ländlichen Arbeitern Beschäftigte in Hafenstädten, Gewerbe und Industrie in immer größer werdender Zahl hinzutreten, so daß Anfänge einer Arbeiterbewegung nun auch im Memelgebiet sichtbar wurden.

Verwaltungsmäßig gehörte diese Landschaft zum Regierungsbezirk Gumbinnen als Kreis Memel-Stadt, Kreis Memel-Land sowie den Kreisen Tilsit-Stadt, Tilsit-Land, Heydekrug, Niederung und Ragnit. Ihre Bevölkerung aus den Nachfahren der Prussen, Kuren und Schalauer, wurde durch Deutsche seit der Christianisierung durch den Deutschen Ritterorden, später auch durch sogenannte preußische Litauer bereichert, die im Zuge des „Retablissemments“, der Wiederbevölkerung nach Pestseuchen, unter Friedrich Wilhelm I. eingewandert und längst assimiliert worden waren. Walther Hubatsch bemerkt über diese Litauer^{1a}:

„Im Deutschen Reich gab es vor dem 1. Weltkrieg insgesamt 93 000 Personen mit litauischer Muttersprache, davon 57 000 im Regierungsbezirk Gumbinnen, aber auch in anderen Teilen Preußens, so über 1 000 im Regierungsbezirk Düsseldorf und eine etwas geringere Anzahl im Regierungsbezirk Arnberg. Die Zahl der Menschen, die neben der deutschen die litauische Sprache für die Statistik angaben, hatte seit dem Jahr 1890 schon um rund 25 000 abgenommen und war noch im Absinken. Daraus eine Nationalitätenfrage zu machen, war völlig absurd und höchstens romantisch zu verstehen, da seit dem Ende des Mittelalters kein litauischer Staat als politischer Träger eines Volkswillens mehr existierte.“

Führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung

Die Arbeiterbewegung im Memelgebiet fand organisatorisch ihre Stützpunkte in Memel, Tilsit und Ragnit, auch in Heydekrug, Prökuls, Ober- und Unter-Eisseln waren gewerkschaftliche und politische Vertrauensleute zu

^{1a} Hubatsch, Walther: Das Memelland und das Problem der Minderheiten, S. 51.

finden. Um die Jahrhundertwende erregten besonders zwei Persönlichkeiten Aufsehen: Die eine war der 1868 in Skaisgirren im Kreis Tilsit-Ragnit geborene Adolf Hofer, der — obwohl Besitzer der großen Güter Skaisgirren und Pleinlauken — sich früh zur Sozialdemokratie bekannte, für sie wiederholt zum Reichstag in den Wahlkreisen Tilsit-Ragnit und Ragnit-Pillkallen kandidierte, ehe er 1913 in das preußische Abgeordnetenhaus einzog, 1918/19 zusammen mit Otto Braun Preußischer Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und von 1923 bis 1931 Landrat in Fischhausen war (gestorben 1935 in Berlin). Die zweite war der 1864 in Schmalleningken, Kreis Ragnit, geborene Ferdinand Mertins, der nach Erlernung des Schuhmacherhandwerks in Ragnit, Tilsit und Memel gewerkschaftlich und politisch hauptberuflich als Expedient, Parteisekretär und Redakteur des „Ostpreußischen Landboten“ unter Fabrikarbeitern und Landbevölkerung agitierte. Nach 1918 hat er der Königsberger Stadtverordnetenversammlung präsiert, wurde Vorsitzender der Königsberger Freien Gewerkschaften und hat von 1921 an dem Preußischen Landtag angehört (gestorben 1942 in Königsberg). Beide haben durch persönliches Vorbild und ihre Aktivitäten wesentlich zum Aufschwung der Arbeiterbewegung im Memelgebiet beigetragen.

Von Tilsit aus wirkten im Memelgebiet der 1875 in Stolbeck/Tilsit geborene Maurer August Budrat als Sekretär des Baugewerksbundes, der 1879 in Fichthorst/Elbing geborene Tischler Heinrich Trinowitz als Gauvorsteher des Holzarbeiterverbandes, der 1883 in Tilsit geborene Fabrikarbeiter Wilhelm Blank für den Fabrikarbeiterverband und der 1885 in Kaltecken/Tilsit geborene Eduard Dobinsky seit 1910 als Sekretär des Verkehrsbundes. Für die SPD war als Parteisekretär Ludwig, für die Arbeiter-Jugend Schwidder und für die Arbeiter-Sportler Aschmutat tätig.

Auch Memel kannte früh Funktionäre der Arbeiterbewegung, z. B. den 1873 in Berlin geborenen Friedrich Voigt, der seit 1911 als Sekretär des Verkehrsbundes, später auch als Parteisekretär der SPD wirkte, den 1887 in Memel geborenen Fritz Matzies, der den Tischlerberuf erlernt hatte, seit 1911 Sekretär des Holzarbeiterverbandes war und nach 1919 eine bedeutende politische Rolle spielen sollte. In beiden Städten war auch die Konsumgenossenschaftsbewegung mit mehreren Verteilungsstellen vertreten; ihre Repräsentanten waren in Tilsit Hartung und Götze, in Memel Albert Palkies. Die Buchdrucker wurden durch Jakubeit, die Fabrikarbeiter durch Lengwenat geführt.

Der Königsberger Prozeß von 1904

Eine breitere Öffentlichkeit wurde im Jahre 1904 auf das Memelgebiet aufmerksam, als im sogenannten Königsberger Prozeß vom 12. bis 25. Juli 1904 „wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Zarenbeleidigung“ außer Angeklagten wie Otto Braun und Ferdinand Mertins mehrere Memelländer die Anklagebank drücken mußten, die illegalen Schriftenschmuggels verdächtigt und deswegen inhaftiert worden waren. Hierbei ging es nicht nur um politische Publikationen in russischer Sprache, deren Verfasser Mitglieder

der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei waren, sondern es befanden sich darunter auch literarische Schriften, ja Bibeln und Liederbücher in litauischer und lettischer Sprache. Da die russische Regierung zwischen 1865 und 1904 die Herausgabe von Schriften in litauischer Sprache verboten hatte, sind solche in Tilsit und Heydekrug, aber auch in weit westlich gelegenen Orten sowie im Ausland hergestellt und in beachtlicher Zahl — oftmals zusammen mit politischer Aufklärungsliteratur — über die Grenze geschmuggelt worden.

Romanhaft lesen sich noch heute die Vernehmungprotokolle der Angeklagten Arbeiter Friedrich Klein-Memel, Uhrmacher August Kugel-Memel, Uhrmacher Hermann Treptau-Memel, Schuhmachermeister Ferdinand Mertins-Tilsit und Losmann Martin Kögst-Bajohren. Nachdem Professor Bezenberger-Königsberg als Dolmetscher für die litauische und die lettische Sprache aus mehreren Schriften — darunter „Rytpruskasis semeninku Pastas“ usw., „Der Ostpreußische Landbote, Kalender für das Volk“ — vorgelesen hatte, von dem er meinte, einige seien „harmloser Natur“, andere führten eine „leidenschaftliche Sprache“, wurden „die Tilsiter Kisten“ ausgepackt, die bei Mertins und Kögst beschlagnahmt worden waren. Hierbei handelte es sich in der Hauptsache um deutsche sozialistische Schriften, die ins Litauische und Russische übersetzt worden waren, aber auch um Zeitungen der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, wie z. B. „Sarja“ oder „Iskra“ u. a. m.

Die Hauptzollämter Königsberg, Tilsit und Memel hatten schon im Jahre 1903 verdächtige Sendungen angehalten und überprüft. Unter den Absendern hat sich u. a. der 1872 in Königsberg geborene Ludwig Quessel befunden, der jetzt als Redakteur in Stettin wirkte, unter den Empfängern wurde z. B. das Vorstandsmitglied Klein vom Memeler Arbeiterverein festgestellt.

„Des Schicksals Fügung“ — so heißt es in dem Prozeßbericht — „wollte es, daß schließlich der arme, des Lesens und Schreibens unkundige Kögst allein in den Memeler Akten hängenblieb“. Er hat, nach seinen Aussagen zu urteilen, „nie begriffen, warum nicht die sämtlichen Einwohner der Grenzorte, die alle das gleiche Gewerbe getrieben, wie er, auch auf der Anklagebank sitzen mußten“. Bei seiner Vernehmung vor Gericht offenbarte der unwissende Kögst allerdings ein solches Maß von Pffiffigkeit und Schläue, daß doch berechtigte Zweifel auftauchten, ob er wirklich nur harmlose „Gebetbücher“ weiterbeförderte. Am Ende des 14tägigen Prozesses wurden die des Schriftenschmuggels beschuldigten memelländischen Angeklagten zu kleineren Gefängnisstrafen verurteilt, die größtenteils durch die z. T. länger dauernde Untersuchungshaft als verbüßt galten¹.

Die Reichstagswahlergebnisse von 1912

Bei den mit einem sensationellen Ausgang endenden Reichstagswahlen von 1912, welche die SPD zur weitaus stärksten Fraktion machten, hatte es innerhalb des Regierungsbezirks Königsberg in seinem 1. Wahlkreis Memel-Heyde-

¹ Eisner, Kurt: Der Geheimbund des Zaren. S. 279, 330, 399 ff.

krug eines doppelten Wahlganges bedurft. Dieser Wahlkreis wies 105 281 Einwohner auf, von denen sich 94 % als evangelisch bezeichnet hatten. Wahlberechtigt waren 22 189 Einwohner, die abgegebenen gültigen Stimmen betragen 18 411. Zum Reichstag kandidierten für die Nationalliberalen Geheimer Regierungsrat a. D. Schwabach-Berlin, für die SPD Expedient Mertins, einst Tilsit, jetzt Königsberg, für die Litauer Besitzer Streckies-Jagstellen. Es mußte zu einem 2. Wahlgang zwischen Schwabach und Streckies kommen, bei dem Schwabach obsiegte. Folgende Stimmergebnisse wurden ermittelt:

Nationalliberale:	1. Wahlgang: 8 750 = 47,5 %
	2. Wahlgang: 10 906 = 59,6 %
Sozialdemokraten:	1. Wahlgang: 3 839 = 20,9 %
	2. Wahlgang: —
Litauer:	1. Wahlgang: 5 808 = 31,5 %
	2. Wahlgang: 7 399 = 40,4 %

Interessant ist eine Aufschlüsselung dieses Wahlergebnisses nach a) Ortschaften mit weniger als 2 000, b) solchen mit 2 000 bis 10 000 und c) solchen mit mehr als 10 000 Einwohnern. Danach erhielten:

	a)	b)	c)
Nationalliberale	3 073	2 054	3 623 Stimmen
Sozialdemokraten	1 118	1 264	1 457 Stimmen
Litauer	5 590	53	165 Stimmen

Es zeigte sich, daß die für die Litauer abgegebenen Stimmen nahezu ausschließlich aus Gemeinden unter 2 000 Einwohnern stammten.

Das Memelland im Jahre 1919

Der Zusammenbruch 1918 brachte der Arbeiterbewegung zunächst erhebliche Bewegungsfreiheit, was sich im schnellen Anwachsen der Organisation bemerkbar machte. Bei den am 19. Januar 1919 erfolgten Wahlen zur Nationalversammlung konnte der Tilsiter Parteisekretär Theodor Wolff (geb. 1875 Forst/Lausitz, Dekorationsmaler, 1899—1913 Gewerkschafts-, dann Parteisekretär in Breslau, seit 1913 in Tilsit) in die Nationalversammlung einziehen. Mitglied der Verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung wurde der Tilsiter Gewerkschaftssekretär Heinrich Trinowitz.

Es gelang auch, eigene Presseorgane zu schaffen, so z. B. eine „Memeler Volksstimme, Sozialistisches Parteiorgan, Publikationsorgan des Arbeiter- und Soldatenrates Memel und der freien Gewerkschaften“, die bis 1920 existiert hat. Auch in Tilsit kam „Die Volksstimme, Organ der SPD für die Kreise Tilsit, Ragnit und Pillkallen“, als Tageszeitung, hergestellt im Verlag Otto Fülleborn-Tilsit, heraus. Nicht nur sie wurde im Memelgebiet abonniert, sondern

auch die Insterburger „Volkswacht“ und der Gumbinner „Volksfreund“ fanden in den diesen Städten benachbarten Grenzkreisen Abnehmer. Eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung schien sich anzubahnen, als die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages das nordöstliche Deutschland jäh trafen und schwerwiegende Probleme aufwarfen.

Im Artikel 99 des Versailler Friedensvertrages von 1919 war bestimmt worden, daß Deutschland „zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der in Artikel 28 des Teiles II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrages beschriebenen Nordostgrenze Ostpreußens und den alten Grenzen zwischen Deutschland und Rußland“ zu verzichten habe. Im Ausführungsartikel 28 war die neue Nordostgrenze Ostpreußens genauer beschrieben worden, nämlich von Schmalleningken in der Mitte des Memel-, Ruß- und Skirwieth-Stromes über das Kurische Haff bis vier Kilometer südlich Nidden; die Nehrung wurde durch die Trennungslinie der Kreise Memel und Fischhausen zerschnitten.

Im Versailler Vertrag mußte sich das Deutsche Reich verpflichten, „die Bedingungen anzuerkennen, welche die alliierten und assoziierten Hauptmächte in bezug auf diese Gebiete, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Einwohner, treffen werden“. Damit war festgestellt, daß Deutschland die genannten Gebiete verlieren, nicht aber war gesagt worden, welche begünstigte Macht diese Gebiete erhalten sollte.

Ein litauischer Staat existierte nämlich zu diesem Zeitpunkt im staatsrechtlichen Sinne noch nicht. Walther Hubatsch stellt dazu fest²:

„Litauen, zwar im Frieden von Brest-Litowsk am 3. März 1918 vom russischen Staatsgebiet gelöst, hatte sich bereits am 16. Februar desselben Jahres unabhängig erklärt und durch seine provisorische Regierung am 11. Juli das konstitutionelle Königtum Litauen ausgerufen. Die Krone wurde dem Herzog von Urach als Mindaugas II, angeboten, der jedoch auf mancherlei Widerstände traf, bis zum November, als man sich für die Staatsform der Republik entschied. Dann wurde auch Litauen in den Strudel des Untergangs der Mittelmächte hineingerissen, aber durch die Hilfe deutscher Freiwilligentruppen vor der Roten Armee und damit der Wiedereinbeziehung in den russischen, nunmehr sowjetischen Staatsverband bewahrt.“

Damit war das Memelgebiet autonom geworden, ohne daß man wußte, wer neuer Inhaber der Macht werden sollte. Hinzu kam, daß dieses Gebiet bisher keine verwaltungsmäßige Einheit gewesen war; seine neue Fläche mit 2 656,7 qkm mit 141 645 Einwohnern wurde aus dem Stadtkreis Memel, dem Landkreis Memel, aus $\frac{2}{3}$ des Kreises Heydekrug, $\frac{1}{2}$ der Niederung, $\frac{4}{5}$ des Landkreises Tilsit und $\frac{1}{4}$ des Kreises Ragnit gebildet. Alle diese Kreise hatten bisher dem Regierungsbezirk Gumbinnen angehört³.

² Hubatsch, Walther: Das Memelland und das Problem der Minderheiten. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 43.

³ Héliard: Le Statut International du Territoire de Memel. Paris 1935. S. 35.

Resultate der Volkszählungen im Memelgebiet

	1910 (deutsche Zählung)	1920 (französische Zählung)		1925 (litauische Zählung)
Einwohnerzahl:	140 766	140 766		136 367
deutsch:	71 191	71 156		59 337
litauisch:	67 345	67 259		37 626
memelländisch:	—	—		38 404

Die vorstehenden, aus unterschiedlichen Quellen stammenden, dennoch nahezu übereinstimmenden Ergebnisse der Volkszählungen im Memelgebiet — lediglich die litauische von 1925 möchte einen Unterschied zwischen memelländisch und deutsch machen, um den Anteil der deutschen Bevölkerung geringer erscheinen zu lassen und die inzwischen als Beamte und Gewerbetreibende ins Memelland geschickten „Nationallitauer“ auszuweisen — bestätigen, daß deren Bewohner, ganz gleich ob rein Deutsche oder preußische Litauer sich als Deutsche betrachteten. So kam denn auch eine 1923 nach Memel entsandte Völkerbundscommission am 6. März 1923 zu dem Schluß:

„Die Bewohner des Memelgebietes sind stark germanisiert. In der Stadt wohnen fast nur Deutsche. Die Ostgrenze des Memelgebietes, die frühere russisch-deutsche Grenze, stellt eine wirkliche Scheidung ohne Übergang zwischen verschiedenen Zivilisationen dar. Mindestens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen West und Ost, zwischen Europa und Asien. Ein großer Teil der Litauer memelländischen Stammes fürchtet sich vor dem Anschluß an Litauen.“

Das war auch bereits bei Willenskundgebungen der Bewohner im April 1919 zum Ausdruck gekommen, als 98 % der Einwohner des Kreises Heydekrug und 78 % des Kreises Memel sich gegen eine Angliederung an Litauen aussprachen.

Als mit dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages am 10. Januar 1920 die deutsche Reichsgewalt im Memelgebiet ihr Ende fand, übernahm am 16. Februar 1920 ein französischer Oberkommissar, gesichert durch französische Truppen, die Verwaltung des Gebietes. Zunächst erfuhr die Staatszugehörigkeit der Bewohner keine Veränderung, es gab auch anfänglich keine eigene Währung, den im Dienst verbleibenden deutschen Beamten wurde die Wahrung ihrer bisherigen Rechte zugesichert, Reichsbahn und Reichsbank übten nach wie vor ihre Tätigkeit aus, allein Zollgrenzen wurden eingerichtet, die Post selbständig gemacht (französische Marken mit deutschem Überdruck) und eine eigene Flagge geschaffen (gelb-rot mit dem Memeler Stadtwappen in der oberen Ecke neben dem Flaggenstock). Die nationallitauische Minderheit blieb ohne größeren Einfluß, abgesehen von der Gleichberechtigung des Litauischen neben dem Deutschen und der Schaffung eines litauischen Gymnasiums in Memel sowie weiterer solcher Volksschulen, das Ganze blieb aber — obwohl der bisherige Rechtszustand erhalten blieb und nur ein Landesdirektorium (anfänglich sieben, später neun Mitglieder) gebildet wurde — ein „Staatsfragment“ (Georg Jellinek).

Erst im November 1922 begannen in Paris vor der Memelkommission der Botschafterkonferenz Verhandlungen über die Bildung eines Freistaates Memel. Auf Grund von Plänen eines Vorparlaments, Entschließungen der Memeler Stadtverordnetenversammlung und einiger Erwerbsgruppen hatte eine „Arbeitsgemeinschaft für den Freistaat Memelland“ eine Unterschriftensammlung durchgeführt, bei der sich von 71 856 Stimmberechtigten 54 329 für einen Freistaat, gewissermaßen als das kleinere Übel, ausgesprochen hatten.

Das Memelland unter litauischer Herrschaft

Putsch der Nationallitauer

Am Morgen des 10. Januar 1923 — dem Vortag der französischen Besetzung des Ruhrgebiets — marschierten litauische Freischärler und Schützenverbände, z. T. in Zivil gestecktes litauisches Militär, in das Memelgebiet ein und besetzten es. Das französische Militär von ca. 200 Mann „resignierte“ angesichts der litauischen Übermacht von 5 000 Mann; nach Protesten und Waffenstillstandsabkommen seitens der Botschafterkommission blieb schließlich die litauische Vorherrschaft erhalten. Am 16. Februar 1923 erhielt Litauen die Souveränität über das Memelgebiet unter der Bedingung übertragen, eine Konvention abzuschließen. Sie ist am 8. Mai 1924 unterzeichnet, am 30. Juli vom litauischen Sejm ratifiziert worden, wodurch Litauen international gültige Verpflichtungen übernahm.

Probleme der neuen Grenzziehung

Die Abtrennung von Ostpreußen ergab für das Memelland ein Reihe schwieriger Probleme. Das betraf z. B. die Verkehrsverbindungen, die in der Deutschen Nationalversammlung in ihrer 167. Sitzung vom 21. April 1920 zur Erörterung gelangten. Als es um den „Durchgangsverkehr nach Ostpreußen“ ging, hat sich der Tilsiter Abgeordnete Wolff durch Anfragen an den Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Köster, mit dem oftmals gestörten Verkehrswegen beschäftigt⁴.

In der Tilsiter Stadtverordnetenversammlung vom 4. Juli 1920 hat die Frage der Lebensmittelversorgung aus dem Memelland eine gewichtige Rolle gespielt. Da im Reichsgebiet immer noch Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung bestanden, kamen Aufkäufer in das „nahrhafte“ Ostpreußen, um hier die dringend benötigten Einkäufe in großem Maßstab zu tätigen. Da andererseits infolge von Zollkontrollen „das Hereinkommen der Lebensmittel von jenseits der Memel“ — wie von Tilsiter Stadtverordneten festgestellt wurde — behindert wurde, ergaben sich für die Stadt Tilsit Versorgungsschwierigkeiten. Der Stadtverordnetenversammlung lag daher der Antrag vor, „den Magistrat zu ersuchen, beim Oberpräsidenten und der Reichs- und Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, 1. daß die Einfuhr von Lebensmitteln

⁴ Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 Berlin 1920. Bd. IX S. 340 ff.

aus dem Nordmemellande (Getreide, Milch, Vieh, Fleisch, Butter, Eier, Käse, Honig, Geflügel, Gemüse, Kartoffeln) nach Ostpreußen ohne Beschränkung gestattet werde, 2. daß mit Rücksicht auf den Wegfall des Gebiets nördlich der Memel, des natürlichen Versorgungsgebietes der Stadt Tilsit, nach besonders festzulegenden Grenzen ein Gebiet diesseits der Memel als hauptsächlichstes Versorgungsgebiet bestimmt werde.“

In der Debatte wurde außerdem festgestellt, daß Besitzer von Wiesenland jenseits der Memel ihr Heu nicht herüberbringen könnten. Oberbürgermeister Pohl, der sozialdemokratische Bürgermeister Krell und der SPD-Stadtverordnete Trinowitz erklärten daraufhin⁵:

„Das einzige Mittel, wodurch wir etwas erreichen können, sind die diplomatischen Verhandlungen, ist der Staatsvertrag . . . Nicht durch Dekrete und Ziehung von Grenzen auf der Karte werden Versorgungsgebiete geschaffen, sondern sie müssen sich erst allmählich entwickeln. Die Hauptsache ist, daß wir die Versorgung von nördlich der Memel wieder freibekommen, vielleicht im Grenzverkehr.“

Die soziale Frage im Memelland

Besonders ernste Probleme ergaben sich für das Memelgebiet daraus, daß die Rechte aus Krankenversicherung, Beamtenpensionen, Arbeiter- und Kriegsofferrenten abgesichert werden mußten, da Litauen eine solche Sozialgesetzgebung nicht kannte. Als im Zusammenhang mit der Besetzung des Landes durch litauische Verbände am 10. Januar 1923 von seiten litauischer Direktoriumsmitglieder drakonische Verordnungen erlassen wurden — z. B. wurde allen memelländischen Beamten bei litauischen Behörden die Krankenversicherung gestrichen, die Gehaltsbezüge wurden herabgesetzt, die Renten für Kriegsoffer und Hinterbliebene wurden gekürzt — kam es zu schweren Unruhen. Die Gewerkschaften forderten am 4. April 1923 die Aufhebung des Ausnahmezustandes, Wiederherstellung der Pressefreiheit, Beibehaltung der deutschen Amtssprache und Durchführung der zugesagten Autonomie. Die Überbringer dieser Resolutionen verhaftete man, und als die Gewerkschaften nicht einmal einer Antwort gewürdigt wurden, traten sie am 7. April in einen Generalstreik. Bei Protestdemonstrationen schoß litauisches Militär in die Menge, wobei es Tote und Verletzte gab.

Solange der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund noch direkten Einfluß auf die Verhältnisse im Memelland und seine dortigen sieben Ortsausschüsse nehmen konnte, hat er dies getan. Am 26. April 1923 hat z. B. der Bundesvorstand des ADGB beim litauischen Gesandten in Berlin einen „Protest gegen verübte Gewalttätigkeiten“ überreicht, in dem es hieß⁶:

„Die Vorgänge, die sich im April 1923 im ehemals deutschen Memellande und insbesondere in der Stadt Memel abgespielt haben, sind noch allgemein in der Erinnerung. Zum Protest gegen die widerrechtliche Besetzung des Memellandes durch litauische Freischärler und reguläres Militär hatten die Gewerkschaften

⁵ „Die Volksstimme“, Tilsit, 2. Jg. Nr. 133 vom 9. Juni 1920.

⁶ Jahrbuch des ADGB, Berlin 1923 S. 84 ff.

in Memel einen befristeten Proteststreik ausgerufen. Dem Aufruf folgten auch alle anderen Gewerkschaftskreise.“

Der ADGB protestierte vor allem gegen die Pressionen, denen „die Organe und Vertretungen der organisierten Arbeiterschaft“ ausgesetzt seien.

Hervorzuheben ist für diese Jahre das Wirken zweier Gewerkschaftsfunktionäre, die auch in der Sozialdemokratischen Partei des Memellandes eine führende Rolle spielten. Es waren dies Fritz Matzies, der von 1920 bis 1922 einer der beiden Landesdirektoren des Memelgebietes war, und Friedrich Voigt, der sich besonders des Krankenkassenwesens und der Kriegsopferversorgung annahm.

Fritz Matzies gelang es, bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Reich zu erreichen, daß wohlverworbene Rechte der Arbeiter im Versicherungs- und Rentenwesen weiterhin gewährleistet wurden. Es mußte eine Landesversicherungsanstalt in Memel eingerichtet werden, der die Beiträge der Arbeitnehmer zur Alters- und Invaliden- und Unfallversicherung zufließen.

Die memelländische Arbeiterschaft ließ sich aber auf Rat ihrer Gewerkschaftsfunktionäre ihr Sozialwesen nicht nehmen, wengleich bei den oft geringen Löhnen die Soziallasten nicht leicht zu erschwingen waren. Völlig auf die eigene Kraft des kleinen Gebietes angewiesen, gelang es, die Altersvorsorge bis 1939 aufrecht zu erhalten.

Die in Deutschland 1919 errichteten Arbeitsämter und eine Arbeitslosenfürsorge gab es im Memelland nicht. In diesen Fragen mußten die Gewerkschaften mit den Landräten, den Orts- und den Kreisarmenverbänden zusammenarbeiten, die dann versuchten, durch Notstandsarbeiten Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.

Die Neugliederung der Arbeiterbewegung

Nach Inkrafttreten der Memelkonvention und des Memelstatutes — deren Ratifizierung erfolgte durch Litauen erst am 25. August 1925 — mußte sich die memelländische Arbeiterbewegung nunmehr organisatorisch selbständig einrichten. Dies geschah in Gestalt eines „Gewerkschaftsbundes des Memelgebietes“, der als sein Publikationsorgan die Zeitschrift „Der Gewerkschaftsbund“ herausbrachte. Auch die Sozialdemokratische Partei im Memelgebiet schloß sich als Sonderorganisation zusammen. Anstelle der früheren „Memeler Volksstimme“ erschien jetzt eine „Memelländische Volkszeitung“, die bis 1924 und dann noch einmal im Jahre 1930 existiert hat.

Es gehört zu den besonderen Leistungen von Voigt und Matzies, ungeachtet der ständig schwieriger werdenden politischen Verhältnisse — so z. B. durch Verhängung des Kriegsrechtes von 1926 bis 1938 und durch das Übergreifen der nationalsozialistischen Ideen auf das Memelgebiet, eine freie Arbeiterbewegung aufrecht erhalten zu haben.

Die Sozialdemokraten bildeten einen Landesverband, dem die vier Kreisverbände Memel-Stadt, Memel-Land, Heydekrug und Pogegen unterstanden. In der wirtschaftlich bedeutenden Stadt Memel konnte sich die Partei auf eine

starke Industrie- und Hafendarbeiterschaft stützen, im Landkreis Memel hielten die Industrie- und Landarbeiter sowie die Arbeitnehmer der gewerblichen Betriebe einander die Waage, während im Landkreis Pogegen, in dem keine einzige Stadt lag, die Landarbeiterschaft das Hauptkontingent der Mitglieder stellte.

Die Kommunistische Partei bildete ebenfalls Kreisverbände und konnte, als die große Wirtschaftskrise einsetzte, beachtliche Wahlerfolge erzielen.

Resultate memelländischer Landtagswahlen

Die am 8. Mai 1924 in Paris unterzeichnete Memelkonvention übertrug Litauen die Souveränität und in einer Reihe von Artikeln auch weitgehende Rechte. Ausdrücklich stellte Artikel 2 aber fest, daß das Memelgebiet Autonomie unter der Souveränität Litauens erhalte. Ein besonderes Statut des Memelgebietes als Anhang zum Artikel 16 legte u. a. fest, daß der Präsident der litauischen Republik einen Gouverneur für das Memelgebiet ernennt, das aber durch eigene Landtagsabgeordnete repräsentiert werde. Über die Auslegung der einzelnen Artikel gab es andauernd und in steigendem Maße Schwierigkeiten, so daß Litauen das Memelgebiet nahezu zwölf Jahre unter Kriegsrecht regiert hat.

Ungeachtet aller Verzögerungen mußten seit 1925 doch Landtagswahlen durchgeführt werden. Sie zeitigten folgende Resultate⁷:

Abgegebene Stimmen	1925	1927	1930	1932	1935	1938
insgesamt	62 517	54 756	49 130	65 767	67 657	72 247
davon für memelländische Parteien	58 756	45 968	40 813	53 128	54 917	62 986
= %	94%	84%	82,2%	80,8%	81,2%	87,2%
Zahl der memelländischen Abgeordneten	27	25	24	24	24	25
davon für litauische Parteien	3 761	8 788	8 317	12 639	12 740	9 261
= %	6%	16%	17,8%	19,2%	18,8%	12,8%
Zahl der litauischen Abgeordneten	2	4	5	5	5	4

Danach verteilen sich die Landtagsmandate wie folgt auf die einzelnen Parteien:

	1925	1927	1930	1932
Volkspartei:	11	10	8	8
Landwirtschaftspartei:	11	10	10	11
Sozialdemokratische Partei:	5	3	4	2
Kommunistische Partei:	0	2	1	3
Litauer:	2	4	5	5

⁷ Horn, Werner: Das Deutschtum im Memelgebiet usw. In: Geographische Mitteilungen. Bd. 85. 1939. S. 73 ff.

In derselben Zeitperiode haben auch in der Stadt Memel Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. Gerade hier wirkte es sich aus, daß 14 872 Personen, also etwa 10 % der Gesamtbevölkerung, nicht die litauische Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Vielfach wanderten sie ab oder wurden ausgewiesen, wohingegen gerade nach Memel zahlreiche Nationallitauer zuzogen. Die Memeler Stadtverordnetenwahlen erbrachten folgende Ergebnisse:

	1924	1930	1933	1936
Memeldeutsche:	38	34	31	25 Stadtverordnete
Litauer:	2	6	9	15 Stadtverordnete

Wachsende wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten

Naturgemäß war das Memelgebiet — angesichts der Tatsache, daß Litauen überwiegend ein Agrarland war — darauf angewiesen, seine Produkte im Deutschen Reich verkaufen zu können. Im Zusammenhang mit der sich verschärfenden politischen Situation zwischen Litauen und Deutschland — als in beiden Staaten autoritäre und dann faschistische Systeme an die Macht kamen — traten zeitweise Abnahmeschwierigkeiten auf, bei denen Großbritannien einsprang.

Je länger, desto mehr zeigte es sich, daß man mit der Schaffung eines angeblich autonomen Memelgebietes nicht — wie es in der Präambel zum Statut hieß — „in Verwirklichung des weisen Entschlusses“ gehandelt, sondern einen Quell für ständige Feindseligkeiten geschaffen hatte.

Als gar Litauen in außenpolitische Bedrängnis geriet, weil sich inzwischen die autoritären Regime in Deutschland und Polen zeitweise verständigt hatten, als der Nationalsozialismus, nur oberflächlich getarnt, gleich zwei neue Partei-gruppierungen — die CSA = Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft des Freiherrn von Saß und eine Sovog = Sozialistische Volksgemeinschaft eines Dr. Neumann — gründen geholfen hatte, die sich aber ständig zerstritten, war ein Ende des bisherigen Zustandes abzusehen. Solche politischen Umformungen kamen bereits bei der Memeler Stadtverordnetenwahl am 22. Mai 1933 zum Ausdruck.

CSA	= 9 360 Stimmen = 49 % = 20 Mandate
Vereinigte bürgerliche Parteien	= 3 584 Stimmen
Sozialdemokratische Partei	= 397 Stimmen (1930 = 2 835 Stimmen)
Kommunistische Partei	= 1 289 Stimmen (1930 = 3 405 Stimmen)
Litauische Parteien	= 4 510 Stimmen (1930 = 2 180 Stimmen)

Rückgabe des Memelgebietes

Aufgrund wachsender wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten, gewiß auch aufgrund unüberhörbarer Hinweise auf mögliche Unruhen und auf dann unausbleibliche militärische Schritte, sah sich Litauen gezwungen, auf das Memelgebiet zu verzichten. Am 23. März 1939 unterzeichnete es „halb frei-

willig, halb unfreiwillig“, wie E. von Weizsäcker in seinen „Erinnerungen“ (München 1950, S. 219) feststellt, die Rückgabe des Memelgebietes innerhalb seiner alten Grenzen an Deutschland. Sechs Stunden vor der Vertragsunterzeichnung war Hitler mit zahlreichen Kriegsschiffen vor Memel eingetroffen. Noch an Bord des Panzerschiffes „Deutschland“ unterzeichnete er ein „Reichsgesetz über die Wiedervereinigung des Memellandes mit dem Deutschen Reich“.

Wohl war im deutsch-litauischen Staatsvertrag zugesichert worden, daß gegenüber politisch mißliebigen Personen keine Repressalien ausgeübt werden dürften, aber daran hat sich der Nationalsozialismus nicht gehalten. Drei Memelländer wurden später zum Tode verurteilt, die Litauer Reisgys und Toleikis starben in Konzentrationslagern. Auch nicht in die Parteilinie der NSDAP passende Deutsche wurden abgeschoben, so z. B. der Syndikus der Industrie- und Handelskammer, Dr. Ottomar Schreiber (nach 1945 Staatssekretär), und der eine Rassenpolitik ablehnende Dr. Neumann.

Das Memelgebiet hat sich seiner Freiheit nur wenige Monate erfreuen können, durch den Zweiten Weltkrieg wurde es auch in den Strudel des Untergangs hineingerissen. Seine freie Arbeiterbewegung war bereits vorher ausgelöscht worden.

Literaturverzeichnis

- Behrendt, Kurt: Die Memelfrage. Würzburg 1930.
- Broszat, Martin: Die memelländischen Organisationen und der Nationalsozialismus. In: Gutachten des Münchener Instituts für Zeitgeschichte. München 1956.
- Eisner, Kurt: Der Geheimbund des Zaren. Der Königsberger Prozeß usw. vom 12. bis 25. Juli 1904. Berlin 1904.
- Friesecke, Ernst: Das Memelgebiet. Eine völkerrechtsgeschichtliche und politische Studie. Stuttgart 1928.
- Gaigalat, Wilhelm: Litauen, das besetzte Gebiet, sein Volk und dessen geistige Strömungen. Frankfurt/M. 1917.
- Héliard: Le Statut International Du Territoire de Memel. Paris 1935. S. 35.
- Hecker, Hellmuth: Deutschland, Litauen und das Memelland. In: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg. Bd. 6. Würzburg 1955. S. 228 ff.
- Hellmann, Manfred: Die Deutschen in Litauen. In: Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises. Heft 15. Kitzingen 1952.
- Hofer, Ernst: Am Memelstrom und Ostfluß. Düsseldorf 1967.
- Hopf, Hans: Auswirkungen des Verhältnisses Litauens zu seinem Nachbarn auf das Memelgebiet. In: Jahrbuch der Albertus-Universität Königsberg. Bd. 12. Würzburg 1962, S. 235 ff.
- Horn, Werner: Das Deutschtum im Memelgebiet. In: Geographische Mitteilungen. Bd. 85. 1939. S. 73 ff.
- Hubatsch, Walther: Das Memelland und das Problem der Minderheiten. In: Die deutschen Ostgebiete zur Zeit der Weimarer Republik. Köln 1966. S. 42 ff.
- Meyer, Richard: Das Memelland. In: Schriftenreihe des Göttinger Arbeitskreises. Heft 12. Kitzingen 1951.
- Plieg, Ernst-Albrecht: Das Memelland 1920—1936. Würzburg 1962.
- Rogge, Albrecht: Die Verfassung des Memelgebietes, Ein Kommentar zur Memelkonvention. Berlin 1928.
- Sembritzki, Johannes: Geschichte des Kreises Memel. Memel 1918.
- Szameitat, Max: Bibliographie des Memellandes. In: Ostdeutsche Beiträge aus dem Göttinger Arbeitskreis. Bd. 7. Würzburg 1957.
- o. V.: Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Berlin 1927.
- „ : Jahrbuch des ADGB. Berlin 1923. S. 84 ff.
- „ : Statistik des Deutschen Reiches. Reichstagswahlen 1912. Berlin 1913. Bd. 250, 3.
- „ : Die Volksstimme. Tilsit. Nr. 133 vom 9. Juni 1920.